

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 16. April 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 3,30 Mk. monatlich 1,10 Mk. vierteljährlich 3,30 Mk. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Einportogen in die Post-Verbindungsstellen. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne: gelbe oder braune Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (Stück) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Nachts über 12 Buchstaben zählen für zwei Worte. Insetts für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Lehrermangel und Lehrermängel.

In den Kreisen der deutschen Volksschullehrer rüstet man auf die zu Pfingsten in Dortmund stattfindende Deutsche Lehrerversammlung. Da der Termin dieses Kongresses sehr langsam feststand, so ist den Lehrern insofern kein Vorwurf daraus zu machen, wenn sie die Tagung nicht mehr zu einer bedeutenden Kundgebung für die preussischen Landtagswahlen ausnutzen können. Aber wir müssen leider annehmen, daß der Dortmunder Lehrertag auch dann keine Stellung zu den Wahlen genommen hätte, wenn er noch vor den Urwahlen stattgefunden hätte. Hat doch die Königsberger Tagung im Jahre 1904, die unmittelbar nach dem Bekanntwerden des schmachvollen Kompromisses in der Schulunterhaltungs- und Schulverpflanzungsfrage stattfand, nicht einmal über dieses schamlose Attentat auf die ohnehin dürftige Freiheit der preussischen Volksschule ein deutliches Wort gesprochen.

Die deutschen Volksschullehrer sind sich leider der in ihrer Gesamtheit schlummernden Kraft noch nicht bewußt geworden, sie fühlen sich noch zu sehr als Beamte mit der üblichen staatsstreuen Gesinnung, als daß sie es wagten, mit ungeflümmtem proletarischem Troste an den unwürdigen Fesseln zu rütteln, in die junckerlich-bureaucratischer Hochmut die Volksschule und ihre Lehrer zwingt. Der Deutsche Lehrerverein zählte Ende 1907 in 46 Vereinen 116 284 Mitglieder. Das bedeutet zahlenmäßig eine Organisation von gewaltiger Stärke. Und auch organisatorisch ist der Lehrerverein in mancher Beziehung musterhaft. Aber der Geist, der diese machtvolle Korporation erfüllt, ist nicht musterhaft. Soweit überhaupt von einem einheitlichen Geiste geredet werden kann — gerade in den letzten Jahren gibt es auch der inneren Kämpfe im Lehrerverein genug — ist es der Geist des steifen Liberalismus, der in Worten ebenso schwachsüßig und rühmend wie in Taten armselig und feige ist.

Es ist mit dem Lehrerbürokratismus ebenso bergab gegangen wie mit dem Liberalismus überhaupt. Ja, die Höhe, von der der Lehrerbürokratismus in unausfalschbarem Zuge herabgeglitten ist, ist fast noch steiler als die schiefe Ebene des politischen Liberalismus. Wenigstens soweit einzelne hervorragende Führer in Betracht kommen. Die Differenz Diesterweg-Klopsch ist noch klaffender als die zwischen Waldeck und Biemer. Allerdings hat Diesterweg seinerzeit schon Kleinzeiger, wie sie heute im Liberalismus das große Wort führen, gekannt und mit solcher ungeschminkten Deutlichkeit gekennzeichnet, daß es sich verlohnt, diesem interessanten Kapitel gelegentlich eine besondere Betrachtung zu widmen.

In Dortmund geht den zwei Hauptverhandlungsgegenständen wiederum wie üblich ein Festvortrag voran, den diesmal der Warburger Universitätspädagoge Katorp über „Volk und Schule Preußens vor hundert Jahren und heute“ halten wird. Wenn Katorp mit der Tapferkeit reden würde, die er gelegentlich als Schriftsteller — allerdings wissenschaftlich verlausliert — bewiesen hat, so müßte sein Festvortrag eine einzige domnende Anklage gegen die Erbärmlichkeit der Schule von heute werden. Katorp ist ein guter Pestalozziker, und auch Fichte ist ihm vertraut genug. Wenn er nur den zehnten Teil der rücksichtslosen Offenheit Pestalozzis und der stürmenden Draufgängerei Fichtes aufzubringen vermöchte, so würde das genügen, um dem Dortmunder Lehrertage eine Overtüre aufzuspielen, wie sie in unseren Zeiten feiger Servilität und streberhafter Rechnungsträgererei geradezu unerhört wäre. Aber Katorp ist ein deutscher Professor, und daß auch er aus seiner Haut nicht heraus kann, das hat er bei dem Bremer Schulkampf bewiesen. Auch er hat es nicht fertig gebracht, mit den Bremern entschlossen für die volle Weltlichkeit der Schule einzutreten; er fand Gründe — tief sinnige und wissenschaftliche natürlich! —, die ihm ermöglichten, von den radikalen Stürmern in Bremen abzurücken. Diese Vorsicht hat Katorp damals manche seiner früheren Freunde entfremdet. Inzwischen ist die radikale Richtung in Bremen vorläufig wieder von der weniger radikalen überstimmt worden und Katorp wird Männer wie Holzmeier und Lüdtke nicht vor sich sehen. Da mag es denn sein, daß Katorp selbst wieder einer der radikalsten in Dortmund ist.

Das erste Hauptthema der diesjährigen deutschen Lehrerversammlung betrifft den Lehrermangel nach seinen Ursachen und Wirkungen. Das ist eine sehr zeitgemäße Frage. Wohl gibt es auch eine pädagogische Reservearmee. Aber sie setzt sich nicht aus arbeitslosen Lehrkräften, sondern aus Hunderttausenden deutscher Schulkinder zusammen, die so gut wie keinen Unterricht und noch weniger Erziehung genießen. So kraß ist der Mangel unterrichtlicher Versorgung hier und da, besonders in Preußen, daß Präparanden und Seminaristen schon mit allen Mitteln moderner Reklame angeworben werden, um nur die allerärmsten Blößen zu decken. Damit ist erzieherisch natürlich nichts geholfen, denn abgesehen davon, daß auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege schon rein zahlenmäßig nicht viel erreicht wird, eignet sich auch zum Lehrer nicht jeder beliebige Jüngling, dem anderswo das Glück nicht recht blühen wollte.

Zum Referenten über die Frage des Lehrermangels ist der bekannte ehemalige Lehrer und jetzige Generalsekretär der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung J. Teiwis aus-

ersehen worden. Teiwis ist ein waschechter Liberaler, immer stellt sich bei ihm zur rechten Zeit ein Wort ein, wo die Begriffe und die Grundsätze fehlen. Das jüngste Beispiel von Mannestrotz hat er erst kürzlich gegeben, als er sich mit der von ihm geleiteten Gesellschaft in der Bibliotheksfrage dem ehemaligen Eisenbahnbeamten, jetzigen Kultusminister Golle gehorfsamst unterwarf. Freilich wird Teiwis von einigen verbissenen Finstertingen und orthodoxen Eiferern angefeindet; aber es hieß doch mit Kanonen nach Spahen schießen, als in der vorletzten Nummer der „Pädagogischen Zeitung“ der gesamte geschäftsführende Ausschuss des Deutschen Lehrervereins mit komischer Grandezza für Teiwis in die Schranken trat und gegenüber dem Verein zur Erhaltung der evangelischen Volksschule in einer feierlichen Erklärung versicherte, daß Teiwis gar nicht ein so gefährlicher Kerl sei, wie es den Anschein habe. „So wisset denn, daß er Hans Schnock, der Schreiner ist, kein böser Löw' fürwahr, noch eines Löwen Weib.“

Teiwis zeigt durch die Thesen, die er dem Dortmunder Lehrertag vorlegen will, daß er weder bis an die eigentliche Ursache des Lehrermangels gedrungen ist, noch die durchgreifenden Mittel zu seiner Beseitigung erkannt hat. Teiwis sieht die Ursache lediglich in der den Anforderungen und dem Befehl des Volksschulamts nicht entsprechenden materiellen und amtlichen Stellung der Volksschullehrer sowie in der unzumutbaren Organisation der Lehrerbildungswesen. Das sind auch schon wieder Folgeerscheinungen der eigentlichen tieferliegenden Ursache, die nirgends wo anders als in dem volksbildungsfeindlichen Wesen der herrschenden kapitalistischen Wirtschaftsweise zu suchen ist. Die herrschenden Klassen brauchen keine bessere Bildung der Arbeiter, ihrer Ausbeutungsobjekte, als sie die jetzige erbärmliche Volksschule schafft. Sie brauchen kaum so viel, wie sie liefert, und wenn nicht der unablässige trostige Druck von unten wäre, würde es um die Volksschule noch viel kläglicher bestellt sein. Wo immer die herrschenden Klassen, Junker wie Bourgeoisie, der Volksschule einen Fußtritt versehen können, tun sie es mit Vergnügen, sei es in der Frage der Schulaufsicht, der Schulunterhaltung, der Lehrerbefolgung, der Schulorganisation. Das letzte Mittel zur Beseitigung der schulfeindlichen herrschenden Gesellschaft, besteht in Preußen gegenwärtig in der möglichst entschiedenen Führung des Wahlrechtskampfes, um durch Erlangung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zum preussischen Landtage den Junkern, Pfaffen und Schlotbaronen das Bildungsmonopol zu entreißen.

Teiwis richtet in seinen Thesen zum Schluß überflüssigerweise „an das deutsche Volk“ die Mahnung, „seine Schule so zu schützen und zu pflegen, daß sie die nationalen Kulturgüter (ohne „Kulturgüter“) kann Teiwis keinen zusammenhängenden Satz mehr schreiben) der gesamten Volksschule zu übermitteln und die geistigen und sittlichen Kräfte des jungen Geschlechts zur vollen Entwicklung zu bringen vermag.“ Das eigentliche „Volk“, die Arbeiterklasse, bedarf dieser Mahnung nicht; durch ihren opfervollen rücksichtslosen Kampf auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete dienen die Arbeiter der Schule mehr als alles liberale Gerede jemals getan hat. Besser wäre es gewesen, Teiwis hätte diese Mahnung an seine Parteigenossen, an die Liberalen gerichtet, die die Schule sehr wenig pflegen; die sie genau so verächtlich behandeln wie die Junker, wenn sie irgendwo die Macht in Händen haben; die sich sogar mit den schlimmsten Schulreaktionären zu einer widerwärtigen Blockgemeinschaft zusammengetan haben, und die in diesem edlen Vereine vor einigen Tagen ein Gesetz verabschieden halfen, durch das „die geistigen und sittlichen Kräfte des jungen Geschlechts“ zur vollen Verkrüppelung gebracht werden sollen.

Im zweiten Hauptthema soll die Notwendigkeit und der Wirkungskreis einer Reichsschulbehörde für Volksbildung und Volksschulwesen erörtert werden. Referent ist der Blodgenosse Reichstagsabgeordneter Sommer aus Burg bei Magdeburg. Die Notwendigkeit eines Reichsschulamts ist schon vor Jahren an dieser Stelle ausführlich dargelegt worden. Und auch im Reichstage ist von der sozialdemokratischen Fraktion schon mehrere Male eine reichsgesetzliche Regelung des gesamten Schulwesens befürwortet worden. Die Thesen des Referenten auf dem Dortmunder Lehrerkongress tragen eine imperialistische Tendenz an der Stirn, die wir rundweg ablehnen. In anderer Beziehung aber drücken sich die Leitsätze so vorsichtig und zaghaft aus, daß sie gleichsam für ihre Forderung von vornherein um Entschuldigung zu bitten scheinen. Es ist leider kaum anzunehmen, daß der Lehrertag selbst den Thesen noch das Rückgrat steifen wird. Die Regierung und die herrschenden Parteien werden sich freilich weder so noch so um die Beschlüsse des Lehrertages kümmern.

Und das wird so lange auch in Zukunft nicht geschehen, wie die deutsche Lehrerschaft gebulldig am Gängelbande des Liberalismus marschiert. Erst wenn sie zum proletarischen Klassenbewußtsein erwacht ist, erst wenn sie in proletarischem Troste den herrschenden Klassen die Fäuste zeigt und ihnen die Fäuste unter die Nase hält, wird die Lehrerschaft sich Achtung verschaffen. Aber dazu gehört viel Mut und Opferwilligkeit. Und das sind rare Artikel in der deutschen Lehrerschaft.

## Wahlrechts-„Aufruhr“.

Der „große Aufruhrprozess“ zu Roabit erweist sich, je weiter die Verhandlung fortschreitet, als ein im Grunde recht kleiner Prozess oder ein Prozess im Kleinsten und Kleinsten. Wenn nicht die Zeugen bisweilen belundeten, daß einer der Angeklagten oder Demonstranzzüge und Scharen, in deren Nähe die Angeklagten festgenommen wurden, „Hoch das allgemeine Wahlrecht! Nieder mit Bülow!“ gerufen haben, nichts würde an das große politische Ereignis erinnern, das seinen Schatten auf diesen Prozess wirft. Zum Schaden der Angeklagten, denn dieser Schatten läßt die Taten, der sie beschuldigt werden, in den Augen der Polizei und des öffentlichen Anklägers — ob auch der Richter, das muß sich erst noch ergeben — weit schlimmer erscheinen, als sie sind. Die meisten von denen, die heute unter der Anklage des Aufruhrs stehen, würden sich sonst wahrscheinlich wegen weit harmloserer Delikte zu verantworten haben. Denn es wäre gar nicht möglich, die kleinen, losen, zusammenhanglosen Personentrüppchen, in denen sich verschiedene der Angeklagten befunden haben sollen, als Zusammenrottungen zu betrachten, die mit vereinten Kräften Beamte in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes durch Gewalt oder durch Bedrohung Widerstand leisten oder sie tätlich angreifen wollten, wenn man sie nicht mit den Zügen der Wahlrechtsdemonstranten in organische Verbindung brächte, denen die obige unsinnige Absicht fälschlicherweise von Polizei und Anklage zugeschrieben wird. Weil eine im Verhältnis zu den vielen Tausenden von Demonstranten kleine Anzahl von Menschen sich angefißt des Vorgehens der Polizei nicht zu beherrschen vermochte und ihrer Erbitterung in Worten und Gebärden Luft machte — schließlich auch gegenüber Beamten, mit deren Säbeln oder Fäusten sie noch nicht zusammengekommen war. Nur an ganz wenigen Stellen ist es nach Behauptung der Polizei zu sogenannten „tätlichen Angriffen“ auf Beamte gekommen und diese Angriffe stellten sich bei näherer Betrachtung meist als instinktive Veruche heraus, einer drohenden Verhaftung zu entgehen oder Polizeigewalt abzuwehren.

Vor weßlich können Annahmen Polizeibeamte bisweilen nicht zurückschrecken, wenn sie zungunsten von Leuten sprechen, die mit ihnen in Konflikt gerieten, das zeigt eine Episode, die erheitend wirken könnte, wenn sie eben nicht auf eine schwere Gefahr für den Bürger hinwies. Der nichtuniformierte Kriminalschuttmann, den den Angeklagten Prietze verhaftet lie, meinte, dieser habe gewußt, daß er es mit einem Polizeibeamten zu tun habe. Das habe er an dem Fahrrad erkennen müssen, das er (der Beamte) bei sich hatte, denn dieses Rad sei durch seinen Anstrich als Polizeirad kenntlich gewesen. Die Verteidigung parierte die Behauptung sehr glücklich durch eine Verneinung des Polizeihauptmanns Stephan, der nun zur Erheiterung der Anwesenden erklären mußte, daß er ganz genau und bestimmt die Farbe der Polizei-Fahrräder nicht angeben könne. Was der Polizeihauptmann nicht weiß, soll der Bürger wissen!

Weit wichtiger und bedeutamer als die Weisenerhebung über die 16 Einzelanfragen, die gestern verhandelt wurden, war der Nachtrag zur Erörterung der Polizeiatende an der Vertrauensbrücke, den die Mittwochssitzung brachte. Es ergab sich, daß im Moment, da der Polizeileutnant Pusch mit seinen Beamten die Friedrichsgracht gegen die Vertrauensbrücke absperrte, der Zug der Demonstranten bis auf 4, 5 Schritt an die Vertrauensbrücke herangekommen war. Die Schlächt aber, die die Schulleute unter Polizeihauptmann Stephan, der Leutnant Pusch gleich darauf ablöste, den Demonstranten geliefert haben, hat sich etwa 100—150 Meter von der Vertrauensbrücke ab in der Friedrichsgracht abgepielt. Hauptmann Stephan selbst sagte aus, daß er mit seinen Leuten im Lauffschritt tief in die Friedrichsgracht hineingekommen sei, ehe er vor der Spitze des Zuges Halt machte. Die logische Folgerung ist, daß der Zug in den wenigen Augenblicken, die zwischen dem Rückzug des Leutnants Pusch und dem Eintreffen des Hauptmanns Stephan lagen, bereits eine erhebliche Strecke zurückgewichen war! Daß also zur Befürchtung, der Zug werde sich auf die Polizeifette stürzen, um sie zu durchbrechen, nicht der mindeste Anlaß vorlag, daß die ganze blutige Attacke unnötig und sinnlos war! Im blinden Eifer für seinen König und Herrn hat Polizeihauptmann Stephan nicht Zeit gefunden, sich über die Sachlage richtig zu informieren. Er hätte schon stundenlang den „Feind“ erwartet, es war ansehnend ausgemacht für ihn, daß der Tag einen Angriff der Sozialdemokratie bringen müsse, so daß er angesichts des schon weit zurückgewichenen Demonstranzzuges nicht mehr zweifelte, den „Feind“ vor sich zu haben. Und da die Menge vor dem Aufgebot des Hauptmanns nicht schnell genug zurückging, offenbar, weil sie durch das vorhergehende Zurückweichen schon eng zusammengepreßt worden war, so begann die Schlächt. . . .

Eine Ordiobefichtigung, die das Gericht auf Antrag der Verteidigung nach Schluß der Verhandlung in der Friedrichsgracht selbst vornahm, hat den Eindruck, den der Vergleich der Aussagen des Hauptmanns Stephan und des Leutnants Pusch hervorrief, noch wesentlich verstärkt.

Heute wird die Weisenaufnahme nach Vernehmung einiger noch nachträglich benannter Zeugen geschlossen werden, worauf die Plaidoyers beginnen. Die politischen Wahlrechtsdemonstranten Klasse und Draber bleiben dank der Fürsorge des Herrn Polizeipräsidenten davor bewahrt, auf dem Zeugenstand zu erscheinen und über ihr Verhalten in den Demonstrationen Auskunft geben zu müssen. Die Aenderung des Beweisthemas in dem Antrage der Verteidigung, die die beiden Herren lediglich nach ihren Wahrnehmungen im Verlauf der Kundgebungen befragen wollte, hat

den Herrn Polizeipräsidenten nicht betrogen, seinen Vertrauensleuten die Genehmigung zur Aufgabe zu erteilen. Die Polizei bedient sich der Spindel, aber sie sieht sie nicht gern dem Lichte der Deffentlichkeit ausgelegt. Das Spindelhandwerk blüht nur im Dunkeln.

## Wer stärkt die Reaktion?

Es war vorauszu sehen, daß die vom sozialdemokratischen Zentralwahlkomitee festgelegte Wahltaktik dem Bloßfreisinn wenig behagen würde. Diese neue Spielart des Nationalliberalismus hätte es ganz in der Ordnung gefunden, wenn die Sozialdemokratie die sogenannten freisinnigen Kandidaten bei Stichwahlen unbesehen unterstützt hätte, wofür dann die Fischbeck, Wiener, Kopsch, Mugan und Konsorten dadurch den Dank abgestattet hätten, daß sie ihrerseits jedem Reaktionär der Sozialdemokratie gegenüber zum Siege verhelfen. Da nun die Sozialdemokratie diesmal so wenig als im Jahre 1903 Leute in den Steigbügel heben will, die mit wirklichem Freisinn nichts gemein haben, als den mit trügerischer Annahme anmerkten Namen, gefällt sich die Freisinnspresse in heuchlerischen Verdächtigungen der Sozialdemokratie. So predigt uns die Lante Voh folgendermaßen Moral:

„Die Hoffnung und der Wunsch einiger Genossen von der reaktionären Oberbank, die Partei möge jedenfalls diejenigen Kandidaten unterstützen, deren Wahl die Ausschüsse auf eine Wahlreform verbessern würde, sind unerfüllt geblieben. Der Zweck der sozialdemokratischen Wahlbeteiligung ist nicht die Förderung der Wahlreform, nicht die Zurückdrängung der Rechten, sondern die Erlangung von Mandaten und die Agitation. Ob im Abgeordnetenhaus eine Mehrheit einzieht, die die Schule unter das Joch der Kirche beugt, die Selbstverwaltung einschränkt, die Einführung der geheimen Abstimmung verhindert, oder aber eine Mehrheit, die entgegengesetzten Anschauungen kultiviert, ist dem Zentralwahlkomitee, das heißt der Parteileitung einerlei. Es ist alles eine reaktionäre Masse.“

Ja, wenn es dem Freisinn so ernst mit der Befreiung der Schule vom Joch der Kirche ist, warum schließt er dann so zahlreiche Bündnisse mit den Nationalliberalen ab, die doch gerade die preussische Schulverfassung unterstützen? Und wie kann der Freisinn mit den Nationalliberalen zusammen gehen, da doch die Nationalliberalen am 10. Januar 1908 gegen die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen gestimmt haben! Warum will der Freisinn da nicht lieber die Bedingungen der Sozialdemokratie erfüllen, warum will er nicht die Sozialdemokratie unterstützen, deren Zuverlässigkeit in allen Wahlrechts- und Kulturfragen über jeden Zweifel erhaben ist?

Der Freisinn sollte sich überhaupt hüten, auch nur andeutungsweise der Sozialdemokratie vorzuwerfen, daß sie aus Parteiegoismus indirekt die Reaktion stärke. Hat doch gerade der Freisinn bei der Reichstagswahl des Jahres 1907 die Reaktion der Wahlrechtsfeinde und Protowucherer in ungeheurer Weise gestärkt. Und nicht etwa nur durch Wahlenthaltung, sondern durch direkte Unterstützung des Konservativen oder Antisemiten! Bei den Stichwahlen 1907 hat der Freisinn der Rechten nicht weniger als 32 Mandate zugesandt! Infolge des Bloßbündnisses unterstützte allerdings auch die Rechte den Freisinn und leistete ihm in 15 Wahlkreisen Hilfe. Aber dafür verhalf der Freisinn der agrarischen Reaktion zu mehr als doppelt so viel Mandaten! Und das, trotzdem der Freisinn 40 Prozent aller Mandate, nämlich 20 von 49, der sozialdemokratischen Unterstützung zu danken hatte!

Will sich der Freisinn bei der Landtagswahl wiederum mit der Reaktion verbünden, so mag er das tun. Aber dann mag er auch gefälligst zusehen, wie weit er ohne sozialdemokratische Hilfe kommt! Auf den krampfigen Scherz der Sozialdemokratie dann die Schuld an der Stärkung der Reaktion zuzuschreiben, sollte er aber doch lieber verzichten!

## Kein billiges Fleisch, nur billige Arbeitskraft.

Durch die Politik der Grenzperre für ausländisches Fleisch ist, besonders nach Inkrafttreten der neuen Handelsverträge, die deutsche Bevölkerung an der holländischen Grenze schwer getroffen worden. Die meist in der recht niedrigen Löhne zahlenden Textilindustrie in Wocholt i. Westf. beschäftigten Arbeiter konnten sich früher immerhin hin und wieder ein Stückchen Wrat leisten, indem sie über die nur eine Stunde entfernte holländische Grenze gingen und jenseits der schwarzweißen Pfähle billiges Fleisch einkauften, das sie in Mengen bis zu 4 Pfund zollfrei über die Grenze bringen durften. Mit dieser Herrlichkeit ist es seit Inkrafttreten der neuen Handelsverträge vorbei. Die arme, fromme Bevölkerung, die von der Zentrums Presse über den Zweck der vom Zentrum unterstützten Zoll- und Grenzperrepolitik in wohlverstandenem Parteinteresse nicht aufgeklärt wird, glaubte in ihrer Harmlosigkeit, sie brauche der Regierung nur ihre Rot zu kloren und sicher dürfe sie wieder zu den Fleischschäpfen Hollands zurückkehren.

Der katholische Arbeiterverein, der natürlich von Geistlichen geleitet wird, die anscheinend ebenfalls die Schönheiten der Zentrums politik nicht kennen, richtete an den Bundesrat und an das Finanzministerium eine Petition, in der um die Gestattung einer zollfreien Einfuhr kleiner Quantitäten Fleisch für den Hausgebrauch gebeten wird. Diese am 20. Mai 1906 abgeschickte Petition ist erst dieser Tage, daß sie aber auch in ablehnendem Sinne beantwortet worden. Vielmehr ist die Grenzperre dieser Tage durch eine Verfügung des Regierungspräsidenten von Münster (v. Wescher) noch erheblich verschärft worden, denn nach § 1 dieser Verfügung ist nun auch die Einfuhr von Heu und Stroh aus den Niederlanden verboten. Als Grund wird die Gefahr der Uebertragung der in den Niederlanden herrschenden Maul- und Klauenseuche auf den inländischen Viehbestand angegeben.

Mehr Glück mit ihren Bestrebungen, billiges Fleisch zu erlangen, haben die Unternehmer. Allerdings, diese verlangen nicht billiges holländisches Schweinefleisch. Sie können das Fleisch des teuren nationalen Porcs bezahlen. Ihr Hunger zielt nach billigem holländischen Menschenmaterial. Und für dieses wird nicht nur Einfuhr erleichtert geschaffen in Gestalt von Sondertarifen, jetzt soll auch eine von den Unternehmern projektierte Bahn, die hauptsächlich dem Verkehr holländischer Arbeiter mit den angrenzenden deutschen Industrieplätzen dienen wird, aus den Mitteln der Allgemeinheit subventioniert werden.

## Das Attentat auf den galizischen Statthalter.

Aus Wien wird uns vom 13. April geschrieben: In einem Augenblick, da die politischen Kämpfe in Galizien schwächer geworden zu sein scheinen, ist der Statthalter von Galizien

von einem jungen russischen Studenten ermordet worden. Den unmittelbaren Antrieß soll der 23jährige Student, der aus einer von nationalem Drange tief bewegten Familie stammt, in den Vorgängen gefunden haben, die die letzten Landtagswahlen in Galizien ebenso ausgezeichnet haben, wie bisher alle Wahlen in diesem durch eigene und fremde Schuld so verwahten Lande. Zwar ist der nationale Aufstiege der Ruthenen unerbittlich, und deutlich ist die Kraft zu spüren, mit der sie die nationale Fremdherrschaft, die Herrschaft der polnischen Schlächtlinge, wenigstens politisch abschütteln. Jahrzehntlang waren die ruthenischen Gebiete die Wahlbezirke der polnisch schauwirtschlichen Feudalen, und es hat Zeiten gegeben, wo das mehr als drei Millionen zählende Ruthenenvolk im österreichischen Abgeordnetenhaus überhaupt ohne Vertreter war. Diese Periode der dumpfen Unbewußtheit haben die Ruthenen schließlich überwunden; und wie sie schon bei den Reichsratswahlen fast alle Bezirke, die der Mehrheit der Bevölkerung nach ruthenisch sind, gegen den polnischen Anturum behauptet haben, so haben sie auch bei den Landtagswahlen merkwürdige Erfolge erzielt, wenngleich es hier die Pst des Statthalters zuwege gebracht hat, den größeren Erfolg den sogenannten Jungruthenen zuzuschreiben, den Russophilen, deren Begünstigung der polnische Statthalter zur Schwächung der nationalen Einheit der Ruthenen planmäßig betrieb. Die ruthenischen Abgeordneten vermochten es nicht, die Mißbräuche im Wiener Parlament zur Sprache zu bringen — die Regierung hat durch einen parlamentarischen Trick ihre Dringlichkeitsanträge in den Hintergrund gedrängt — und ebenso hatten sie mit ihrer parlamentarischen Aktion für die Errichtung einer ruthenischen Universität wenig Glück. Das alles mag den dumpfen Groll im Volke genährt und in dem fanatischen Jüngling die Stimmung zu seiner Freveltat ausgelöst haben.

Die Ruthenen sind allezeit die Parias unter den Völkern in Oesterreich gewesen. Keine österreichische Nation hat im Staate und in ihrem Heimatlande weniger Macht, keine lebt unter so hartem sozialen und nationalen Drucke, keines Volkes Bedürfnisse sind der österreichischen Deffentlichkeit so völlig unbekannt wie die der Ruthenen. Daß ihnen das verlagert bleibt, was alle anderen Völker sich zu erkämpfen wußten, hat in der sozialen Gliederung der ruthenischen Nation seine Ursache; 93 Prozent des ruthenischen Volkes suchen noch in der Landwirtschaft ihre Nahrung. Die Ruthenen sind immer noch eine reine Bauernnation und diese Bauern haben als Eigen nur einen Pflugbesitz, den sie kaum besser bebauen, als wie heute noch der Bauer Auslands sein Land bebaut. Die Bevölkerung vermehrt sich sehr schnell. Das Bauernland kann sie bei der primitiven landwirtschaftlichen Technik nicht ernähren. Die Ausdehnung des Bauernlandes aber ist nicht möglich; denn unermessliche Ländereien gehören den polnischen Grundbesitzern. So drängt sich die wachsende Bevölkerung in den elenden Hütten zusammen. Der Hunger herrscht in Ostgalizien. Was der Boden bringt, verzehrt der Bauer mit den Seinen; er kann kein Getreide, kein Vieh verkaufen, sein Feld bringt ihm keinen Kreuzer Geldes. Aber er muß Steuern bezahlen, Salz kaufen; so geht er auf die Felder des Großgrundbesitzers, sich dort ein paar Heller zu verdienen; und mit elendem Hungerlohn bezahlt ihm der polnische Schlächtling. Wagt der Bauer aber, höheren Lohn zu fordern, dann wenden sich die Beamten und Richter gegen ihn, die Klassen- und Volksgenossen des polnischen Edelmannes, und alle Machtmittel des militärischen Kapitalistenstaates werden mobilisiert, um die „Aufhebungsgelüste“ niederzuschlagen. Die Ausdehnung der Bauern wird in Galizien zur Aneignung eines ganzen Volkes, die Rechtslosigkeit einer Klasse zur Ohnmacht einer ganzen Nation. Nationale und soziale Unterdrückung fallen bei den Ruthenen zusammen.

Vier Jahrzehnte haben die Wiener Staatsmänner die ruthenische Nation der polnischen Schlächta ausgeliefert, um sich im Reichsrat die Stimmen des Volkskubs zu erlaufen. Nun hat das allgemeine Wahlrecht die Möglichkeiten der politischen Fremdherrschaft beseitigt, und die wachsende Masse der Bauern wird auch der wirtschaftlichen Auswucherung Grenzen setzen. Mehr als jeder seiner Vorgänger (was freilich bei der Qualität der galizischen Statthalter nicht viel besagen will) hat sich der Graf Potocki bemüht, den Notwendigkeiten der Zeit Durchbruch zu verschaffen und in Galizien eine halbwegs leidliche Verwaltung einzuführen. Mehr als jeder seiner Vorgänger hatte er auch für die Bedürfnisse des ruthenischen Volkes Verständnis gezeigt und sich nicht ohne Redlichkeit bemüht, ihren dringenden Beschwerden abzuhelfen. Daß also gerade er der rächenden Angel verfiel, entbehrt nicht der Tragik.

Die Lemberger Polizei jagdet eifrig nach Witwischen Stachnyks, obgleich dieser dabei bleibt, ohne Mißwörter gehandelt zu haben, und auch die ursprüngliche Selbstbegünstigung seiner Mutter zurückweist als Opfer, um sein Schicksal zu erleichtern. Im ganzen wurden sieben Personen verhaftet, die Mutter, drei Schwestern, deren Freilassung fälschlich gemeldet, eine Cousine, die wieder freigelassen wurde, und zwei Freunde Stachnyks.

Ueber die Person des Attentäters weiß die „Nöln. Ztg.“ zu berichten, daß er ein sehr überspannter Mensch sei. Er hatte schon mehrfach Zusammenstöße mit der Polizei. Er ist der Sohn eines ruthenischen Pfarrers und Landtagsabgeordneten, der vor 14 Jahren im Kampfe gegen die Verwaltungswillkür starb. Sein Fortkommen nach dem Tode des Vaters verbannt Stachnyks der Fürsprache der galizischen Schulverwaltung, die seine Mutter gegen seinen Willen erwirkte. Sein älterer Bruder beging vor fünf Monaten Selbstmord. Lemberg, 15. April. Abends spät veranstalteten mehrere Hundert polnische Studenten und halbwüchsige Burischen Straßendemonstrationen gegen die Ruthenen. Die Polizei schritt mit blanker Waffe ein und trieb die Menge auseinander, wobei einige Personen verwundet wurden.

## Genosse Hardie über Indien.

London, 10. April. (Eig. Ver.)

Rehr Hardie, der von seiner Reise um die Welt nach der Heimat zurückgekehrt ist, sprach in einer von den hier lebenden Hindus einberufenen Versammlung über indische Angelegenheiten. Er führte ungefähr folgendes aus:

„Meine Reisen in Indien waren sehr umfassend. Man verbreitete die Nachricht, ich hätte mich dort in Händen von indischen Agitatoren befunden und einzig und allein deren Ansichten gehört. Das ist nicht wahr. Ich habe vielmehr überall mit den leitenden Männern der indischen und mohammedanischen Bevölkerung verkehrt und ich sprach auch mit dem Vizekönig, den Mitgliedern der Regierung und den Gouverneuren der Provinzen. Ich ging nicht nach Indien, um Reden zu halten und zu agitieren, sondern zu lernen. Ich habe deshalb dort keine bestimmten Meinungen ausgesprochen. Desto mehr war ich überrascht über die in England über mich verbreiteten Nachrichten, daß ich in Bengalen aufreizende Reden gehalten hätte. Ich habe im öffentlichen Leben gelernt, Entstellungen zu mißachten, aber ich frage mich, ob es nicht im Interesse Indiens wäre, die Verbreiter der Entstellungen zur Verantwortlichkeit zu ziehen, um dem britischen Volke zu zeigen, wie schlecht es von seinem Reporter über indische Angelegenheiten informiert wird.“

„Es gibt keine landesberräterische Bewegung in Indien, und ich wundere mich, daß dem so ist. Das merkwürdigste an der indischen Bewegung ist, daß ihre Führer so geduldig und gefällig vorgehen. Aber sie werden schließlich durch ihre geduldige und gefällige Taktik siegen. Es war eine große Prüfung für sie, während der letzten zwei Jahre der Verfolgungen, Beschimpfungen und Entstellungen sich als lokale Bürger zu benehmen. Lord Curzon schätzte das Einkommen der indischen Völkerschaften auf durchschnittlich 40 M. jährlich pro Kopf und das der indischen Bauern auf 26 M. Das Durchschnittseinkommen eines Briten ist 100 M. jährlich. Die Besteuerung der Hindu ist angeblich 50 Proz. des Bodenertrages, in Wirklichkeit ist sie 75 Proz. Solche Lasten drücken ungeheuer schwer auf eine hungerrnde Bevölkerung. In den Jahren von 1860 bis 1900 sind nach amtlichen Feststellungen 15 Millionen Hindu an Hunger gestorben. Für diese Leute ist England verantwortlich. Sir William Hunter wies nach, daß dort 40 Millionen Menschen nie ihren Hunger befriedigen können.“

„Indien hat gegenwärtig eine sehr hoffnungsvolle Bewegung, die pädagogische, wirtschaftliche und politische Ziele verfolgt. Meiner Ansicht nach braucht Indien mehr verantwortliche Regierung. Das Land wird gegenwärtig von einer militärischen und zivilen Bureaucratie regiert; das Volkselement fehlt vollständig in dieser Regierung. Das ist ein ungesund und gefährlicher Zustand. Es wird in Indien noch schlimmer werden, da dem herrschenden System kein Einhalt getan wird. Und dieser Einhalt kann nicht vom englischen Parlament kommen; er muß vom indischen Volke kommen. Es ist nicht wahr, daß religiöse Streitigkeiten den Fortschritt in Indien hindern. Die verschiedenen Religionsgemeinschaften leben friedlich mit einander.“

„Ich kann nur wiederholen, Indien braucht eine freiheitliche Regierungsweise. Man muß dabei selbstredend die verschiedenen Zustände, die dort in den verschiedenen Gegenden herrschen, berücksichtigen und den verschiedenen Völkerschaften keine einheitliche Regierungsform aufdrängen. Das britische Unterhaus sollte sich mehr um Indien kümmern. Englische Politiker sollten Indien besuchen und das Land verstehen lernen. Ehe die von Morley, dem Staatssekretär für Indien, vorgeschlagenen Reformen eingeführt werden, sollte eine kleine parlamentarische Kommission nach Indien gesandt werden. Ich glaube, sie würde mit der Ueberzeugung zurückkehren, daß es notwendig und möglich ist, Indien ein gewisses Maß von Selbstregierung zu gewähren. Dem indischen Volke rate ich, alle seine Energie darauf zu verwenden, Selbstregierung zu erhalten, denn nur durch diese können Verwaltungsreformen wirkungsvoll gemacht werden.“

Hardies Rede wurde mit großem Beifall von der Versammlung aufgenommen. Es sprachen noch die bekannten anglo-indischen Reformer Sir William Wedderburn und Sir Henry Cotton.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. April 1908.

### Die Zentrumskoalition gegen die Wahlreform!

Der neue Landtag wird im Zeichen der Wahlreform stehen. Da sollte doch für alle Parteien, die vorgeben, ernstlich eine demokratische Wahlreform zu wollen, jedes andere Moment hinter der Frage zurücktreten: Wie stärken wir die Zahl der Anhänger einer Wahlreform!

Auch das Zentrum hat ja pathetisch erklärt, daß es für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts für Preußen eintrete. Dabei hat es allerdings bisher noch keinen Finger gerührt, um die Wahlrechtsbewegung zu unterstützen. Ja, es hat sogar am 10. Januar gegen die Forderung der Neuerteilung der Wahlkreise gestimmt!

Heute nun bringt die „Märkische Volkszeitung“, der Ableger der „Germania“ einen Artikel: „Der Kampf beginnt.“ Endlich also soll, so wird der Leser wähnen, auch beim Zentrum der Kampf um das Wahlrecht beginnen! Aber der Leser irrt sich; das Zentrum kündigt an, daß nunmehr der Kampf gegen die Wahlreform beginnen müsse!

Die „Märk. Volksztg.“ kennt kein wichtigeres Ziel des Wahlkampfes, als zu verhindern, daß die konservativ-kerikale Mehrheit des alten Landtages, Konservative + Zentrum — 239 Abgeordnete, gefährdet werde. Das ist für das Zentrumsblatt das A und O! Das Wahlrecht ist ihr total schnuppe, denn daß mit den Konservativen eine Wahlreform gemacht werden könne, wird ja wohl selbst die „Märk. Volksztg.“ nicht zu behaupten wagen!

Das Zentrumsblatt schreibt: „Das nächstliegende würde ja sein, daß Rechte und Zentrum ein Wahlkartell abschließen würden, das ist aber in allgemeine ganz ausgeschlossen. Einmal sind die Gegensätze zwischen beiden Parteien in der Wahlrechtsfrage sehr groß, sodann steht die Rechte im Bloke und kann daher nicht leicht mit dem Zentrum zusammengehen. Aber auf der anderen Seite sollten doch von beiden Parteien jene Kompromisse aufrecht erhalten bleiben, die bisher bestanden haben. Ferner ist zu überlegen, ob die Zentrumswähler nicht in jenen Kreisen, die dem liberalen Anturum besonders ausgelegt sind, für die Erhaltung des konservativen Bestandes eintreten sollten. Gewiß sind hierfür Gelegenheiten zu fordern; in einer ganzen Reihe von Kreisen können sich Zentrum und Konservative zusammenfinden, um den liberalen Mandate abzunehmen. Wo es nur irgend möglich ist, empfehlen wir solche Bündnisse.“

So empfiehlt die Zentrums Presse eine Koalition gegen die Wahlreform!

Es gilt alle Kraft aufzubieten, um den christlichen Arbeitern über diesen schamlosen Verrat an den Volksinteressen die Augen zu öffnen! —

### Der Freisinn und das Wahlrecht!

Man schreibt uns: Die Freisinnige Volkspartei hatte kürzlich eine „öffentliche Versammlung“ in Steglitz einberufen, wo der Abgeordnete, Herr Rektor Kopsch, über die Landtagswahlen referierte. Man kann sich die Ausführungen des Herrn Kopsch schenken, da sie nichts Neues enthielten. Dagegen verdienen einige Äußerungen in dieser Versammlung höher gefaßt zu werden. Ein Herr Dr. Tubenthal teilte der Versammlung mit, daß es den Freisinnigen im Wahlkreise Lettow-Beeskov gelungen sei, ein Bündnis mit den Nationalliberalen abzuschließen. Von der Versammlung wurde diese Mitteilung echt freisinnig mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Der Redner bemerkte erklärend dazu, daß ja wesentliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Freisinnigen und den Nationalliberalen in der Wahlrechtsfrage gar nicht vorlägen! Jedenfalls würden die freisinnigen Parteien vorläufig recht zufrieden

sein, wenn sie die Forderungen der Nationalliberalen, also Pluralwahlrecht, sowie geheime und direkte Wahl, erreichen würden! Weiter meinte der Redner, daß sie ja in allen Kulturfragen mit den Nationalliberalen einer Anschauung seien. Einige Zwischenrufe wie: „Bedürftiges Schulgeld“ wurden geflissentlich überhört!

Besonders bezeichnend für die Auffassung der Freisinnigen ist noch, daß Herr Kopsch bei der Ausführung der Mängel des Dreiklassenwahlrechts mit keinem Worte darauf einging, daß die größte politische Partei, die Sozialdemokratie, im Landtage völlig untertreten ist! Alle diejenigen, welche bisher noch glaubten, daß es den Freisinnigen mit der Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts und mit seiner programmatischen Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Preußen ernst sei, können hieraus wiederum erkennen, wie irrig diese Auffassung ist, da der Freisinn jetzt sogar dazu übergeht, die lästige Maske abzuwerfen!

#### Auch eine Parität.

Um ihren Anhang zur bevorstehenden Landtagswahl zu präparieren und in die nötige Stimmung zu versetzen, bedient sich die Zentrums- und die linksliberalen Mittel. So veröffentlicht die „Germania“ einen Artikel über „Strafvolzug und Konfession“, in dem sie sich darüber entsetzt, daß Gefängnisse, deren Insassen größtenteils Katholiken sind, manchmal von protestantischen Direktoren und Oberbeamten geleitet werden. Auch in dieser Hinsicht, meint das ultramontane Blatt, müsse die Parität gewahrt werden; wenn die Insassen einer Strafanstalt zu drei Vierteln aus Katholiken und nur zu einem Viertel aus Protestanten beständen, müßten auch die Beamten in den verschiedenen Beamtenkategorien so verteilt werden, daß drei Viertel der Stellen katholischen und nur ein Viertel protestantischen Beamten zufallen.

Schade nur, daß die komische Idee auf halbem Wege stehen bleibt und nicht auch bezüglich des Brummens die Parität streng gewahrt wissen will. Die Konsequenz verlangt, daß dann auch, wenn in einer Anstalt mehr Protestanten sitzen, als dem Verhältnis der protestantischen zur katholischen Bevölkerung der betreffenden Gegend entspricht, zur Herstellung der Parität schnell noch einige Katholiken eingestekt werden. —

#### Drust als Landtagskandidat.

Das Wahlkreis Komitee der Zentrums- und linksliberalen Mittel hat die bisherigen Landtagsabgeordneten, die Herren August Drust und Dr. Ostrop wieder als Kandidaten aufgestellt. Der Kandidat Drust ist derselbe Mann, von dem der „Berg-Knappe“, das christliche Gewerkeblatt, am 16. November 1907 schrieb:

„Der Gesetzschnie August Drust hat längst das Vertrauen der Arbeiter erlangt. Er scheint aber immer noch nicht einzusehen, daß er in einer Arbeiterorganisation nicht mehr zu gebrauchen ist und daß ihn die Vergleiche lieber steinigen als zu ihrem Führer wählen. Er könnte sich heute von einem Unternehmerverband anheften lassen. Es ist nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, den Herrn Abgeordneten Drust fast zu stellen, damit er nicht der Arbeiterkraft im allgemeinen und der christlichen Gewerkschaftsbewegung im besonderen unerbittlichen Schaden zufügt.“

Und einen solchen Mann stellt das Zentrum als Landtagskandidaten auf! Werden die christlichen Arbeiter, die ihn nach der Erklärung des „Bergknappen“ lieber steinigen als zu ihrem Führer wählen, Herrn Drust als „Gesetzschnie“ akzeptieren?

#### Herr Behrens blamiert sich wieder.

Der Abgeordnete Behrens hat das Bedürfnis, sich noch mehr zu blamieren, als er es durch seine Abstimmung beim Reichsvereinsgesetz und seine bisherigen Rechtfertigungsversuche schon getan hat. Er hat neuerdings wiederum in dieser Sache das Wort ergriffen, und zwar im evangelischen Arbeiterverein in Essen. Dort führte er nach dem Bericht der „Essener Volkszeitung“ aus, das Reichsvereinsgesetz sei durch die nationale Mehrheit des Reichstages, die dem Willen des Volkes entspreche, zustande gekommen. Die Regierung habe erklärt, unter keinen Umständen auf den Sprachenparagrafen und den Ausschluß der Jugendlichen (?) verzichtet zu können; ein Rückzug der Regierung würde diese vor der ganzen Welt lächerlich gemacht haben. Das neue Gesetz bedeute im ganzen eine wesentliche freiere Gestaltung gegenüber den bisherigen Verhältnissen, und aus diesem Grunde hätte der § 7 geschluckt werden müssen. Der § 10a richte sich gegen die sozialdemokratischen Jugendorganisationen, deren Wirken skandalös sei. Als die Deputation des Deutschen Arbeiterkongresses beim Fürsten Wilton war, habe dieser in bezug auf § 7 gesagt, er müsse doch Rücksicht auf die rechtsstehenden und nationalen Parteien nehmen. Das Deputationsmitglied Abgeordneter Schach habe sich das gleich anmaßen. Es sei auch ganz natürlich, daß ein Minister Rücksicht auf die Mehrheit nehme. Die Mitteilungen des Abgeordneten Wiebeberg an die „Germania“, daß der Kanzler sich bezüglich des § 7 auf die rheinisch-westfälischen Großindustriellen berufen habe, sei böswillige Erfindung.

Herr Behrens läte gut, sich weitere Rechtfertigungsversuche zu ersparen und einfach zu bekennen, daß er im Interesse des Volkes die Rechte der Arbeiter verraten hat. Gespannt darf man sein, ob des Herrn Lizenziaten Rumm Einfluß in der christlichen Arbeiterbewegung groß genug ist, um seinem Schützling im Posten als Generalsekretär des Gewerkevereins christlicher Vergleiche zu erhalten. Es wäre ein erhebenes Schauspiel, Herrn Behrens, der bereit war, die polnischen Arbeiter ans Messer zu liefern, in der Leitung einer Organisation amtieren zu sehen, die Tausende von polnischen Arbeitern als Mitglieder hat! —

#### Ein Pfarrer über Sozialdemokratie und Kirche.

Pfarrer W. Stäblin in Nürnberg hielt unlängst einen Vortrag über: „Sozialdemokratie und Christentum“. Die Rede ist nun im Druck erschienen. Der Pfarrer ist kein Sozialdemokrat; im Gegenteil — er erklärt, die Sozialdemokratie überwinden zu können — durch wahres Christentum. Hören wir einige besonders interessante Stellen aus seinem Vortrage, den zu halten nicht jeder unter seinesgleichen den Mut hätte.

Der Pfarrer ist entrüstet darüber, daß die Kirche zwar predige, Gott seien alle Menschen gleich, aber die Menschen bei der Taufe, bei der Trauung und bei der Beerdigung trotzdem nach verschiedenen Klassen behandle, je nach der Höhe des Geldbetrages, den der einzelne bezahle. Diese unheilvolle Verbindung der Kirche mit dem Gelde hat viele Arbeiter der Kirche entfremdet! Gerade der Sozialdemokrat habe ein feines Gefühl dafür, wie unwürdig es einer christlichen Kirche sei, die Menschen nach der Größe des Geldsacks zu behandeln. Und weiter sagt der Geistliche:

„Wer will leugnen, daß die Kirche ihre sozialen Pflichten sehr mangelhaft erfüllt hat? Man hätte viel mehr ernst damit machen können, daß vor Gott alle Menschen gleich sind; man hätte nicht dem berühmten „Zehn-Gebote-Hoffmann“ den Nachweis

überlassen dürfen, daß die Kirche gerade die besseren Stände und ihre Sünden mit besonderer Rücksicht behandelt. Die christliche Liebestätigkeit hat viel zu sehr den Fehler gemacht, Almosen zu geben, Wohlthätigkeit zu erweisen, statt dafür zu kämpfen, daß jedem das Recht zu menschentwürdigem Dasein wird. Nicht Gnade, sondern Recht wollen die Sozialdemokraten. Sie sagen, die Kirche gehört zu den Besitzenden, sie ist auf Seite des Kapitals, deshalb ist sie unsere natürliche Feindin.“

Ueber die geistige Haltung der Massen meint der Pfarrer: „Es ist ja gerade die sozialdemokratische Partei, welche Aufklärung der Massen auf ihre Fahne geschrieben hat. Die Gewerkschaften haben gute Bibliotheken; die Väterchen der Jugendvereine übertreffen unsere christlichen Jünglingsvereinsbibliotheken bei weitem an wirklich belehrender Lektüre. Nebenbei bemerkt: Als ich vor einigen Wochen die „Thomaskreize“ der freien Gewerkschaften besuchte, musterte ich sehr eingehend die auslegenden Jugendchriften. Mein Urteil darüber kann ich dahin zusammenfassen: Es war kein Buch darunter, das ich nicht gern irgend einem Knaben auf den Weihnachtstisch gelegt hätte.“

Der schlaueste Vorwurf, welchen die Sozialdemokratie — meint der Pfarrer weiter — der Kirche macht, ist der: Ihr vertrittet die Menschen immer nur auf ein besseres Jenseits. Das ganze Leben des Arbeiters wurzelt aber im Diesseits, der Kampf ums Dasein nimmt die ganze Kraft in Anspruch. Es ist die Zeitströmung mit ihrer Kultur, ihren Maschinen, ihrem Verlehr, ihren Zukunftshoffnungen, welche das ganze Denken und Wollen der Menschen im Diesseits aufgehen läßt. . . . zum Heil der Menschheit tüt es uns entgegen: Macht hier das Leben gut und schön! Das Christentum aber wurzelt in einer Zeit, die das Weltende nahe glaubte. . . . Es ist nicht so ganz unrichtig, wenn gesagt wird: Die Arbeiter verjähmen den Trost des Evangeliums, weil man dieses dazu benützt hat, um die Arbeiter über ihrem Elend zu beruhigen.“

Was der Geistliche über die Ausbeutung des Arbeiters sagt, hört man auch nicht alle Tage aus dem Munde eines geistlichen Herrn: . . . Heute würde Christus seine Stimme erheben gegen jeden Mißbrauch des menschlichen Körpers. . . . Der Gegensatz (zwischen den Worten Jesu und den Taten der heutigen Kirche) wäre vielleicht nicht so groß geworden, wenn die Kirche z. B. in seinem Namen gekämpft hätte gegen Wohnungsnot, gegen die Zerstörung des Familienlebens durch die Fabrikarbeit der Frau, gegen die Gefährdung der heranwachsenden Generation durch Heimarbeit usw.“

„Es steht — sagt der Geistliche weiter — eine ungeheure Kraft in der Internationalität der Sozialdemokratie. . . . Christentum und Sozialdemokratie kämpfen beide für ein erhabenes Ziel; die Sozialdemokratie für einen völkerverbindenden und völkerverbindenden Zukunftsstaat, das Christentum für das Reich Gottes, das nicht von dieser Welt ist.“

Aber auch was er über die Selben und die Christlichen sagt, ist recht interessant: „Der Haß gegen die Selben ist allgemein, denn sie erkaufen sich selbst ein ruhiges Dasein. . . . Ebenso allgemein ist die Feindschaft gegen die Christlichen. Denn die Zersplitterung der Arbeiterbewegung raubt ihr die Stokkraft, welche der Einigkeit inneohnt. . . . Aber nicht nur vom Standpunkte der Sozialdemokratie, sondern auch von unserem eigenen Standpunkte aus müssen wir in den christlichen Gewerkschaften ein Uebel erblicken.“

Die moralische Seite der Sozialdemokratie würdigt der Pfarrer also: . . . Achten wir lieber auf die sympathischen, oft bewundernswerten Tugenden, die und beim sozialdemokratischen Arbeiter entgegen treten. Es ist ein hartes, freudearmes Leben, das die meisten führen. Und gerade hier zeigt sich oft ein rührender Familieninn, der den Spießbürger, der jeden Abend beim Bier sitzt, beschämen könnte. Die Ehe wird im allgemeinen in den Vorstädten treuer gehalten, als in den schönen, reichen Stadtvierteln. . . . Vielleicht fehlt nirgends das warme Herz für den Arbeiter so sehr als im Mittelstand.“

Der Prediger schließt mit den Worten: . . . Wir müssen selbst mit dem Christentum ernst machen — das allein ist der Kampf, den wir mit Erfolg gegen die Sozialdemokratie führen können! —

#### Als „Feuilleton-Politiker“

verböhnte der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Dieber, der Vorsitzende der Reichsvereinsgesetz-Kommission, die demokratischen Politiker, die dem Reichsvereinsgesetz in der Kommissionsfassung ihre Zustimmung verweigerten. Nach dem führenden Organe der württembergischen Demokratie, dem Stuttgarter „Vorbacher“, hat Herr Dieber auf der betreffenden Versammlung der nationalliberalen Partei in Stuttgart am letzten Freitag weiter gesagt:

„Die links von den Nationalliberalen stehenden Freisinnigen und Demokraten hätten durch ihre Haltung beim Reichsvereinsgesetz gezeigt, daß sie von der politischen Phraseologie abgelassen, und daß sie namentlich auch zu der gesunden Anschauung zurückgekehrt seien, daß es zwischen dem deutschen Bürgertum und der Sozialdemokratie keine politische Gemeinschaft gebe.“

Das demokratische Organ verzeichnet zum Schluß: „Karlen Weisall! Sonst kein Wort der Kritik oder Abwehr der Verhöhnung der „Feuilletonpolitiker“ Dr. Elsas, Quide, Ruser, Benedey, Otkhoff, Heideberg, denen die Grundzüge und Programmforderungen der bürgerlichen Demokratie noch nicht zur „politischen Phraseologie“ geworden sind, wie der Herren Papier, Raumann und Hlodgenossen! —

#### Die Verfassungsreform

##### geht das mecklenburgische Volk nichts an!

Die Verfassungsreform sei eine Sache, die zwischen der Regierung und den zwei Ständen des Landtages (Gutsbesitzer und Bürgermeister) abgemacht werden könne, so erklären die Junker, und sie haben jetzt die Benützung, sich hierfür auf die Regierung berufen zu können. Die Nationalliberalen hatten sich nämlich mit einer Eingabe an die Regierung gewandt und um Bekannngabe der Verfassungsvorlage gebeten. Das Staatsministerium antwortet nun, daß es dazu „nicht in der Lage“ sei; die Vorlage werde bekannt beim Zutritt des Landtages.

Um diese Geheimhaltung richtig würdigen zu können, muß erinnert werden, daß auch der außerordentliche Landtag, der die Reform beschließen soll, unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagen wird, und daß es bis zum Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes den Sozialdemokraten verboten ist, öffentliche politische Versammlungen abzuhalten. Jener außerordentliche Landtag tritt aber zusammen, ehe das Reichsvereinsgesetz Wirksamkeit erhält!

Das mecklenburgische Volk soll also geduldig warten, was Regierung und Stände ihm kuldobst beschern!

#### Oesterreich-Ungarn.

##### 30 Millionen unterschlagen!

Wien, 15. April. Nach einer Pariser Meldung der „Neuen Freien Presse“ verlautet dofelbst, daß eine Gruppe russischer Konfessionäre gegen ein hiesiges Bankhaus Anzeige wegen Unterschlagung in Höhe von dreißig Millionen Franks erstattet hat.

#### Schweiz.

##### Zollerleichterungen.

Der Bundesrat beantragte bei der Bundesversammlung für die Einfuhr aus der zollfreien Zone von Hochsavoyen unter anderem

folgende Zollerleichterungen: Freie Einfuhr von 5000 Hektollern Wein; einen Zoll von 15 Fr. pro Stück für 2000 Schlachtschaf, von 8 Fr. pro Stück für 2500 Mastfäher; Herabminderung des Zolles für Häute und Felle auf ein Viertel des bisherigen Zolles. Die Gerber in der zollfreien Zone von Hochsavoyen dürfen jährlich frei vom schweizerischen Ausfuhrzoll 5000 rohe Lämmer und 1000 rohe Kalb-, Schaf- oder Ziegenfelle ausführen; aus der zollfreien Zone von Gex dürfen 300 Schlachtschaf zu 15 Fr. und 500 Mastfäher zu 8 Fr. Zoll per Stück eingeführt werden. Alles ab 1. Januar.

#### Amerika.

##### Neuer Konflikt in Venezuela.

Caracas, 15. April. Ein neuer Konflikt ist in Venezuela entstanden, indem die Regierung von dem früheren Liquidator der Asphaltgesellschaft Warner die Hinterlegung einer Kaution von 1 Million Fr. verlangt, bevor er die Erlaubnis zum Verlassen des Staates erhält.

#### Aus der Partei.

##### In den Landtagswahlen.

Die ober-schlesischen Parteigenossen beschäftigten sich dieser Tage mit der Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen. Nachdem die beiden Bezirks-Agitationskommissionen (polnische und deutsche) in einer gemeinschaftlichen Sitzung beschlossen hatten, den Parteigenossen die Nichtbeteiligung vorzuschlagen, und die polnisch-sozialdemokratische Organisation (P. S.) nahezu einstimmig diesem Beschluß beigetreten war, nahm auch der sozialdemokratische Verein des Wahlkreises Ratowitz in einer Versammlung Stellung und beschloß mit allen gegen fünf Stimmen die Annahme folgender Resolution:

„In der Erwägung, daß der ungeheure wirtschaftliche Druck, den das ober-schlesische Kapital auf seine noch sehr schlecht organisierten Arbeiter ausübt, diesen Arbeitern die Beteiligung an den Landtagswahlen mit ihrer öffentlichen Stimmabgabe im sozialdemokratischen Sinne unmöglich macht — in fernerer Erwägung, daß weder die Kandidaten des Zentrums noch die des sogenannten „Modliberalismus“ irgend eine Sicherheit für demokratische, den Interessen der Arbeiter entsprechende Leistungen bieten, erklärt die Versammlung, sich den Vorschlägen der beiderseitigen Bezirksagitationskommissionen und der polnisch-sozialdemokratischen Organisation anzuschließen zu wollen und empfiehlt den Parteigenossen die Nichtbeteiligung an den Urwahlen zum Landtag.“

Der Referent, Genosse Brühns, erklärte, daß es ihm, der seit mehr als zehn Jahren und zu einer Zeit, als die meisten Genossen noch Gegner der Beteiligung waren, für diese eingetreten sei, schwer falle, diese Resolution zu empfehlen, aber die besonderen Verhältnisse Oberschlesiens zwingen dazu. Das Grundkapital fürchtete infolge des Kompromisses zwischen Polen und Zentrum an letzteres die drei Kantate des Industriebezirks zu verlieren und werde deshalb mit allen Mitteln seiner gewaltigen wirtschaftlichen Uebermacht auf die Arbeiter drücken. Die äußerst schlecht organisierten Arbeiter könnten keinen Widerstand leisten und wir würden trotz der sehr geringen Zahl sozialdemokratischer Urwähler schwere materielle Opfer tragen müssen und die in der Entwicklung begriffenen schwachen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen schwer gefährden. Würden wir aber selbst Wahlmänner gewinnen, so würden diese doch für keine der hier in Betracht kommenden bürgerlichen Parteien können. Die Polen, obwohl im Besitz der Reichstagsmandate des Bezirks, müßten aus dem gleichen Grunde wie wir aus Besorgnis vor der Weiterentwicklung ihrer Arbeiterklasse angehörenden Wähler, von einer selbständigen Beteiligung absehen. Wir können weder bei den Urwahlen noch bei den Abgeordnetenwahlen für einen Zentrumsmann stimmen, für einen katolischen, völkerverbindenden Vertreter des Grundkapitals natürlich nie und nimmer. Wie die Freiheit, der im Städtebezirk den Reichstagsabgeordneten Doormann aufstiehe. Dieser Herr hätte im Reichstoge für das Ausnahmegesetz im Reichsvereinsgesetz, für den gegen die Polen geschickten Sprachenparagrafen gestimmt und sein polnischer Arbeiter würde diesem Kandidaten oder einem seiner Parteigenossen die Stimme geben. Aber auch die deutschen Arbeiter im Industriebezirk würden sich schämen für eine Partei zu stimmen, die, wie die freisinnige, ihren polnischen Klassenangehörigen den Gebrauch ihrer Muttersprache verschränkt, sie eines ihrer wichtigsten politischen Rechte beraubt haben. Aus allen diesen Gründen würden die Parteigenossen in Preußen es gewiß verziehen, wenn die Genossen in Oberschlesien zu einem Entschlusse kamen, der in direktem Gegensatz zu dem Geist und der Begeisterung steht, mit der die übrigen Genossen in den Landtagswahlkampf, als einer trefflichen Waffe im Wahlrechtskampf, ziehen.

**Versammlungsrecht von Polizei-Genaden.** In Kulm a. d. W. wollte Genosse Crispian-Danzig in einer von Frauen und Männern zahlreich besuchten Volksversammlung über das Thema: „Die wirtschaftliche Not des Volkes und die Erlösung“ sprechen. Mitten im Vortrage sprang der „Ueberwachende“ plötzlich auf und verlangte im Befehlshaberton Name und Art des Redners. Dieser ersuchte den Polizeibeamten, sich ruhig zu verhalten, am Schlusse der Versammlung würde ihm das Gewünschte mitgeteilt werden. Der „Ueberwachende“ erklärte aber, wenn man ihm das nicht sofort sage, löse er die Versammlung auf. Der Vortragende erwiderte, dazu hätte der „Ueberwachende“ kein Recht; es läte ihm leid, wenn ein „Ueberwachender“ Beamter das Vereinsgesetz nicht kennen sollte. Der Versammlungsleiter werde aber Namen und Wohnung des Redners des lieben Friedens willen sofort auf einen Zettel schreiben und diesen Zettel dem Beamten übergeben. Der Beamte möge jetzt weitere Störungen der Versammlung unterlassen. Das alles fruchtete nichts; der Beamte rief dem Genossen Crispian zu: „Sie haben mich jetzt dreimal beleidigt! Die Versammlung ist aufgelöst!“ Unter stürmischen Protestrufen gegen das provozierende Verhalten des Polizeibeamten verließen die Versammelten den Saal.

Es hatte übrigens den Anschein, als ob die Versammlung unter allen Umständen vereitelt werden sollte. Der Wachmeister erschien erst nach Eröffnung der Versammlung und verlangte dann einen „angemessenen Platz“. Mit dem ihm angewiesenen Platz, wo fünf die Polizeibeamten gesessen haben, war er nicht zufrieden; es mußte ein anderer besorgt werden.

Wierzehn Tage früher versuchte weiter der „Ueberwachende“ in einer Volksversammlung, den Gebrauch der polnischen Sprache zu verhindern, trotzdem das neue Versammlungsrecht doch erst vom 15. Mai 1908 ab in Kraft tritt.

Der Feldzug der Polizei in Kulm wird nicht verhindern können, daß auch in dieser Stadt der moderne Sozialismus Boden findet. Zahlreiche Frauen und Männer wünschen die Einberufung einer neuen Versammlung, zu der sie erst recht erscheinen wollen. So ist auch die Kulmer Polizei ein Teil jener Kraft, die das Böse will und das Gute schafft.

##### Abnung einer schosfen Verleumdung.

Am 7. Dezember vorigen Jahres wurde der verantwortliche Redakteur der nationalliberalen „Frankischen Morgenzeitung“, Dr. Richard Zannert, wegen des Vortrages, die „Tagespost“ lasse sich in ihrer redaktionellen Haltung durch Inzeratenaufträge bestechen, vom Schöffengericht Nürnberg unter dem Vorhitz des Amtsrichters Bierlein zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Kläger, Chefredakteur Eisner und Geschäftsführer Benz erhoben gegen dieses Urteil Berufung zum Landgericht Nürnberg. Die Verurteilungsverhandlung endete nunmehr mit Aufhebung des Bierleinschen Urteils und Gekühung der Strafe auf 400 M.

Am 27. September erschien in der nationalliberalen „Frankischen Morgenzeitung“ ein Artikel, worin die Behauptung aufgestellt war, die „Frankische Tagespost“ sei vor die Alternative gestellt worden, entweder Angriffe auf Geschäftsleute und Prinzipale zu unterlassen oder auf säkularisierte Inzerate der in Betracht kommenden Inzeraten-gruppe zu verzichten. Die „Tagespost“ habe in diesem „inneren Konflikt“ aber das „ideale und reale Prinzip“ bis 50000 Mark

für Inserate höher gewertet, als die ideale Seite, sei unter das „Faudinische Joch“ getrieben und habe sich verpflichtet, in Zukunft keinerlei Kritiken über Prinzipale mehr zu bringen. Der Artikel war noch mit einer Reihe anderer schwerer Beleidigungen gespickt. Wegen des schweren Vorwurfs der Verräterei strengte darauf Genosse Eisner und der Leiter des technischen Betriebes gegen Tannert Beleidigungsklage an. Der Prozeß endete, wie schon erwähnt, mit der Verurteilung des Tannert zu hundert Mark Geldstrafe. In der Begründung des schöffengerichtlichen Urteils wurde festgestellt, daß nicht nur der Wahrheitsbeweis mihlungen, sondern der Beweis der Unwahrheit erbracht sei. Nachdem die Kläger wegen des Strafmaßes und der Straftat Verurteilung einlegten, ergriß Tannert wegen zu hoher Strafe Berufung.

Vor dem Landgericht gab der beklagte Redakteur Tannert die Erklärung ab, daß in der ersten Instanz der Wahrheitsbeweis für die Bestechlichkeit der „Lagespost“ nicht nur nicht erbracht, sondern daß das gerade Gegenteil bewiesen worden sei, was er loyalerweise zugestehen wollte. Er gebe auch weiter zu, daß er überzeugt worden sei, daß die redaktionelle und geschäftliche Leitung der „Lagespost“ von dem Inseratenhofsport feinerzeit keine Kenntnis gehabt habe.

Die Begründung des oben mitgeteilten Urteils lautet: Die Verurteilung erfolgte antragsgemäß auf Grund des § 188 des R.-St.-G.-B. Das Gericht hatte nur zu prüfen, ob die Strafe der ersten Instanz angemessen war. Das Gericht kam zur Ansicht, daß die Strafe viel zu gering ist. Der Vorwurf der Rücksichtslosigkeit der Gesinnung ist äußerst schwer. Nur in Anbetracht des Umstandes, daß der Angeklagte von der Wahrheit seiner Behauptung überzeugt war und das Opfer fälscher Verleumdung geworden, ist von einer Gefängnisstrafe abgesehen worden. Inmitten mühte auf eine empfindliche Geldstrafe erkannt werden.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Achtung, Metallarbeiter!

Der Streik im Autobus der A. E. V. Ober-Schöne-weide dauert ununterbrochen fort.

Der Betrieb ist für alle Branchen gesperrt. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Schuhmacher! In der Schuhfabrik von Krause, Weinbergweg 2, sind Differenzen ausgebrochen.

Die Ortsverwaltung.

### Deutsches Reich.

#### Zum Kampf im deutschen Malergewerbe.

Die Zentralleitung des Süddeutschen Maler- und Tünchermeisterverbandes hat im Einverständnis des Hauptvorstandes deutscher Arbeitgeberverbände für das Malergewerbe (Sitz Berlin) folgenden Rundschreiben, unterzeichnet: Emil Kruse, Berlin, an alle Mitglieder des Süddeutschen Maler- und Tünchermeisterverbandes in denjenigen Orten gerichtet, wo gegenwärtig Tarife abgelaufen sind oder in nächster Zeit ablaufen:

#### Vertraulich!

#### Sehr geehrter Herr Kollege!

Die Würfel sind gefallen; der freie Verband der Maler, Tüncher, Weißbinder (sozialdemokratische Organisation), Sitz Hamburg, hat die zum gewerkschaftlichen Frieden gebotene Hand zurückgewiesen! In Erlangen ist der Kampf bereits entbrannt. Die freie Gewerkschaft rüstet zu weiteren Taten. In ihrem Organ, dem „Vereinangeiger“, fordert die sozialdemokratische Organisation alle untergeordneten Gehilfen auf, aus Süddeutschland abzureisen und triumphierend nach Berlin zu kommen, um dort jener Stadt bereits Hunderte von jungen Leuten fröhlich diesem Aulse gefolgt seien. Was hier von Wahrheit oder Dichtung ist, ist zurzeit noch nicht zu übersehen. Tatsache ist jedoch, daß von seiten der Gehilfenleitung jetzt alle Versuche gemacht werden, unsere Kollegen von Arbeitstafeln zu entlocken, um bei beginnender Saison dann dieselben gefügiger zu finden, um den erhöhten Lohnforderungen zuzustimmen.

Kollegen! Soll es so weit kommen wie in früheren Jahren, daß eine Stadt nach der anderen von erhöhten Löhnen, u. s. w. Forderungen überlastet wird und bei Nichtbewilligung mit Streik bedroht wird? Soll die Praxis der Einzelabschlachtung in gleicher Weise wie bisher fortgeführt werden? Soll die jahrelange uneigennützig Arbeit Eurer fähigen Kollegen eine vergebliche gewesen sein? Diese Fragen haben wir uns vorgelegt, als wir am Sonntag, den 5. April, zu einer Vorstandssitzung uns in Würzburg zusammenfanden, um zu beraten, wie den jetzt unhaltbar gewordenen Zuständen auf schnellste Art ein Ende bereitet werden kann.

Kollegen! Nach langem Winter steht jetzt unsere Arbeitszeit vor der Tür; während wir in früheren Jahren hoffnungsvoll dem Frühjahr und der damit verbundenen Arbeitsgelegenheit entgegenzusehen, ist in diesem Jahre infolge der schweren wirtschaftlichen Depression, die über ganz Deutschland lagert, auch unsere geschäftliche Lage eine sehr flau. Geringerer Verdienst, höhere Löhne, das ist die Signatur des heutigen Tages und im Hintergrund droht uns, sobald die Arbeit etwas besser einsetzt, der wirtschaftliche Kampf, der Streik!

Die Führer der freien Gehilfenorganisation lassen uns über ihre Forderungen im Unklaren. Kein Kollege weiß, was ihm der nächste Tag bringen wird. Die Unsicherheit im geschäftlichen Leben verhindert jede vernünftige Kalkulation.

So kann und darf es auf die Dauer nicht weitergehen. Süddeutschland ist der Kriegsschauplatz, auf dem in diesem Jahre der wirtschaftliche Kampf ausgefochten werden soll.

In gerechter Würdigung, daß der Dieb die beste Abwehr ist, haben die in Würzburg versammelten Vorsitzenden der Landesverbände beschlossen, daß an allen Orten, in denen die Tarife bereits abgelaufen sind, am Samstag, den 11. April 1909 alle der freien Organisation (Sitz Hamburg) angehörenden Maler, Anstreicher, Tüncher und Weißbindergehilfen zu entlassen sind. In denjenigen Orten, in denen die Tarife in nächster Zeit ablaufen, tritt diese Maßnahme mit dem Tage des Tarifablaufs ein. Die Gehilfen, die nachweisen können, daß sie dieser Organisation nicht angehören, dürfen nicht entlassen werden.

Kollegen! Wir sind uns der schweren Verantwortung dieses Beschlusses wohl bewußt; wenn wir aber nun an Eure Kollegialität appellieren und die bestimmte Erwartung aussprechen, daß alle unserem Verband angehörenden Maler, Tüncher, usw. Reifer unsere Parole streng befolgen, so leitet uns dabei der Gesichtspunkt, nur in Eurem eigenen Interesse handelt zu haben. Aus unserer Fachpresse habt Ihr erfahren, daß die freien Gewerkschaften es abgelehnt haben, mit den Vertretern anderer Organisationen, die nicht auf sozialdemokratischem Boden stehen, gemeinsam zu verhandeln.

Im Maurer- und Zimmerergewerbe Deutschlands ist es jedoch vor wenigen Tagen gelungen, einen für ganz Deutschland gültigen Tarifvertrag mit allen Arbeitnehmerorganisationen zustande zu bringen. Was bei der sozialdemokratischen Maurerorganisation, die sich stolz die Elite der deutschen Gewerkschaften nennt, möglich war ist auch im Malergewerbe möglich.

Es sind bereits Schritte unternommen, daß in kurzer Zeit die Verhandlungen wieder aufgenommen werden können. Diese Verhandlungen können aber nur dann für unsere Kollegen erfolgreich durchgeführt werden, wenn durch Arbeiterentlassungen ein Druck auf die sozialdemokratische Gewerkschaft ausgeübt werden kann.

Kollegen! Euer ferneres Wohlergehen liegt in Eurer Hand; beweist, daß unsere jahrelange Organisationsarbeit nicht vergeblich gewesen, daß Ihr von den Arbeitnehmern gelernt habt, Eure eigenen Interessen wirksam zu vertreten.

25 000 deutsche Berufscollegen blicken auf Süddeutschland; unsere gutgefügte Organisation wird ihnen beweisen, daß wir bereit sind, mit heiligem Ernst unsere Interessen zu vertreten. Wenn jeder Kollege seine Pflicht tut, ist der Sieg in kurzer Zeit unser! Noch nie war die Situation so günstig für uns wie jetzt.

Müht die etwa noch schwachen und wankelmütigen Kollegen auf, wirkt auf die uns noch fernstehenden Kollegen vorbildlich. Beweist, daß auch Ihr im Laufe langer Jahre gelernt habt, für Eure Existenz Opfer zu bringen.

Auf denn zum Kampf! Auf zum Sieg!

Bei der ganzen Ausprägung oder richtiger dem Aussperrungsversuch handelt es sich also nur um einen, wie man jetzt schon sagen kann, mihlungenen Bluff. Die 25 000 deutschen Tünchermeister werden die rosenrote Hoffnung auf Niederwerfung der Gehilfenorganisation in grauer Trübsal erfassen müssen. Der einzige wahre Trost, den dieses Geheimzirkular ihnen bietet, dürfte der Hinweis darauf sein, daß Schritte zu neuen Verhandlungen unternommen sind.

Aussperrung der Pfisterer in Frankfurt a. M. Der Verband der Pfisterermeister Mitteldeutschlands ließ Ende der vorigen Woche durch die Telegraphenbureaus verkünden, die gesamte Arbeiterschaft im Pfisterergewerbe werde am 11. April ausgesperrt, falls die verhängte Sperre über eine Firma in Frankfurt a. M. von dem Verbande der Steinseger nicht aufgehoben würde. Die Drohung machte auf die Arbeiter nicht den gewünschten Eindruck, die Sperre wurde aufrecht erhalten. Letzten Sonnabend kam es nun zur Aussperrung. Aber nicht die gesamte Arbeiterschaft im Pfisterergewerbe, sondern nur ungefähr 50 Pfisterer in Frankfurt a. M. wurden von ihr betroffen. Dabei arbeiten in Frankfurt a. M. über 200 Pfisterer.

#### Die vaterländischen Arbeitervereine auf dem Mitgliederfang.

Man schreibt uns aus Dresden:

Der Vorsitzende des Bundes vaterländischer Arbeitervereine, der ganz offenbar nur eine verdeckte Filiale des Reichsverbandes ist, macht zurzeit in Sachsen Versuche, Mitglieder zu fangen. Am vorigen Sonntag war er auch nach dem großen Industrieort Gröba bei Riesa gekommen, um dort sein Glück zu versuchen. Der Herr, Schriftsteller Schaper aus Berlin, wurde von den Unternehmern per Automobil von der Bahn abgeholt. Er erschien in dem zur Versammlung bestimmten Lokal, das aber schon zu vier Fünfteln von den organisierten Arbeitern von Gröba, die kein Lokal zur Verfügung haben, besetzt war, inmitten der ganzen Honoratioren des Ortes: Pfarrer, Gemeindevorstand, Rittergutsbesitzer, konservativen Landtagsabgeordneten und Fabrikanten und Direktoren. In herablassender Weise suchte er die Arbeiter für seine arbeiterfeindlichen Pläne einzufangen, hatte damit aber um so weniger Glück, als es unterm von Dresden gekommenen Redner mit leichter Mühe gelang, die ganze Arbeiterfeindlichkeit des Bundes an der Hand der ausliegenden Druckschriften und der Ausführungen des Referenten nachzuweisen. Interessant ist das Zugeständnis des Herrn Schaper, daß der Bund der vaterländischen Vereine besonders dadurch Mitglieder zu werben versuche, daß er den Unternehmern empfehle, dieselben unter allen Umständen bei Entlassungen von Arbeitern zu bevorzugen; dann meinte er: „Man kann es doch den Unternehmern nicht verdenken, daß sie die Freunde der Unternehmer bevorzugen.“ Es gelang dem Herrn nunmehr natürlich erst recht nicht, unter den versammelten Mitglieder zu fangen. Er mußte am Schluß der Versammlung resigniert zugestehen, daß seine Hoffnungen schmächtig in die Brüche gegangen seien. Ubrigens bestritt der Herr auch, daß die vaterländischen Arbeitervereine irgend etwas mit den gelben Gewerkschaften und mit dem Reichsverband zu tun hätten. Trotzdem waren extra aus Dresden Reichsverbändler und Gelbe mitgenommen. Man sieht also, was davon zu halten ist. In Sachsen, das kann dem Herrn Schriftsteller und Vorsitzenden dieser neuesten Wäute am Reichsverbandsbaume verraten werden, dürfte er kein Glück haben. Das wird er wohl bei seinem Streifzuge gemerkt haben.

Von der Werftarbeiteraussperrung in Norddeutschland waren auch die Arbeiter der „Reptanwerk“ in Rostock i. M. betroffen worden. Am 6. April ist nun die Aussperrung als beendet erklärt worden, jedoch wurden in Rostock von 180 Aussperrten nur 50 wieder eingestellt. Eine Verammlung des Metallarbeiter-Verbandes hat deshalb beschlossen den Wochenbeitrag bis auf weiteres von 60 auf 70 Pf. zu erhöhen, um die ausgesperrten Kollegen weiter genügend zu unterstützen. Die Rostocker Zahlstelle dieses Verbandes zählt 1193 Mitglieder. Im letzten Quartal waren 32 Prozent der Mitglieder arbeitslos.

#### Folgen der Scharfmacherei.

Vor einigen Monaten hat die Firma Heinle u. Weiß, Kraftwagenfabrik in Augsburg-Oberhausen, ihre Arbeiter ausgesperrt. Die Organisation der Arbeiter, die vernichtet werden sollte, lebt und gedeiht vorzüglich. — Die „Herren im Hause“ aber haben nun Konkurs angemeldet. — Noch ein Stückchen zu diesem Kapitel: Während des Brauerstreiks in Augsburg haben sich die meisten Birte in der Nachbarkstadt Lechhausen auf die Seite der Unternehmer gestellt, weil ihnen ein gutes Trinkgeld versprochen wurde. Der Lohnkampf ist längst zu Ende und den Birten wurde erst jetzt die Mitteilung, daß sie nichts bekommen.

#### Ausland.

#### Schweizerischer Arbeitertag.

Zürich, 14. April. (Eig. Ber.) Der große Schweizerische Arbeiterbund, an dessen Spitze das Arbeiterssekretariat in Zürich steht, beruft auf den Dienstag nach Ostern den Schweizerischen Arbeitertag ein mit nachfolgender Tagesordnung: die Kranken- und Unfallversicherung (Referenten Scharer-St. Gallen und Sigg-Benf), die Angriffe gegen das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter (Referenten Lang-Zürich und Dr. Brühllein-Bern), Wahl des Arbeiterssekretärs und des Bundesvorstandes.

Die Scharterischen Thesen begrüßen die im Krankenversicherungsentwurf vorgesehene Kompetenz für die Gemeinden, die Krankenversicherung für bestimmte Bevölkerungsklassen obligatorisch zu erklären, die Anerkennung aller Krankenkassen, ohne jede Ausnahme. Die Erleichterung der Freizügigkeit und den höheren Bundesbeitrag an die weibliche Versicherung. Für die Unfallversicherung wird eine angemessene Vertretung der Arbeiter im Verwaltungsrat, die Einbeziehung aller heute schon dastypischen Gewerbe in die Versicherungspflicht, die Ausdehnung der Versicherung auf die Nichtbetriebsunfälle und Berufskrankheiten, die Festsetzung der Unfallentschädigung mit 80 Proz. und der Rente mit 70 Proz., eine zweite Instanz des Versicherungsgerichts und unentgeltliches Prozeßverfahren gefordert, und schließlich eine solche Form des Versicherungsgesetzes gewünscht, daß die Arbeiterschaft auch für seine Annahme eintreten kann.

Die Thesen Langs betreffend das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter lauten:

„Die kapitalistische Wirtschaftsordnung hat durch Hochentwärtung der Produktions- und Verkehrsmittel zu einer Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums geführt, die in der Menschheitsgeschichte ohne gleichen ist.“

Über diese Zunahme der Produktivkräfte und des Reichtums kam nicht dem ganzen Volke zugute; für den größten Teil be-

wirkte sie wirtschaftliche Abhängigkeit, Entwertung der menschlichen Arbeitskraft, Verdienstlosigkeit und viel Not und Elend.

Das einzige Mittel gegen die Gefahren und Schäden des Kapitalismus ist die vom Solidaritätsgefühl getragene Organisation der Arbeiter und ihre Betätigung auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiete. Das letzte Mittel zur Erhaltung des Vertragsrechts im Arbeitsverhältnis ist die organisierte Arbeitseinstellung.

Da aller Kulturfortschritt darauf beruht, daß die Lebenslage des ganzen Volkes gehoben und jedem die Möglichkeit zu freier Entfaltung und Betätigung seiner Kräfte eröffnet wird, ist es Pflicht des Staates, die Arbeiterbewegung als bedeutsamsten Kulturträger zu fördern, mindestens der Wirksamkeit der Arbeiterorganisationen keine anderen Schranken zu ziehen als solche, die sich aus dem gemeinen Recht ergeben.

Dieser Forderung widersprechen aber die Strafbestimmungen, die „zum Schutze der Arbeitwilligen“, in Wahrheit aber zum Schutze der Unternehmerinteressen, in einigen Kantonen erlassen, in andern geplant sind. Sie bedeuten einen schmerzlichen Einbruch in den Grundsatz der Rechtsgleichheit, denn sie bestrafen Handlungen, die unter andern Umständen straflos sind oder weniger hart bestraft werden.

Das Unrecht solcher Ausnahmegesetze ist um so schwerer, als der Staat zwar die „ernstliche Betätigung“ eines Streikbrechers mit Strafe bedroht, aber die Arbeiter schutzlos läßt vor der Verklammerung des Vereinsrechts, vor schwarzen Listen und all jenen Maßregelungen, die Tag für Tag von den Unternehmern geübt werden.

Gegen dieses Unrecht erhebt der Arbeitertag energischen Protest. Er fordert nicht nur die Arbeiterschaft, sondern alle gerecht und billig denkenden Bürger auf, gegen diese Versuche, das Koalitionsrecht der Arbeiter, die einzige Waffe im Kampfe um die Existenz, zu erdrücken, ihre Stimme zu erheben und die diesem Zwecke dienenden Gesetze zu verwerfen.

Wir hoffen, der Arbeitertag des über 10 000 Mitglieder zählenden Arbeiterbundes werde zu einer wichtigen Kundgebung gegen die Entwertung der Arbeiter sich gestalten.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Der Sieg der Besonnenheit.

Washington, 15. April. (W. T. B.) Des Repräsentantenlehnte den Antrag Hobson, der den Bau von vier Schlachtschiffen anstatt der vom Marinemomitee befristeten zwei vorschlägt, mit 190 gegen 79 Stimmen ab. Das Ergebnis der Abstimmung wurde mit lautem Beifall begrüßt. Die Ablehnung erfolgte auf eine Rede des Vorsitzenden der Kommission für die Bewilligungen, Tawney, worin dieser auf die große Zunahme der Geldbewilligungen hinwies und erklärte, Amerika gebe für Kriegsrüstungen mehr aus als irgendein anderes Land.

### Für 'n Rubel Volksrechte!

Petersburg, 15. April. (W. T. B.) Die Duma prüfte heute das Budget der Kanzlei des Verkehrsministeriums, wobei die Budgetkommission 11 000 Rubel zu streichen beantragte, da das Ministerium es ungeeignet, nämlich 10 Tage vor Einberufung der Duma, zur allerhöchsten Bestätigung vorgelegt habe. Graf Bobrinsky (gemäßigter Rechte) wies darauf hin, daß es Pflicht der Duma sei, die Grundgesetze zu stützen und dadurch dem Monarchen, der die Befolgung der Grundgesetze beschle, Ergebenheit zu beweisen, und beantragte daher, obigen 11 000 Rubeln noch einen Rubel hinzuzufügen, um dadurch die Budgetrechte der Duma zu betonen. Die äußerste Rechte ließ erklären, sie werde den Schluß verlassen müssen, da ein derartiger Beschluß die selbstherrlichen Rechte des Monarchen verlege. Dies rief auf den Wänden des Zentrums und der Linken großen Lärm hervor. Zurufe „hinaus!“ wurden laut. Die äußerste Rechte verließ während der Abstimmung den Sitzungssaal. Die Duma nahm einstimmig den Antrag Bobrinsky an, bestellte ferner den Etat der Verwaltung der Wasserwege und Chaußeen, von dem laut Vorfage der Budgetkommission 1 900 000 Rubel gestrichen wurden.

### Wie englische Minister über Volksrechte denken.

London, 15. April. (W. T. B.) Lord Tweedmouth erklärte in einer in Dartmouth gehaltenen Rede, sein Rücktritt als erster Lord der Admiralität sei nur deshalb erfolgt, weil der nunmehrige Premierminister Asquith von der Ueberzeugung durchdrungen sei, daß die Chefs der großen Verwaltungen, die große Aufwendungen erfordern, Mitglieder des Unterhauses sein müßten, um dort den Volksvertretern Rechenschaft ablegen zu können.

### Neue Wirren in Persien.

Urmia, 15. April. (W. T. B.) Die Lage im hiesigen Bezirke ruft Besorgnis hervor. In den letzten Tagen wurden über zwanzig Mann getötet. Der Handelsverkehr ist gehemmt. Gestern wurden vier Dörfer überfallen, wobei acht Mann getötet, elf verwundet und gegen 1500 Schafe sowie viel Hab und Geraubt wurde. Die Dorfbewohner flüchteten in die Stadt. Einflußreiche Persönlichkeiten verlangen vom Gouverneur die Ergreifung energischer Maßregeln. Letzterer wandte sich nach Teheran mit der Bitte, entweder Truppen zu senden oder ihn seines Amtes zu entheben.

### Die „Politischen“.

Tensa (Rußland), 15. April. (W. T. B.) Gestern abend erdolchten elf politische Arrestanten zwei Aufseher des Gouvernementsgefängnisses und verwundeten einen dritten, worauf sie durch eine in die Decke der Zelle gebrochene Oeffnung das Dach erstiegen. Von dort warfen sie in den Innenhof eine Bombe und begannen dann, sich an Tauen, die sie aus Zeitbezügen hergestellt hatten, an der Kellermauer hinunterzulassen. Als der erste Arrestant hierbei von der Schutzwache erschossen wurde, warfen sie eine zweite Bombe von bedeutender Sprengkraft und suchten, durch die Rauchwolken bedeckt, zu entkommen. Sie erreichten freies Feld, aber während des nun folgenden Zusammenstoßes mit der Schutzwache und Polizeimannschaften wurden weitere sieben erschossen. Drei Arrestanten ist die Flucht gelungen.

### Männerstolz vor Hohenorden.

Ebing, 15. April. (W. T. B.) Der Lehrer Wendt in Ebing hat den ihm anlässlich seines 50-jährigen Jubiläums verliehenen Adler des Hausordens von Hohenzollern abgelehnt.

### Opfer des Berufs.

Frankfurt a. M., 15. April. (W. T. B.) Heute morgen gegen 9 Uhr geriet beim Rangieren im hiesigen Hauptbahnhof durch falsche Weichenstellung eine Anzahl abgehender Wagen ins falsche Gleis und stieß auf den Postwagen des Berliner Sitzgutes mit solcher Wucht, daß die Beamten zu Boden oder gegen die Wand geschleudert wurden. Während die meisten Beamten mit leichten Erschütterungen davonkamen, erlitt der Postkaffiner August Böring an Eisenach eine schwere Gehirnerschütterung, Schenkelgertung und leichte Verletzungen.

Obersthal, 15. April. (W. T. B.) Beim Blodust SX Dolhain stießen vorgestern zwei Personenzüge, die dort kreuzen sollen, zusammen. Der Lokomotivführer und Maschinist des deutschen Zuges sowie ein Passagier des belgischen Zuges wurden verwundet. Der Materialschaden ist bedeutend. Die Passagiere beider Züge mußten sich zu Fuß nach Dolhain begeben.

Paris, 15. April. (W. T. B.) Dr. Quercy, dessen Arbeiten über die Syphilis bekannt sind, ist heute in seiner Wohnung von einem seiner Experimenten dienenden Affen gebissen worden. Der Biß verursachte eine starke Wutung, da die Schlagader getroffen wurde. Dank dem schnellen Eingreifen einiger Kollegen befindet sich aber Dr. Quercy außer Gefahr.

Bürgerliches Gesetzbuch und Presse.

Vor mehr als drei Jahren besaßte sich unser Düsseldorfener Parteiblatt, die „Wolfs-Zeitung“, mit den Arbeitsverhältnissen in dem Betrieb der Firma Junker. Der Firmeninhaber behauptete, die Angaben in der betreffenden Notiz seien nicht den Tatsachen entsprechend, er verlangte aber nicht die Aufnahme einer Berichtigung, auch strengte er keine Verleumdungsklage an, vielmehr sah er in der Veröffentlichung der Notiz eine Störung des Betriebes, welche durch eine Zivillage erledigt werden müsse. Der verantwortliche Redakteur Genosse Schotte und der Verleger Genosse Gerisch wurden auf Grund der §§ 823 und 824 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verklagt; das „Objekt“ auf 2000 M. angesetzt. Die Firma beantragte, den Beklagten zu unterzagen, durch die Zeitung gewisse Behauptungen zu veröffentlichen.

Die Beklagten, so wurde in der Klagebegründung ausgeführt, seien verpflichtet, die erfolgte Störung zu beseitigen und für die Folge derartige Störungen zu unterlassen. Aus der Tendenz des Artikels, aus der ganzen Richtung der Zeitung ergebe sich die Befürchtung der Wiederholung. Die Firma ersuchte um Publikationszwang des Urteils, denn die beantragte Veröffentlichung stelle die Austräumung und Beseitigung der Störung dar.

Die angezogenen Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuchs lauten:

§ 823. „Wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht eines anderen widerrechtlich verletzt, ist dem anderen zum Ersatz des Schadens verpflichtet.“

Die gleiche Verpflichtung trifft denjenigen, welcher gegen ein den Schutz eines anderen bezweckendes Gesetz verstößt. Ist nach dem Inhalte des Gesetzes ein Verstoß gegen dieses auch ohne Verschulden möglich, so tritt die Ersatzpflicht nur im Falle des Verschuldens ein.“

§ 824. „Wer der Wahrheit zuwider eine Tatsache behauptet oder verbreitet, die geeignet ist, den Kredit eines anderen zu gefährden oder sonstige Nachteile für dessen Erwerb oder Fortkommen herbeizuführen, hat dem anderen den daraus entstehenden Schaden auch dann zu ersetzen, wenn er die Unwahrheit nicht kennt, aber kennen muß.“

Durch eine Mitteilung, deren Unwahrheit dem Mitteilenden unbekannt ist, wird dieser nicht zum Schadenersatz verpflichtet, wenn er oder der Empfänger der Mitteilung an ihr ein berechtigtes Interesse hat.“

Die Klage gegen den Genossen Gerisch zog der Kläger zurück, als ihm nachgewiesen wurde, daß derselbe gar keine Kenntnis von der Aufnahme der Notiz haben konnte.

Nachdem eine ganze Anzahl Termine stattgefunden hatten, fällt die Zivilkammer 5 des Düsseldorfener Landgerichts am 11. Dezember 1905 ein Urteil. Und zwar schloß das Landgericht sich im wesentlichen dem klägerischen Antrage an, weil die in der Notiz behaupteten Tatsachen nicht alle der Wahrheit entsprechen haben sollen.

Das Landgericht unterzage dem Beklagten, die in der betreffenden Notiz gebrachten Behauptungen über die Klägerin zu veröffentlichen. Weiter wurde der Beklagte verurteilt, den vorliegenden Teil des Urteils auf seine Kosten je einmal in der „Wolfs-Zeitung“ und im „General-Anzeiger“ zu veröffentlichen. Die Kosten des Rechtsstreits wurden dem Beklagten auferlegt. In der Begründung des Urteils wurde unter anderem ausgeführt:

„Veröffentlichungen in der Presse unterliegen nicht lediglich den Bestimmungen des Preßgesetzes; letzteres beschäftigt sich bezüglich der Verantwortung für die Veröffentlichungen lediglich mit der strafrechtlichen Verantwortlichkeit; die Zivilrechtspflege wird nicht berührt, wie für diese nicht § 198 des Strafgesetzbuchs nicht maßgebend ist. Die zivilrechtliche Verantwortlichkeit richtet sich vielmehr nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Dieses schützt, wie § 824 ergibt, den Erwerb und das Fortkommen als ein besonderes der Rechtsverletzung zugängliches Rechtsgut. Eingriffe in die geschätzten Rechtsgüter geben dem Geschädigten, auch wenn sie nur objektiv widerrechtlich sind, den Anspruch auf Beseitigung der Beeinträchtigung und bei drohender

weiterer Beeinträchtigung Anspruch auf Unterlassung. (Vergl. Entsch. d. Reichsgerichts, Jurist. Wochenschrift S. 140 Nr. 19.) Die Beseitigung der Beeinträchtigung sowie der Schadenersatz — Wiederherstellung des früheren Zustandes — kann bei Eingriffen durch die Presse lediglich durch eine die Beeinträchtigung wieder ausräumende Veröffentlichung erfolgen. Eine solche unterscheidet sich wesentlich von dem Berichtigungsverfahren des Preßgesetzes. Die Berichtigung ist eine einfache Erklärung des Geschädigten und es ist dem Redakteur nicht benommen, in derselben Nummer anzuführen, daß er trotz der Berichtigung für die Wahrheit der Behauptung noch einstehen. Bei der auf Klage ergebenden Verurteilung der Veröffentlichung einer die Beeinträchtigung ausräumenden Erklärung ergibt sich dagegen eine rechtskräftige, endgültige berichtigende Beseitigung.“

Gegen das Urteil legte Genosse Schotte Revision beim Oberlandesgericht in Köln ein, welches mehr als zwei Jahre brauchte, um ein Urteil zu fällen. Der 11. Zivilsenat des Oberlandesgerichts bestätigte das Urteil des Landgerichts, nur dahin wurde es abgeändert, daß eine Veröffentlichung nicht stattfinden sollte. Zur Begründung der Abweisung des Verlangens auf Urteilsveröffentlichung führt das Urteil aus, dieses Verlangen sei ungerechtfertigt, denn eine solche Verurteilung würde nach Sachlage doch eine als Strafe wirkende Maßnahme darstellen, die das Bürgerliche Gesetzbuch nicht zuläßt und für die im Paragraph 200 des Strafgesetzbuchs Fürsorge getroffen sei.

Ein Rekurs gegen dieses Urteil ist nicht möglich, weil das Objekt zu niedrig ist.

Der Presse ist durch dieses Urteil wieder ein neuer Fallstrick gelegt. Verleumdungsparagraphen im Strafgesetzbuch und Preßgesetz genügen nicht mehr, um dem verhassten Redakteur, der die Hände bloßlegt, zu fassen. Jetzt muß auch noch das Bürgerliche Gesetzbuch herhalten, um den Kritikern unhaltbarer Zustände in den Fabriken und auf den Arbeitsplätzen eventuell einen Maulkorb anzulegen!

Polizeikampf gegen das Landtagswahlrecht.

Zweiter Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung verkündet zunächst Landgerichtsdirektor Blankmeier den Beschluß des Gerichtshofes dahin: Da die Verteidigung jetzt behauptet, daß die Kriminalbeamten Draber und Rastube (die, wie behauptet wurde, sich gewissermaßen als Späher an dem Zuge beteiligt haben) ihre Wahrnehmungen nicht in Ausübung ihres Dienstes gemacht haben, so soll der Polizeipräsident nochmals um Auskunft erlucht werden, ob er unter diesen Umständen den Beamten die Erlaubnis zur Aussage erteilen will.

Rechtsanwalt Dr. Heinemann beantragt, durch Augenscheinnahme festzustellen, daß es bei der ganzen Lage der Straße Friedrichsgracht völlig unmöglich ist, daß die in den hinteren Reihen des Zuges stehenden Menschen sehen und hören konnten, was vorn passierte.

H. A. Muhlert beantragt Feststellungen über die in Frage kommenden Dimensionen zu treffen. Daraus werde sich ergeben, daß die Bekundungen der Schulleute über die Länge der Straße, auf welcher sie gegen das Publikum vorgegangen, nicht richtig sein können.

Es werden noch einige Schulleute über die Vorgänge an der Friedrichsgracht vernommen. Sie schließen sich im allgemeinen den Darstellungen der vorbernehmenen Polizeibeamten an. Zur Sprache wird u. a. auch gebracht, daß eine Frau mit einem Schumannsfädel Bekanntheit gemacht habe. Die Polizeibeamten erklären dies wie folgt: Der Schumann Rastube habe eine hinter einem Kellerbalken stehende Frau, die seiner Aufforderung, wegzugehen, nicht Folge leistete, herausgebracht; da sei ihm eine andere Frau an den Hals gesprungen und diese habe er sich mit dem Säbel abgewehrt.

Eine von der Verteidigung vorgeladene Zeugin, Frau Bolter, bekundet als Logiswirtin des Angeklagten Otto Ludwig, Kaiser ganz entschieden erklärt habe, sich „seinen“ Festzug nicht anzusehen. Die Geschichte wird nicht weniger als drei Millionen Kronen kosten. Mit Subventionen der Gemeinde, der Sparkassen, der Banken soll das Geld zusammengebracht werden. Vorläufig hapert es da noch und es ist durchaus nicht ganz ausgeschlossen, daß das erprete Fest an dem mangelnden Munizipalvermögen scheitern könnte. Ein zweites Sanitätskomitee, das sich unter dem Vorsitz des Statthalters von Niederosterreich „im Zeichen des Kindes“ zusammengesetzt hat, muß jetzt jedenfalls wochenlang warten, ehe eine kleine Gabe in seine Sparbüchse tröpfelt. So wird statt des kleinen Kindes der „keine Mann“ gerettet!

Der Vorstand der Hoteliergenossenschaft, etliche Gewerbetreibende, ein paar ordentlichlose Gemeinderäte taten sich zusammen und proklamierten ein „Recht auf Jubiläumsschma“. Wahr und wahrhaftig: Wiener Patrioten beschloßen die Abhaltung einer großen Protestversammlung, in der für den Festzug und — gegen den Kaiser Stimmung gemacht werden sollte! Inzwischen hatte der Ministerpräsident ein zweites Mal gebeten, den Kaiser in Ruhe zu lassen. Erinnert man sich, daß der letzte Festzug in Wien anlässlich der Verheiratung des Kronprinzen Rudolf stattgefunden — des Kronprinzen, der bei einer Sauferei ruhmlos geendet — dann war der Widerwille des Kaisers auch psychologisch erklärlich. Aber die „Komiteteer“ ließen nicht nach. Sie ließen von einem Minister zum anderen, sie beriefen sich ganz ungeniert auf den „Fremdenzulaß“ und auf die „mühselige Lage des Wiener Hotelgewerbes“, sie foppten etliche schwachköpfige Künstlerführer, indem sie ihnen erzählten, wie viel Laufende und Ubertausende Gulden nun endlich ins Volk strömen würden. Kurz, das ganze Kaiserjubiläum war mit einem Male nur mehr eine Frage der Gewerbetreibung. War der Festzug für den alten Kaiser mehr lästig als lustig, nun so war er für den darniederliegenden Gewerbestand unerträglich. Jetzt nahm der neue Minister für öffentliche Arbeiten, Herr Gehmann, die Sache in die Hand und nun wurde daraus eine aufregende Nachfrage, wer denn stärker sei, der Kaiser oder „der kleine Mann“. Vergebens suchten einige ungezügeltere Patrioten von sanfterer Art daran zu erinnern, daß für die Kaiserfeier doch auch der Wunsch des Gesetzkenners eingermaßen in Betracht käme. Aber die erbitterten Komiteteer erklärten ganz unverblümt, lieber auf den Kaiser als auf den Festzug zu pfeifen! Da für den kleinen Mann unbedingt „was g'schehn muß“, so blieb dem alten Herrn in der Hofburg nichts übrig, als feuchend Ja zu sagen. Doch verwickeln Journalisten, die auf ihr Honorariat stolz sind, daß der

daß dieser ein sehr solider Mann sei und keine Zeitungen gelesen habe.

Der Gerichtshof beschließt, dem

Antrag auf Augenscheinnahme stattzugeben

und am Nachmittag oder Abend die Friedrichsgracht an Ort und Stelle zu besichtigen. Polizeihauptmann Stephan und Polizeileutnant Busch werden ersucht, bei der Besichtigung zugegen zu sein. Drei von der Verteidigung neu benannte Zeugen sollen geladen werden.

Die Erörterungen über die Ereignisse an der Friedrichsgracht werden hierauf vorläufig beendet und es werden nun die Vorgänge erörtert, die sich

Unter den Linden, Ecke Neustädtische Kirchstraße

und Neustädtische Kirchstraße, Ecke Mittelstraße, abgespielt haben. Hier stand ein Schuttmannskommando unter Befehl des Polizeihauptmanns Sacius, um Jüge von dem Marsch nach dem Schloß abzuhalten. Auch hier kam es mehrfach zu Konflikten; es wird behauptet, daß die Beamten wiederholt angegriffen worden seien und wiederholt von der Waffe Gebrauch machen mußten. Der Angeklagte Krause soll sich dadurch hervorgetan haben, daß er mit brüllender Stimme Hochs auf das freie Wahlrecht ausbrachte. Als ihn der Schuttmann Erdmann wegen des Lärmens festgenommen hatte und ihn zur Wache bringen wollte, soll Krause nach ihm mit dem Fuße gestoßen und ihm am Knie getroffen haben. Angeklagter Krause behauptet, daß er einen Freund habe besuchen wollen, dann in das Gewühl hineingezogen worden sei und vielleicht in dem Augenblick, als er seinen zu Boden gefallenem Hut habe aufnehmen wollen, ohne Abicht den Schuttmann gestoßen haben könne.

Polizeihauptmann Sacius gibt eine Schilderung von der Situation an jener Stelle und den von ihm als notwendig befundenen Absperungen. Von 12% bis 8 Uhr sei fortgesetzt von Truppen in der Zahl von 100 bis 1000 Personen der Versuch gemacht worden, nach dem Schloße zu gelangen. Es habe wiederholt von der Waffe Gebrauch gemacht werden müssen. Die Menge habe Gelegenheit gehabt, auf einem offen gelassenen Wege abzugleichen, tat es aber nicht.

Die Schulleute Erdmann und Kramer bekunden, daß Krause geschimpft und mit Füßen nach Erdmann gestoßen habe. Kramer will bei dieser Gelegenheit von einem unbekanntem Manne mit einem Spazierstock geschlagen worden sein.

Zu einem Trupp von etwa 150 Mann, von dessen Teilnehmern — wie die Anklage behauptet — die Schulleute mit Stöcken, Faustschlägen und Knütteln traktiert worden sein sollen, gehörte der Angeklagte Oden. Er wird von den Schulleuten Holz und Rolle beschuldigt, einen Schlag nach dem Schuttmann Knobloch geführt und die Schulleute als „Blutunde“, „Saufjungen“ und dergleichen beschimpft zu haben. — Der Angeklagte Oden bestreitet dies. Er will nur zufällig in den Zug hineingeraten sein und Strafbares nicht begangen haben. — Schuttmann Knobloch bestätigt, daß Oden auf ihn eingeschlagen habe, so daß ihm der Helm vom Kopfe gefallen wäre. — Der Bruder des Angeklagten Oden bekundet als Zeuge, daß er am 12. Januar nachmittags mit seinem Bruder das Museum in der Invalidenstrasse habe besuchen wollen. Da seien sie in einen Zug hineingeraten. Sein Bruder habe dann auf einen erschauerten Schuttmann hingewiesen und gesagt: „Sieh mal Otto, wie der puffed!“ Darauf sei er gepackt und nach der Wache gebracht worden.

Zu einem andern Trupp gehörten die Angeklagten Binder und Gartheis. Es wird behauptet, daß diese übermäßig laut gelächelt, gesungen und „hoch das allgemeine Wahlrecht!“ geschrien haben. Als Gartheis ergriffen wurde, soll er auf dem Wege zur Wache dem Schuttmann Litz mit der Faust gegen die Brust und mit der Hand ins Auge gestoßen und an die Wade geschlagen haben. Beide Angeklagten bestreiten ihre Schuld. Binder will von einem berittenen Schuttmann angegriffen worden sein und dagegen protestiert habe; er wehrt sich entschieden gegen die Anschuldigung. Gartheis behauptet, daß der Schuttmann Litz zunächst einen andern Mann blutig geschlagen und dann gegen ihn selbst einen Schlag ausführen wollte. Nur diesen Schlag habe er abgewehrt. — Die Schulleute Litz und Brzeski halten die Angaben der Anklage aufrecht.

Ein etwa 200 Personen starker Zug Unter den Linden soll den Beamten Widerstand geleistet haben, so daß die Menge mit Unterführung von berittenen Schulleuten gewaltsam zurückgedrängt werden mußte. Der Angeklagte Reugebauer behauptet, daß er aus Reugierde sich diesem Zuge angeschlossen habe und plötzlich

verlangt die Rücksicht auf Deinen Nachbarn und die Ehrfurcht vor der Kunst. Im Vergleich zu Mozarts Musik z. B. bedeutet das wichtigste, was Du zu sagen hast, doch stets eine Lappalie.

Notizen.

— Theaterchronik. Mounet-Sully, der Hauptvertreter der französischen Theaterkunst, die das Hauptgewicht auf den „schönen“ Vortrag und die klassische Deklamation legt, wird im Neuen königl. Operntheater vom 27.—30. April mit einer französischen Truppe „König Oedipus“, „Ruh Was“, „Hamlet“ und „Hernani“ auführen.

— Aus dem Musikleben. Zum Dirigenten ihrer Sinfoniekonzerte wählte die königl. Kapelle Richard Strauß auf drei Jahre.

— Gojger Drachmann zu Ehren veranstaltet der bairische Verein „Freya“ am 26. April in der Neuen Philharmonie (Königsplatz) einen Festabend, an dem der Dichters durch Vortrag und Rezitation gedacht werden soll.

— Das Recht auf Karikatur will sich der Pariser Karikaturist Jean Weber in — Deutschland erkämpfen. Im Pariser Salon hat man ein Bild von ihm, auf dem er sich mit Wilhelm II. beschäftigt, aus übertriebener Höflichkeit entfernt. Man fürchtete offenbar den Pariser Wig, der sich an dieses Bild haften könnte.) Weber droht jetzt, das Bild in Deutschland auszustellen. Vielleicht verrechnet er sich mit dieser Schneiderei nicht. Grand Carteret ist ja auch einmal etwas Ähnliches gelungen. Auf uns Deutsche machen solche Ausnahmen von der Regel der Unterdrückung allerdings keinerlei Eindruck. Sie sind auch nur für den Export bestimmt.

— Die Abstimmungsmaschine im Theater. Im Theater Argentina zu Rom hat man am dem Premierabend, der ein neues Werk des bekannten Dramatikers Traversi „Märtyrer der Arbeit“ brachte, zum erstenmal ein Experiment mit dem „Mephographen“ gemacht, einer Abstimmungsmaschine, die die Meinungen der Zuschauer über das Stück sammelt. Doch scheinen sich die Römer mit dieser Neuerung, die alles Maßstab und Ziffern überflüssig machen und eine einwandfreie Feststellung des Erfolges sichern sollen, noch nicht recht befreundet zu haben. Denn von den 1500 Besuchern der Vorstellung haben nur 499 ihre Stimmen abgegeben.

— Der längste Vogelflug. Schon die Leistungen der Vriestanden sind ganz gewaltig. Sie werden aber noch bei weitem von dem Flug der Wandervogel überboten, die ja durch ihre ganze Lebensweise darauf angewiesen sind, oft ungeheure Strecken zurückzulegen, ohne einen Anhaltspunkt finden zu können. „English Mechanic“ berichtet über die Beobachtung eines amerikanischen Forschers von einem Vogelflug, der wohl den Rekord unter den bisher bekannt gewordenen Leistungen darstellt. Es handelt sich um Vögel, die auf den Inseln des Bering-Meeres nisten und den Winter auf Ostasien und der Fanning-Insel verbringen. Der Abstand beträgt fast 8300 Kilometer. Da einige dieser Vögel nicht inlands sind, auf der Wasserfläche auszurufen, so müssen sie diese ungeheure Strecke in einem Zuge zurücklegen.

Kleines feuilleton.

Die Wiener Festzugsposte. Aus Wien wird uns geschrieben: fünfzehntausend Personen werden benötigt! Spah bei Seite: Ein Wiener Theaterkritiker hat diesen Schrei durch die ganze Monarchie erschallen lassen. Er braucht für den Festzug, der nun also doch stattfinden soll, fünfzehntausend Personen. An dem Festzug werden also in erster Linie die österreichischen Behördenbesitzer ihre Freude haben und dann natürlich die „Herren vom Komitee“. Sie haben einen großen Sieg errungen, einen Sieg über den Absolutismus, einen Sieg über den Kaiser. Franz Josef, der schon hart an die Achtzig ist, hatte nämlich andächtig und feierlich gebeten, sein sechzigstes Regierungsjahr nicht durch prunkende Feste, sondern durch stille Wohltaten zu feiern. Er war also dem Rate seines Justizministers sehr zugänglich, der empfahl, die für Jubiläumsschma bestimmten Gelder lieber für Anstalten zur Kinderfürsorge zu verwenden. So erschien denn in der amtlichen Wiener Zeitung eine feierliche Erklärung, die Jubiläumsschma mögen unterbleiben, die Feste möge still „im Zeichen des Kindes“ erfolgen. Was dem Kaiser recht war, schien aber den Wiener Hoteliers nicht billig.

Der Vorstand der Hoteliergenossenschaft, etliche Gewerbetreibende, ein paar ordentlichlose Gemeinderäte taten sich zusammen und proklamierten ein „Recht auf Jubiläumsschma“. Wahr und wahrhaftig: Wiener Patrioten beschloßen die Abhaltung einer großen Protestversammlung, in der für den Festzug und — gegen den Kaiser Stimmung gemacht werden sollte! Inzwischen hatte der Ministerpräsident ein zweites Mal gebeten, den Kaiser in Ruhe zu lassen. Erinnert man sich, daß der letzte Festzug in Wien anlässlich der Verheiratung des Kronprinzen Rudolf stattgefunden — des Kronprinzen, der bei einer Sauferei ruhmlos geendet — dann war der Widerwille des Kaisers auch psychologisch erklärlich. Aber die „Komiteteer“ ließen nicht nach. Sie ließen von einem Minister zum anderen, sie beriefen sich ganz ungeniert auf den „Fremdenzulaß“ und auf die „mühselige Lage des Wiener Hotelgewerbes“, sie foppten etliche schwachköpfige Künstlerführer, indem sie ihnen erzählten, wie viel Laufende und Ubertausende Gulden nun endlich ins Volk strömen würden. Kurz, das ganze Kaiserjubiläum war mit einem Male nur mehr eine Frage der Gewerbetreibung. War der Festzug für den alten Kaiser mehr lästig als lustig, nun so war er für den darniederliegenden Gewerbestand unerträglich. Jetzt nahm der neue Minister für öffentliche Arbeiten, Herr Gehmann, die Sache in die Hand und nun wurde daraus eine aufregende Nachfrage, wer denn stärker sei, der Kaiser oder „der kleine Mann“. Vergebens suchten einige ungezügeltere Patrioten von sanfterer Art daran zu erinnern, daß für die Kaiserfeier doch auch der Wunsch des Gesetzkenners eingermaßen in Betracht käme. Aber die erbitterten Komiteteer erklärten ganz unverblümt, lieber auf den Kaiser als auf den Festzug zu pfeifen! Da für den kleinen Mann unbedingt „was g'schehn muß“, so blieb dem alten Herrn in der Hofburg nichts übrig, als feuchend Ja zu sagen. Doch verwickeln Journalisten, die auf ihr Honorariat stolz sind, daß der

berhaftet werden sei. Der Schuhmann Behr bekundet dagegen, daß Reugebauer „Lautjungens“ gerufen und, als er festgenommen wurde, um sich geschlagen, aber niemand getroffen habe.

Der Angeklagte bestritt, jemand geschlagen oder beleidigt zu haben.

Die übrigen Angeklagten, die bei den Vorgängen unter den Linden und in der Kaufmännischen Straße beteiligt sind, bestreiten sämtlich entschieden die Vorwürfe, die ihnen von der Anklage gemacht werden, während die als Zeugen vernommenen Schulleute sie bekräftigen.

**Draber und Raffabe zeugen nicht.**  
Nach einer Mitteilung des Vorsitzenden hat der Polizeipräsident aufs neue seine Genehmigung zur Vernehmung der Kriminalbeamten Draber, Raffabe und des Kriminalkommissars Degner verweigert.

Es wird dann zur Erörterung der Vorgänge am Königstor

geschritten, bei denen der Angeklagte Ewald Ludwig beteiligt ist. Gegen 3 1/2 Uhr hatte sich am Königstor ein Trupp von mehreren Demonstranten gebildet, denen von einer Schuhmannscharne der Marsch in das Stadttiere verlegt wurde. Auch hier kam es zu Tätlichkeiten. Die Menge rief: „Nieder mit den Blutsündern! Nieder mit den Verrätern! Nieder mit Bölow! Hoch das allgemeine Wahlrecht!“ Die Beamten, die die Menge zurückdrängen sollten, fanden heftigen Widerstand und sollen auch mehrfach angegriffen worden sein. Ludwig soll hier gerufen haben: „Haut doch die Hunde!“ Diese Forderung haben ja nicht zu verstehen!“ usw. usw. Er sollte dann festgenommen werden, widersetzte sich aber kräftig.

Angeklagter Ludwig bestritt dies. Er sei willens gewesen, nach Hause zu gehen, sei dann aber auf die pfeifende und johlende Menge gestoßen und habe nur gesagt: „Was ist denn hier los?“ Von Schimpfworten wisse er nichts; er gebe aber zu, etwas angegriffen zu sein.

Polizeileutnant v. Herford, der die Abperrungen an dieser Stelle geleitet und die Befehle zum Zurückdrängen der Menschenmenge gegeben hat, hat gehört, daß Schulleute den Angeklagten wiederholt in der Menschenmenge gesehen und lärmern gehört haben sollen.

Wachmeister Tierauf weiß, daß aus der laut johlenden Menge mit Knütteln, Stecken und Stöcken geworfen, einem Rückschänder auch von seinem Wagen die Militärfahnen heruntergerissen worden seien. Als der Zeuge einen der Hauptstreiter festgenommen hatte, sei er ihm von der Menge wieder entzogen, er selbst aber zu Boden geworfen und umringt worden. Es seien ihm mehrere Beamte zu Hilfe geeilt, sie seien aber angegriffen und auch mit Knütteln bedroht worden.

Die Schulleute Näterhof, Neumann und Lutzußki bekunden, daß Ludwig auf dem Wege zur Wache Widerstand geleistet habe, indem er die Füße gegen den Boden stemmte und um sich schlug.

Auf Antrag des Rechtsanwalts Friedman wird der Gastwirt Urban vernommen. Bei diesem hat Ludwig von 10 bis 4 Uhr gequatscht. Er ist der Meinung, daß Ludwig angetrunken gewesen sei.

Eine ganze Anzahl von Schulleuten wurde darüber befragt, ob sie den Ludwig in der johlenden Menschenmenge gesehen haben und etwas von seiner Tätigkeit wissen. Sie vernetzen dies sämtlich.

Die Beweisaufnahme wendet sich nun den Vorgängen am Schönhauser Tor zu. Hierbei ist der Angeklagte Friebe beteiligt. Gegen 3 Uhr nachmittags zog ein Trupp Demonstranten durch die Schönhauser Allee und hieß Plündern, Beschimpfungen auf die Schulleute und Hochrufe auf das Wahlrecht aus. Friebe wird nun beschuldigt, mit dem Rufe „Haut doch die Hunde!“ mit seinem Stock herumgeschmetzelt und einem in Zivil als Radfahrer dastehenden Polizeibeamten Vartal die Laterne seines Fahrradroses beschädigt zu haben.

Angekl. Friebe bestritt diese Darstellung. Er sei ganz harmlos an Ort und Stelle gewesen, als ihm plötzlich jemand sagte: er solle sich in acht nehmen, Schulleute schmeißen ihn aufs Korn genommen zu haben. Er habe es vorgezogen, sich schämtlich zu entfernen, plötzlich habe er einen Schlag über den Rücken erhalten, ein Radfahrer sei plötzlich an seiner Seite gewesen und er habe die Worte gehört: „Da haben wir ja den Lumpen!“ Als er fragte, weshalb er denn geschlagen und festgenommen werde, habe man ihm geantwortet: „Das wird sich schon finden!“ Auf der Wache hätten ihm die Schulleute gesagt: „Verräter! Judenjunge!“ und er habe einen Schlag über den Kopf erhalten. Da habe er bloß gesagt: „Danke schön! Darüber sprechen wir uns wo anders!“

Schuyman Vartal will von dem Angeklagten Friebe den Ruf gehört haben: „Haut doch die Hunde!“ Friebe habe sich bei dem Standhalten in hervorragendem Maße beteiligt. Der Zeuge stand mit seinem Rade auf dem Bürgersteig, als ihm Friebe mit seinem Stocke die Laterne zertrümmerte und dann fortlief. Friebe habe nach seiner Meinung sehen müssen, daß es sich um ein Polizeirad handelte. Dies wird von dem Verteidiger bestritten. Auch der Polizeihauptmann Stephan erklärt, daß Polizeiräder sich nur sehr wenig von privaten Fahrrädern unterscheiden.

Restaurateurfrau Bödler kennt den Friebe als ruhigen, anständigen Menschen. Er habe am 12. Januar nachmittags ein Glas Bier bei ihr getrunken und habe die Absicht gehabt, nach Hause zu gehen. Hierauf folgen die

**Ereignisse in der Holzmarktstraße.**  
Hier soll der Angekl. Vogel die Menge zum Durchbrechen der Schuhmannsfete aufgefordert haben. Gegen 1 Uhr hatte sich in der Holzmarktstraße eine Menschenmenge von circa 1000 Personen angeammelt, denen durch eine Schuhmannsfete der Weitermarsch verlegt wurde. Wie die Anklage behauptet, soll sich Vogel, der ein grünes Plakat mit der Aufschrift: „Geraud mit dem Landtagswahlrecht“ am Hüte trug, den Anordnungen der Polizeibeamten widersetzt haben. Er soll durch die Schuhmannsfete hindurchgelassen sein und dann die Menge aufgefordert haben, es ihm nachzutun und ebenfalls die Schuhmannsfete zu durchbrechen.

Der Angeklagte bestritt irgend etwas gerufen zu haben. Der als Zeuge vernommene Schuyman Bedke bestätigt jedoch die Darstellung der Anklage.

Der letzte Anklagepunkt betrifft den Angeklagten Weichmann, der auch des Aufruhrs bezichtigt ist. Wie der Schuyman Liederling bekundet, ist er

**am Büchlingsplatz**

einem bedrängten Kollegen zu Hilfe geeilt. Da sich eine Menschenmenge von etwa 300 Personen dort befand, die tätlich gegen die Beamten wurde, mußte er sich in das Schwarze Lager Lokal zurückziehen. Die darin befindlichen Wäste verlieren auf Wunsch des Schankwirts das Lokal, der ebenfalls anwesende Weichmann mußte mit Gewalt hinausgedrängt werden. Bald darauf sei mit Steinen gegen das Lokal geworfen worden. Etwa 15 Personen hätten sich an dem Gyrch beteiligt, darunter der Angeklagte Weichmann, der von einem Wachmeister verschiedene Male zum Weggehen aufgefordert sein soll. Er soll sich widersetzt haben und ist schließlich zur Wache sistiert worden. — Der Angeklagte bestritt dies und erklärte auf Verfragen, daß er angetrunken gewesen sei.

Hierauf wird die Sitzung auf Donnerstag 10 1/2 Uhr vertagt. Im Anschluß an die Sitzung findet ein Lokaltermin in der Friedrichstraße statt.

**Ein Dokument modernen Sklaventums.**  
Was für „Arbeitsverträge“ im zwanzigsten Jahrhundert und noch dazu in nächster Nähe einer Großstadt Arbeitern zugemutet werden, dafür ist das nachfolgende Kulturdokument ein drastischer Beweis. Es lautet wörtlich:

**Arbeitsvertrag.**  
Zwischen der Rittergutsverwaltung in Wurgl, vertreten durch Herrn Oekonomieflektor Poroborsch dablehrl, und dem H. Ernst Otto Schubert ist folgendes Arbeitsvertrag vereinbart und abgeschlossen worden.

1. pp. Schubert tritt am heutigen Tage beim Rittergute Wurgl als Arbeiter und wenn nötig als Kutscher in Dienst und verpflichtet sich, die ihm aufgetragenen Arbeiten stets wüßig und gewissenhaft zu verrichten, allezeit nüchtern zum Dienst zu erscheinen und den Anordnungen und Weisungen der Gutsverwaltung pünktlich Folge zu leisten. Ohne ausdrückliche Genehmigung der letzteren darf er niemals (11) anderwärts Arbeit annehmen, vielmehr hat er mit seiner Ehefrau ausschließlich beim Rittergute Wurgl zu arbeiten.

2. Als Lohn erhält Schubert 1. den jeweilig üblichen Tagelohn für sich und seine Ehefrau, 2. freie Wohnung und 3. monatlich einen Zentner Kartoffeln für sich und seine Ehefrau.

Zweiten Arbeitsverträgen ein, so wird der Lohnsah vorher seitens der Verwaltung mit ihm vereinbart. Die Auszahlung, die wöchentlich Mittwochs erfolgt, umfaßt jedesmal die Tage von Sonnabend bis mit Freitag.

3. Alles Salten von Vieh ist dem pp. Schubert unterzogen.

4. Die der Familie Schubert angewiesene Wohnung ist jederzeit pfleglich zu benutzen und in gutem Zustande zu erhalten. Namentlich darf Schubert für keinen Schaden, der durch ihn und seine Familie an Fenstern, Türen, Schließern usw. entstanden ist.

5. Untervermietung wie das Verberbergen von erwachsenen über 16 Jahre alten Familienangehörigen ist verboten.

6. In allem seinem Tun und Handeln hat Schubert stets das Interesse der Gutsherrschaft zu beobachten. Er verspricht, weder sozialdemokratischen Versuchen beizutreten, noch sich an deren Bestrebungen und Versammlungen der Sozialdemokratie zu beteiligen.

7. Das Arbeitsverhältnis kann beiderseits durch eine vierteljährliche Auffündigung, gebunden an die Termine 1. April, 1. Juli, 1. Oktober und 1. Januar gelöst werden. Der Rittergutsverwaltung steht jedoch das Recht zu, das Arbeitsverhältnis auch ohne vorherige Kündigung sofort zu lösen, wenn Schubert oder seine Familie sich grober Pflichtverletzung schuldig macht, wenn er sich betrunken zu und während der Arbeit zeigt oder sich unehrlich gegenüber der Gutsherrschaft und deren Vertreter benimmt.

8. Mit dem Aufhören des Arbeitsverhältnisses beim Rittergute Wurgl erlischt auch die Wohnungsberechtigung ohne weiteres. Mit Einstellung der Arbeit hat Schubert mit seiner Familie die ihm eingeräumte Wohnung sofort und ohne Verzug zu verlassen.

9. Mit vorstehenden Bestimmungen sind beide Teile einverstanden und zufrieden, sie sagen sich gegenseitige Bestätigung derselben ausdrücklich zu und haben diesen Vertrag in doppelten Exemplaren eigenhändig unterschrieben.

Wurgl, am 1. März 1908.  
Poroborsch, Insp. Otto Schubert.

Wenn man solches Sklavendokument liest, und dann die modernen Sklavensklaven über Lautenotlagen hört, dann bekommt man ein Verständnis für die grenzenlose Verachtung, die die Nachfahren der ehemaligen Strauchhiebe für die arbeitende Bevölkerung haben. Wo solche Arbeitsverträge noch möglich sind, da leben die Arbeiter schlimmer als unter der unverschämten Form der antiken Sklaverei. Diese veranlaßt den Sklavensklaver doch wenigstens, aus Rücksicht auf die Würde des Menschen nicht schlechter zu behandeln als sein Vieh. Solches Verstoß der Rücksichtnahme fällt bei dem modernen Sklaven fort; die Arbeitskraft wird skrupellos ausgebeutet und ist der Träger krank und schwach geworden, liegt er auf Pflaster. Der Sklavensklaver braucht ja keinen neuen Sklaven zu kaufen, er kauft, für ein paar Sestertennige, lediglich die Arbeitskraft.

Lange hat Schubert die Herrlichkeiten und Annehmlichkeiten des „seinen“ Arbeitsvertrages übrigens nicht angeleitet. Es war ihm unmöglich, mit dem jeweilig üblichen Tagelohnsah von 14 W. pro Woche für sich und seine Ehefrau auszukommen. Ob dem Herrn Rittergutsbesitzer wohl für eine Familienmaßzeit 14 W. genügen? Aber ein Arbeiter braucht sich ja auch nicht satt zu essen; für das Recht, hungern zu dürfen, nimmt ihm der „Großherr“ die Last der Staatsbürgerrechte ab.

Und für diese Ordnung kämpfen im trauten Verein: Scherzmacher, Agrarier, Zentriale und — Freisinnige!

## Aus der Frauenbewegung.

### Frauen-Wahlverein.

Für den Frauen-Wahlverein nehmen im Kreise Lektow-Beekow Anmeldungen entgegen in  
Adlershof: Frau Schindhelm, Bismarckstr. 88.  
Röpenitz: Frau Timms, Elisabethstr. 2.  
Bomschulzenweg: Frau Rinzel, Parienthaler Straße 2.  
Nitzdorf: Frau Rode, Bismarckstr. 10.  
Mariendorfer: Frau Händel, Vismenweg 18.  
Königs-Wusterhausen: Frau Lorenz, Lindenwalder Straße 4.  
Schenkendorf: Frau Pöder, Gartenstr. 5.  
Schöneberg: Frau Dänner, Reiningersstr. 8.  
Siegally: Frau Dräger, Hörsstr. 15.  
Friedenau: Frau Eudroß, Ringstr. 23.  
Bismarcksdorf: Frau Töde, Schöneberg, Regendburgerstr. 63a.  
Zehlendorf: Frau Schulz, Pansstr. 49.  
Lektow: Frau Kehler, Hoher Steinweg 7.  
Charlottenburg: Frau Duckert, Brandstr. 2.  
Groß-Lichterfelde: Frau Senf, Mollstr. 21.  
Tempelhof: Frau Thiel, Friedrich-Wilhelmsstr. 20.

### Frauenarbeit in der Textilindustrie.

In den Webereien in Bockholz wurden im Januar circa 6142 Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen beschäftigt. Die Zahl der Fabrikarbeiterinnen belief sich auf 2054 gegen rund 2000 vor zehn Jahren, hat also seitdem nur unwesentlich zugenommen, stellte sich aber doch auf über 33 Proz. der Gesamtarbeiterschaft. Annähernd die Hälfte der Fabrikarbeiterinnen (nämlich 989) waren über 21 Jahre alt. Unter den 4088 Fabrikarbeiterinnen waren 5788 über 15 Jahre, 850 unter 16 Jahre alt. Rund 500 der Arbeiter waren heiländischer Nationalität. Mit dem 1. April traten 192 aus der Schule entlassene Kinder (114 Knaben und 78 Mädchen) in die Webereien ein, damit nahm diese Industrie 58 Proz. der Knaben und 42 Proz. der Mädchen auf, die am 1. April die Volksschule verlassen hatten. Dieser Hopfen billiger Arbeitskräfte ermöglicht es, besonders jetzt bei der hohen Geschäftslage, etwa 3000, neuere Arbeitskräfte aufzuwickeln.

zu wecken. Von den schulentlassenen Knaben erlernen nur 30 (= 19 Proz.) ein Handwerk.

### Der grundsätzliche Freisinn.

Wie das „Verl. Tagebl.“ zu berichten in der Lage ist, wird auf dem Delegiertentage der Freisinnigen Vereinigung Pfarrer D. Lehmann folgende Resolution vorliegen:  
„Wir treten für eine allmähliche Zugabe der Frauen zu den eigentlich politischen Vertretungen in Reich, Staat und Gemeinde ein, bleiben uns aber demütig, daß der Eigenart der Geschlechter entsprechend die aktive Politik Männer Sache ist und um der Wohlthat der Nation willen Männer Sache bleiben muß. Wir sind deshalb der Ansicht, daß ein Frauenwahlrecht in den verschiedenen politischen Körperschaften grundsätzlich so zu gestalten ist, daß das männliche Element der Wähler wie bei Gewählten auch ziffermäßig das Übergewicht behält.“  
Der hier aufgestellte Grundsatz paßt zweifellos zu der grundsätzlichen Verleugnung liberaler Grundsätze durch den Freisinn. Geradezu komisch aber wirkt es, wenn die Apoptiker der Konservativen sich als Vormünder der Frauen aufspielen.

### Christliche Kulturbilder.

Das Münchener Organ für geistige Verköpplung der katholischen Diensthilfen findet es in seiner letzten Nummer wieder einmal notwendig, die guten Schicksale gründlich zu machen vor den roten Christenfeinden. Es umfasst eingangs: „Es gibt ein sehr bedeutungsvolles Theaterstück, in dem ein gewisser Herr Doktor Faust und ein schönes, aber auch frommes Mädchen namens Gretchen dein vorkommen.“

Wir kennen nun zufällig dieses „sehr bedeutungsvolle Theaterstück“ und erinnern uns, daß es vor kurzer Zeit in einem katholischen Seminar als ein höchst unmoralisches, hochwürdiges Nachwerk symbolisch verbrannt wurde und einen der unglücklichsten Seminaristen, der es vor der hl. Kommunion gelesen hatte, beinahe direkt in die Hände des Teufels geführt hätte.

Die Monatschrift des Vereins für die Interessen der Hausangestellten, alle unsere Parteiorgane werden der Reihe nach und die „Gleichheit“ ganz besonders an den Schwandpfehl gemangelt. Und zuletzt steht der gefaltete Kritikerstreifen den sozialdemokratischen Doktor Faust, Herrn August Bebel, vor die Gewissensfrage: „Nun sag, wie hast Du's mit der Religion? Du bist ein herzlich guter Mann... Allein ich glaub', Du hältst nicht viel davon.“ Ohne nun mit unserem Genossen Bebel Rücksprache genommen zu haben, können wir erklären, daß er es mit Schiller hält, der da sagt: „Meine Religion aus Religion!“ — Um nun die „Religion“ der katholischen Diensthilfenfreunde und -freundinnen näher zu beleuchten, teilen wir folgenden Fall mit:

Vor einiger Zeit kam ein unföhrenes Mädchen aus einer erzabthalischen Gegend nach Berlin und trat bei einer sehr frommen Frau Landgerichtssekretärin in Dienst. Hier hatte das junge Mädchen neben anderen Arbeiten eine Kuchenzimmerwohnung insand zu halten. Weil es den an sie gestellten Ansprüchen nicht genügen konnte, hat es die gnädige Frau um Entlassung. Die Dame willigte ein und hat noch ein überiges, indem sie das Mädchen nach dem H... st. einer Art stößlicher Anfall in Berlin brachte. Hier begann eine wahre Leidensperiode für die Herrin. Von morgens früh bis in den späten Abend mußte es plätten und beten, beten und plätten. Das Mittagessen genügte nicht, zum Frühstück gab es zwei Schmalzbraten, am Tag des Herrn aber nur eine. Pregel setzte es in diesem Gottesheim reichlich, und die persönliche Freiheit war so beschränkt, wie im Gefängnis. Endlich fachte sich das Mädchen doch ein Herz und ersuchte die Oberin, die daselbst „Liebe Mutter“ tituliert wird, um ihre Freilassung. Da kam sie aber schon an. Sie sei verpflichtet, 2 Jahre (!) zu bleiben. Eines Tages nun gelang dem Mädchen, durch einen glücklichen Zufall, die Flucht aus der arisialischen Anstalt und es wollte in seiner Harmlosigkeit schnurstracks zu der Landgerichtssekretärin laufen, als es zum Glück erst eine Frau um Rat fragte. Das war eine organisierte Genossin und diese führte die geheime Fremde zur Genossin W., wo sie herzlich aufgenommen wurde und vorläufig bleiben konnte. Genossin W. setzte sich nun mit dem Genossen J., einem alten Verehrten der Partei, in Verbindung, und beide gingen nun in Begleitung des Mädchens in das Kloster und stellten die „Liebe Mutter“ zur Rede, ob sie das Fräulein lenna „Frei!“ laute die süßliche Antwort, „das ist ja unser Kind!“ „Ihr Kind?“ fragten die beiden Genossen erstaunt. (Das „Kind“ ist 22 Jahre alt.) „Ne, wir nennen unsere Mädchen alle unsere Kinder!“ erwiderte die Oberin ganz treuzerbig. Nun stellte sich die Genossin W. als Waisenspflegerin vor. Das wirkte. Die Kleider des Mädchens wurden ausgehändigt, und als die Schube nicht zu finden waren, ging eine Kanne mit und kaufte in einem Schuhgeschäft ein Paar neue. Später erhielt dann das Mädchen noch von der Oberin zwei Karten, auf denen groß vorgebrudelt der Spruch stand: „Gehst sei Jesus Christus!“ und es wurde ihm prophezeit, daß es reuevolllos dem Teufel verfallen würde, sofern es nicht wieder zurückkehrte. Den geistigen Tiefstand in der Heimat des Mädchens kennzeichnet die Stellungnahme der Stiefmutter der Verurteilten, die das Mädchen „opfern“ will, weil sie selbst geheiratet und ihren „himmlischen Bräutigam“ Jesus die „Treu ge brochen“ hat.

### Verfammlungen — Veranstellungen.

Brig. Im Monat April fällt die Verfammlungen aus.

### Soziales.

#### Die sittliche Verwahrlosung.

Unsere Mütter können nicht genug über die „sittliche Verwahrlosung“ der Kinder des arbeitenden Volkes jammern. Deshalb propagiert man auch das Fürsorgergesetz in allen Stücken, baut neue Anstalten, in die diese „verwahrlosten“ Kinder der Arbeiter gedrückt werden sollen. Kinder werden aus der Schule durch Schulleute abgeholt und in Polizeigefängnisse gedrückt, bis sie der Anstalt zugeführt werden können. Lehrer drohen jetzt schon vielfach unzureichenden Schülern mit der „Fürsorgerziehung“. Wegen ganz geringer Vergehen armer Kinder wird die Zwangsverziehung amtlich ausgerufen. Die sehr man sich da trennen und armen Kindern Unrecht zufügen kann, beweist wieder ein Fall, den vor einigen Tagen unsere Frankfurter Genossen im dortigen Stadtparlament zur Sprache brachten. Ein zwölfjähriges Mädchen machte allerlei bedenkliche Streiche, die der Schulverwaltung und Armenbehörde Veranlassung gab, ohne weiteres den Antrag auf Zwangsverziehung zu stellen. Nur der Vormund des Kindes wehrte sich dagegen und erklärte, daß das arme Kind nach seinem Verhalten unmöglich geistig normal sein könne und verlangte ärztliche Untersuchung seines Mädelchens. Als dies jedoch abgelehnt wurde, entschloß sich der Mann dazu, das Kind auf seine Kosten von einem hervorragenden Kervenarzt untersuchen zu lassen, der das Kind für — geisteskrank erklärte und Anstaltspflege, jedoch in einer Irrenanstalt empfahl. Die Armenverwaltung bestand jedoch auf Fürsorgerziehung, bis endlich geistlich die Beobachtung des Kindes in der Irrenanstalt verlangt wurde. Nach längerer Beobachtung wurde auch vom Oberarzt der Irrenanstalt das Zeugnis ausgestellt, daß das Kind unheilbar geisteskrank sei und dauernd wohl in der Irrenpflege gehalten werden müsse. Jetzt scheint auch das Amtsgericht die beantragte Fürsorgerziehung ab und bleibt das Kind unter ärztlicher Aufsicht in der Irrenanstalt. So wurde ein armes Kind vor ständigen Verlegen und ohnlichen „Erziehungsmaßnahmen“ unserer Mütteranstalten bewahrt! Mit Recht haben unsere Frankfurter Genossen dieses Fürsorgergesetz als ein Ausnahmengesetz gegen arme Leute bezeichnet, das doch in der Praxis niemals gegen die Kinder reicher Leute angewendet würde.

Rechtum schließt den verwehrtesten Wengel eines reichen Mannes vor dieser Erziehung durch die „Gesellschaft“. Das wollen natürlich unsere „Patrioten“ nicht gelten lassen und erklären, daß doch ziffermäßig bewiesen sei, daß die Kinder des arbeitenden Volkes viel mehr verwahrlost wären und deshalb dieses „treffliche“ Gesetz noch drückender angewandt werden müsse. Nun kommt aber ein kalter Wasserstrahl für diese Leute! A. Wendelsohn-Verhulst zu Würzburg bespricht in der — „Frankfurter Zeitung“ eine Studie von Dr. Wassermann über „Veruf, Konfession und Verbrechen“ und erklärt zum Schluß:

„In einer Hauptfrage hätte der Verfasser vielleicht seinen erstarrten Ausführungen noch einen menschlichen Ton mitgeben können: ich meine die Frage der Bedeutung von Wohlhabenheit und Pauperismus für die Kriminalität (S. 55/57). Hier wäre meines Erachtens stets hervorzuheben, daß die Wohlhabenheit nicht sowohl vor der Vergehen, als vor der Entdeckung und Verfolgung von Delikten schützt. Ueber sittliche Verwahrlosung der Kinder läßt sich eine ziemliche Anzahl von Fällen vergleichen der Statistik wohl kaum aufstellen; ich weige zu der Ansicht, daß sie bei den Kindern der Reichen verhältnismäßig am häufigsten zu finden ist.“

Trotzdem werden nur die Kinder der Armen in die Fürsorge-erziehung gestellt!

### Ein Notfall einer Invalidenversicherungsanstalt.

Während fast alle Berichte unserer Landesversicherungsanstalten behaupten, daß so wenig Leute von dem Rechte der freiwilligen Versicherung Gebrauch machen, die unteren Verwaltungsbehörden in dieses Echo lebhaft einstimmen, heißt die Versicherungsanstalt „Schwanen-Reuburg“ über die große Ausnutzung durch die „Versicherten“:

„Fast ein Zehntel der Rentenempfänger hat knapp die Wartegeld erfüllt. Danach drängen sich — und das gilt wie für die Männer, so für die Frauen — viele erst im Alter zur Invalidenversicherung, welche Zeit ihres langen Vorlebens nie Arbeiter waren oder es nicht sein wollten und es dann wirklich oder scheinbar nur werden, um rasch und auf billige Weise sich die Vorteile des Gesetzes noch zu eignen zu machen.“

Frauen, die mit einem anderen in einer Weise zusammenleben, die bislang nichts weniger, denn als ein Unterordnungsverhältnis betrachtet wurde, erscheinen plötzlich als dessen Hausfrauen. Mütter, Großmütter und Schwiegermütter, welche mit denselben Kindern, Enkeln und Schwiegerkinderen, Schwestern, Tanten, welche mit denselben seit langer Zeit zusammen wohnen und wirtschaften, werden unerlebens deren Dienstmägde und zwar sowohl in den Häusern, in welchen sie vorher Privatierinnen, wohlhabende Bauers- oder Bürgerfrauen waren, wie in dem anderen, wenn die Verhältnisse ihrer Kinder auch deßhalb bescheiden sind, daß unter denselben niemand sonst einen Dienstboten hält, und sie selbst weder vor noch nachher einen solchen gehalten haben; dabei hört es nicht, daß die Frau schon 70 und 74 Jahre zählt und nie zuvor in ihrem Leben gedient hat, bringt sie doch ein Reugeld bei, daß sie verhältnismäßig noch tüchtig und arbeitsfähig ist.

Besonders oft fehlt die Erscheinung wieder, daß ehemalige Anwesenbesitzer und Gewerbetreibende bei Uebergabe ihrer Anwesen und Geschäfte (Oekonomen, Müller, Maurermeister, Zimmermeister und Bildhauer) als Ansätze und Gesellen betrachtet werden wollen, sogar wenn ihr früherer Besitz oder Betrieb einen beträchtlichen Umfang hatte, ja es kommt vor, daß solche Personen in den notariellen Uebergabebüchern eine ausdrückliche Bestimmung aufgenommen lassen, der Uebernehmer habe für sie wegen ihrer (unverbindlichen) Hilfeleistung im Hause die Invalidenversicherungsbeiträge zu leisten, um so ihr vorbestimmtes Dienstverhältnis glaubwörter zu machen und ihr verbleibendes Rentenbegehren (i. J. besser begründen zu können. Leute, die sich früher gestraubt und es wie eine Ehrenkränkung angesehen hätten, wenn sie zur Leistung von Invalidenversicherungsbeiträgen aufgefordert worden wären, wollen plötzlich versicherungspflichtig sein.

Nicht selten wird auch alternen und krankelnden Personen, deren Verrentungsfähigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkte längst als unzulänglich eingeschätzt wird, noch ein geringer Dienst übertragen, mit dem man ihre Versicherungspflicht glaubt begründen zu können, um für sie noch die Invalidenrente zu bekommen. Selbst für Leute, die schon im Arbeitsaufhange untergebracht sind und die wegen der Unfähigkeit, sich den notwendigen Unterhalt zu verdienen, aus der öffentlichen Armenliste unterstellt werden müssen, wird, so lange sie die Wartegeld nicht erfüllt haben, die Versicherungsbeitragung in Anspruch genommen und da und dort der ganze Betrag der Beitragsmarken direkt aus der Gemeinde- oder Armenkassa bezahlt. Andererseits wird versucht, Epileptiker, die in fremden Kläusen nie ein Unterkommen fanden, von Jugend auf minderwertige und idiotische Personen, die es in ihrem Leben nie über die Vorbereitungsstufe der Volksschule hinausgebracht haben, gleich in jungen Jahren auf die Invalidenversicherung abzumachen und ihnen für wenige Mark, die man für sie unter allen möglichen Behauptungen über ihre Tätigkeit bezahlt, eine lebenslängliche Rente zu sichern.

Wir halten ein Eingeständnis Unbegünstigt in den Kreis der Versicherten auf Vorkontrollen und jede Begünstigung solcher Versuche als eine ernste Gefahr für eine normale, gesunde Entwicklung der Versicherungsanstalt an und werden deshalb dem Tun und Treiben auf diesem Gebiete unausgesetzt die gebührende Aufmerksamkeit widmen, wie wir es seit Jahren tun, über das Vorleben jeder Person, welche erst nach ihrem 50. Lebensjahre eine Karte Nr. 1 einliefert, genaue Erhebungen vornehmen lassen und uns durch einen unserer Beamten bei jeder Verhandlung vertreten lassen, bei der die Versicherungsanstalt in Frage steht.“

So interessant diese Bemerkungen sind, so unwarhaft ist die fernere Behauptung der „Frankfurter Zeitung“, daß „in der leichten Jugendlage die Hauptgefahr liegt!“

Invalidenrente zu erhalten ist jedenfalls sehr schwer, schwerer macht es kein Gesetz den Versicherten.

Wenn man die Berichte der landwirtschaftlichen Berufsvereine auf den Bericht über das Verhalten der Bauern nach, so gibt dies eine hübsche Ergänzung obigen Aufsatzes der Versicherungsanstalt. Was wohl die Zentrums-Preße Bayerns über diese Anschuldigungen gegen ihre krummen Leser sagen wird?

Die Vergiftungen durch Unterpetersäuredämpfe. Wie traurig es noch mit unserer Gewerbeaufsicht bestellt ist, zeigt wieder einmal recht grell die am vorletzten Mittwoch erfolgte tödliche Vergiftung zweier Arbeiter beim Abtrennen von Messingteilen mit Salspetersäure in der Gießerei der Maschinenfabrik Rönigk & Co. in Charlottenburg, Wilhelmstraße 50. Der Direktor hat diese gefährlichen Arbeiten immer noch in einem ganz engen Raum ausführen lassen, obwohl schon öfter dort bei dieser Arbeit Arbeiter ohnmächtig oder, richtiger gesagt, an akuten Stidankfällen leidend geworden waren, wenn auch nicht in so hohem Grade, daß sie daran gestorben wären, was leider am Mittwoch bei den Arbeitern B. Paul und J. Krüger der Fall war. Diese Unterpetersäure-Dämpfe haben wirklich schon genug Menschenopfer hinterlassen — allein in den chemischen Fabriken von C. Schering hier, den Farbenfabriken in Elberfeld, Ludwigshafen, Griesheim und Höchst, den Sprengstoffabriken Kottwitz, Krümel und Adin sowie in den Gase- und Luftmaschinen- und Schweißtransportwagen verloren wohl über 30 Menschen dadurch ihr Leben, so daß man wohl mit Recht verlangen kann, daß die Gewerbeaufsicht in allen in Betracht kommenden Betrieben die schleunigste Abstellung der Gefahr veranlaßt und darauf sieht, daß die gegen diese Gefahr nötigen Vorkehrungen getroffen werden und die nötige Vorsicht beobachtet wird. Aber nicht nur in den genannten Betrieben, in denen jetzt wohl meist für die erforderlichen Vorkehrungen gesorgt ist, sondern überall, wo Salspetersäure auf andere Stoffe einwirkt,

lann sich die gefährliche Unterpetersäure, nennlich an ihren rotbraunen Dämpfen, entwickeln, und wenn nicht für solche Unschädlichmachung resp. Ableitung derselben gesorgt wird, ihre verhängnisvolle Wirkung auf die anwesenden Menschen ausüben, die um so schlimmer ist, als sie von den Betroffenen gar nicht gleich gemerkt, d. h. empfunden wird, die daher oft, wenn sie nicht gewarnt werden, noch längere Zeit ruhig in den betreffenden Arbeiten fortfahren und sie erst wahr werden, wenn die Einwirkung der giftigen Dämpfe schon so stark geworden ist, daß Rettung nicht mehr möglich ist. Vor einiger Zeit glaubte man in Chloroform ein sicheres Gegengift gegen die Wirkung der Unterpetersäure gefunden zu haben. Leider hat dieses Mittel aber auch mehrfach in Stich gelassen und sich diese Hoffnung als trügerisch erwiesen. Nur sichere und vollständige Abführung der Dämpfe und eingehende Instruktion der Arbeiter und Aufseher über das nötige Verhalten kann hier vor tödlichen Unfällen schützen.

Das alles ist wohl sämtlichen Gewerbeaufsichtsbeamten bekannt und es sind auch, wie schon gesagt, in den größeren Fabriken dementsprechende Vorkehrungen getroffen, auch wird in den Jahresberichten dieser Beamten ständig auf diese Gefahren hingewiesen. So wurde schon in den „Amlichen Mitteilungen“ aus den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten vom Jahre 1888, Seite 213, vor der Einatmung dieser Salspetersäuredämpfe als gefährlich gewarnt und Vorkehrungen dagegen empfohlen. Und doch müssen noch jetzt fast jedes Jahr tödlich verlaufene Unfälle dieser Art gemeldet werden, was wohl der beste Beweis dafür ist, daß diese Bekanntmachungen und Warnungen nicht zur Verhütung weiterer Unfälle genügen und daß die Gewerbeaufsicht hier viel genauer nachsehen und rechtzeitigiger Mißstände beseitigen muß, die, wie der in Rede stehende Fall zeigt, nicht nur in kleinen entlegenen Orten, sondern selbst noch inmitten von Großstädten vorhanden sind.

Wichtiges vom § 53 des Kommunalabgabengesetzes. Von großer Bedeutung für alle sogenannten Arbeiter-Wohnstättengemeinden im Sinne des § 53 des Kommunalabgabengesetzes ist ein Grundgesetz, den in Auslegung dieses Paragraphen das Ober-Verwaltungsgericht aufgestellt hat. Der Paragraph bestimmt u. a.: Wenn eine Gemeinde, welcher ein Besteuerungsrecht nach § 33 nicht zusteht, durch den in einer anderen Gemeinde stattfindenden Betrieb von Berg-, Hütten- und Salzwerken, Fabriken oder Eisenbahnen nachweisbar Mehrausgaben für Zwecke des öffentlichen Volksschulwesens oder der öffentlichen Armenpflege usw. erwachsen, welche im Verhältnisse zu den ohne diese Betriebe für die erwähnten Zwecke notwendigen Gemeindeausgaben einen erheblichen Umfang erreichen und eine Ueberbürdung der Steuerpflichtigen herbeiführen geeignet sind, so ist eine solche Gemeinde (die sogenannte Arbeiter-Wohnstättengemeinde) berechtigt, von der Betriebsgemeinde Abhilfe zu verlangen. In einem Verwaltungsverfahren, demartige Ansprüche betreffend, verlor die Arbeiter-Wohnstättengemeinde Venedig gegenüber der Betriebsgemeinde Rabensburg ihren Anspruch für 1902 und für 1903 gänzlich, weil sie die Ansprüche nicht innerhalb des betreffenden Geschäftsjahres erhoben hatte. Im § 53 steht nichts darüber. Das Ober-Verwaltungsgericht legt aber durch Entscheidung vom 13. April die Bestimmung dahin aus, daß ein Anspruch gemäß § 53 innerhalb des Geschäftsjahres, für das er erhoben wird, geltend gemacht und der Betriebsgemeinde zur Kenntnis gebracht sein muß. — Die Venedig-Gemeinde erging es auch Groß-Ottersleben mit dem Anspruch für ein Jahr.

### Jug um Jug.

Der Baugewerkmeister Tiduske hatte den jugendlichen Th., der später zur Baugewerkschule gehen wollte, auf zwei Jahre in die Lehre genommen. Weil Th. etwas vor Ablauf der Zeit die Lehre verließ, behielt Tiduske das letzte Wochengeld von 7,50 M. zurück. Der Lehrling klagte auf Auszahlung. Der Beklagte hatte Gegenklage erhoben, durch die er Feststellung eines Entschädigungsanspruches wegen Kontraktbruchs verlangte. Außerdem beantragte er Rückgabe eines Stimmzettels, das der Kläger irrtümlich hatte liegen lassen. Eventuell sollte Kläger den Geldwert ersetzen. Die Kammer 3 des Berliner Obergerichts unter Vorsitz des Magistratssekretärs Dr. Scriverer verurteilte den Beklagten zur Abnahme des Entschädigungsanspruches wegen Kontraktbruchs. Da eine Einigung im übrigen nicht zustande kam, so erging das Urteil dahin: Der Beklagte wird verurteilt, Jug um Jug gegen Auslieferung des Stimmzettels oder von 3,50 M. (seinem Werte) an den Kläger das rückständige Wochengeld von 7,50 M. zu zahlen.

### Vom Reichsversicherungsamt.

Nach dem Geschäftsbericht pro 1907 gehörten dem Reichsversicherungsamt an: 70 Höhere und 832 Subalterne und Unterbeamte. Außerdem 6 Wanderratmitglieder, 130 Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten und 88 richterliche Beisitzer. Aus dem Bericht über die Unfallversicherung ist zu entnehmen, daß die Zahl der Berufsgenossenschaften von 114, davon 98 gewerbliche und 16 landwirtschaftliche, unverändert geblieben ist. Für die Reichs-, Staats-, Provinzial- und Kommunalbetriebe, welche keiner Berufsgenossenschaft angehören, waren ferner 885 Ausführungsbehörden vorhanden.

Nach vorläufiger Ermittlung wurden 603 053 Unfälle angemeldet. Für 144 410 Fälle wurden erstmalige Entschädigungen gezahlt. Im ganzen gab es 1907: 1124 874 rentenberechtigende Personen und zwar: 887 921 Verletzte, sowie 77 807 Witwen, 106 712 Kinder und Enkel und 4125 Verwandte von Getöteten; ferner als Angehörige von Verletzten, welche in Heilanstalten untergebracht waren: 15 604 Ehefrauen, 82 541 Kinder und Enkel und 244 Verwandte.

Ueber die Rechtsprechung wird berichtet, daß 417 957 berufs- und unfallfähige Befehle erlassen wurden. 70 957 Verurteilungen wurden bei den Schiedsgerichten eingelegt. Bei den Reichs- und Landesversicherungsämtern wurden anhängig gemacht 21 773 Rekurse. Auf je 100 berufsunfähige Befehle entfielen 17 Berufungen und 5,48 Rekurse.

Die Zahl der Schiedsgerichte betrug 124. Kuher den schon angeführten Verurteilungen wurden noch 21 050 Anträge gemäß § 88, Abs. 2 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes bzw. der entsprechenden Paragraphen der anderen Unfallversicherungsgesetze gestellt. Im ganzen wurden mithin 92 007 Streitigkeiten anhängig gemacht. Daraus kommen auf die gewerbliche Unfallversicherung 66,23 Proz der Berufungen und 57,76 Proz der Anträge. In 6026 Sitzungen der Schiedsgerichte beschäftigten sich dieselben ganz oder zum Teil mit Unfallversicherungssachen. Durch Urteil des Schiedsgerichts wurden 59,59 Proz. durch Zurücknahme 3,69 Proz. und durch Vergleich 3,69 Proz. aller Verurteilungen erledigt. Der Rest wurde zum Teil durch Befehl des Vorsitzenden des Schiedsgerichts, teils auf andere Weise erledigt. Von den 21 773 Rekursen waren 19 604 beim Reichsversicherungsamt gestellt. Ferner lagen noch 412 Anträge auf Feststellung der zur Entschädigung verpflichteten Berufsgenossenschaft usw. vor. Von diesen Anträgen waren 256 im Jahre 1907 gestellt.

Von den 18 188 Rekursen waren 4508 von den Versicherungs-trägern und 13 680 von den Versicherten eingelegt. Davon wurden zurückgewiesen 1932 Rekurse der Versicherungs-träger = 40,90 Proz. und 9729 = 80 Proz. Rekurse der Versicherten.

### Vermischtes.

Opfer der Arbeit im Indusriegebiet. In der Ammoniakfabrik der Brüder „Shanvod“ bei Herne stürzte dem Arbeiter Eismann beim Löschen des Salzes ein großer Klumpen auf den Körper. Der Verunglückte, Vater von 5 Kindern, starb an den erlittenen inneren Verletzungen. — Auf Zeche „Alteinsprünge“ geriet der Rangierer Tripp zwischen die Räder zweier Kohlenwagen. Ihm wurde der Brustkorb eingedrückt. — Auf dem „alten Holzwerk“ in Oerfeld wurde der Holz-

mischer Sandfort aus Baitrop von einem glühenden Eisenslab so schwer verbrannt, daß sein Zustand ein hoffnungsloser ist. — Durch austretendes Feuer aus den Kesselöfen der Zeche „Hannover“ bei Gummital wurde ein Italiener lebend gefahrlieh verbrannt. — Auf Zeche „Maximilian“ Hamm verunglückte 6 Bergleute infolge einer Explosion; 3 wurden schwer, 3 leicht verletzt. — Durch herabfallendes Gestein erlitt der Bergmann B. auf Zeche „Katharina“ lebensgefährliche Verletzungen. — Auf Zeche „Stierkrade“ bei Oberhausen trafen bei Ausübung seines Berufes den Bergmann Niedermeyer aus dem Hangenden fallende Steinmassen. Der Tod trat sofort ein. — Auf Zeche „Wolfsbühl“ des Essener Bergwerksvereins wurde dem Bergmann Komolinski durch einen herabfallenden Stengel der Schadel zertrümmert. — Ein Arm abgenommen wurde dem Arbeiter Wintjes in der Lederfabrik Lindgens in Broid durch die Auswahlmachine. — Auf einem Berg bei Duisburg slog ein Arbeiter beim Retten der Hammer vom Stiel. Dieser trat seinen Mitarbeiter und spaltete diesem den Schadel. — Bei Ausübung seines Berufes wurde dem Schlosser Sandforth auf der Zeche „Guic“ Öffnungshülse in Oberhausen eine glühende Eisenstange in den Leib gestochen. S. blieb nicht mit dem Leben davonkommen. — Auf Zeche „Friedrich der Große“ bei Herne erlitt der Bergmann Schrünga durch Abfallen eines großen Gesteinsbrocks einen Bruch der Wirbelsäule. — Auf Zeche „Gneisenau“ stürzte der Bergmann Kirchdorne von der zweiten in die dritte Sohle. Seine Leiche konnte erst nach längerer Zeit geborgen werden. — Beim Schieben eines Kohlenwagens auf den Sturz „Wilhelmine“ kam der Bergmann Woll zu Fall und starb sofort.

Eingleisigkeit. Ähnlich wird aus Koblenz vom 15. April gemeldet: Gestern Abend 8 Uhr 40 Minuten entgleiten zwischen Remagen und Rolandseck von dem Güterzuge 6200 infolge Jugtrennung 7 Wagen, wodurch beide Hauptgleise gesperrt wurden. Personen sind nicht verletzt. Materialschaden erheblich. Der Personenverkehr wurde durch Umfragen aufrecht erhalten. Fernschlüsselzüge wurden über rechtsrheinische Strecke umgeleitet. Bis 5 Uhr morgens wird voraussichtlich der eingleisige Betrieb wieder aufgenommen werden. Das zweite Hauptgleis wird gegen 9 Uhr frei. Untersuchung ist eingeleitet.

### Oberster auf Festung.

Als am 21. Oktober des vergangenen Jahres der zu einhalb Jahren Festung verurteilte Genosse Liebnecht in einer Versammlung in der „Reuen Welt“ vor Eintritt seiner Strafe über seinen Prozeß referierte, hatte sich auch eine ältere Handwerksfrau im Saale eingefunden, um dem „Staatsverbrecher“ ihre Sympathie auszubreiten. Und wie eine Mutter oft Tränen vergießt, wenn sie ihren Sohn auf längere Zeit scheiden sieht, so quollen auch dieser alten Dame Tränen aus den Augen, als Liebnecht sich enkerte. „Ich schide Ihnen eine Kiste Bier“, rief unsere alte weinende Dame dem Scheidenden nach. „Kanu! Der Festungsaufseher soll wohl denken, es ist eine Holzmachine, wenn Liebnecht eine Kiste kriegt,“ war ein junger Mann ein. Die alte Frau — eine Bierhändlerin — hat ihr Versprechen wahr gemacht. Vor einigen Tagen schleipen im Saal zwei Kassetten eine gewichtige Kiste auf den Berg und liegen sie auf Anordnung des Festungsaufsehers hinter der Liebnechtschen Behausung verschwinden. Gänse, Enten, und Hühner — wahre Brodtropfen — waren der Inhalt. Man vermischt die Kisten mit der Kiste, das man ein prächtiges Vergnügen darin erblickt, daß gerade die schönste Ware nach Glatz geschickt wird. Doch die Spenderin meinte, die schlechtere Qualität schide sie schon längere Zeit nach Sachen in die Leipzig'sche Gegend. Aber immerhin: Was soll ein Festunggefangener mit einer Kiste Bier? Er mühte dieselben ja gerade abdrücken; und da der Empfänger hierzu wenig Lust verspürt, so hoch und fährt er dieselben, um seiner Familie in Berlin eine Osterfreude zu bereiten.

Der Empfänger hat sich für die mütterliche Freundlichkeit zwar herzlich bedankt, jedoch mit dem Vorbehalt, daß sich die alte Dame nicht noch einmal in solche Mühe und Kosten stürzen solle.

Der Polizei gestellt. Der Chemann Eismann, der am 4. Februar d. J. in Essen (Ruhr) seine Frau erschossen hat, hat sich, wie eine Meldung aus Essen besagt, vorgestern Abend dortigen Polizei gestellt. Gestern Abend bei einem Neubau in der Vorbergstraße das Gerüst ein. Ein Maurerpolier blieb tot, ein Arbeiter wurde schwer verletzt. Gefekter. Einer Meldung aus Hosenburg zufolge lenktete der Dampfer „Goto-El“ gestern nachmittags kurz nachdem er vom Kai los gemacht hatte. Von den an Bord befindlichen Personen, deren Zahl auf 30 bis 40 angegeben wird, sind sieben gerettet; bisher sind drei Leichen geborgen. Zentralverband der Bäcker und Konditoren. Heute Abend 8 1/2 Uhr Schlussversammlung in den „Arminshallen“, Kommandantenstr. 58/59. Rede- und Vortragsklub „Wilhelm Liebnecht“. Heute Abend 8 1/2 Uhr bei Duhl, Danziger Straße 13.

### Wasserlaufs-Nachrichten.

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserlaufs-Nachrichten		Wasserlaufs-Nachrichten	
Wasserlauf	am 14. 4.	Wasserlauf	am 14. 4.
Memel, Lütsch	13.4	Weser, Müden	13.4
Weser, Lüneburg	13.4	Weser, Müden	13.4
Weser, Lüneburg	13.4	Weser, Müden	13.4
Weser, Lüneburg	13.4	Weser, Müden	13.4

\*) + bedeutet Hoch, — Fall, — \*) Unterpegel — \*) Zeile um 6 Uhr morgens 004 cm.

Briefkasten der Redaktion. Die juristische Ebrechunde hat Lindenkranz Nr. 8, zweites Hof, dritter Eingang, vier Treppen, No. 206, No. 207, No. 208, No. 209, No. 210, No. 211, No. 212, No. 213, No. 214, No. 215, No. 216, No. 217, No. 218, No. 219, No. 220, No. 221, No. 222, No. 223, No. 224, No. 225, No. 226, No. 227, No. 228, No. 229, No. 230, No. 231, No. 232, No. 233, No. 234, No. 235, No. 236, No. 237, No. 238, No. 239, No. 240, No. 241, No. 242, No. 243, No. 244, No. 245, No. 246, No. 247, No. 248, No. 249, No. 250, No. 251, No. 252, No. 253, No. 254, No. 255, No. 256, No. 257, No. 258, No. 259, No. 260, No. 261, No. 262, No. 263, No. 264, No. 265, No. 266, No. 267, No. 268, No. 269, No. 270, No. 271, No. 272, No. 273, No. 274, No. 275, No. 276, No. 277, No. 278, No. 279, No. 280, No. 281, No. 282, No. 283, No. 284, No. 285, No. 286, No. 287, No. 288, No. 289, No. 290, No. 291, No. 292, No. 293, No. 294, No. 295, No. 296, No. 297, No. 298, No. 299, No. 300, No. 301, No. 302, No. 303, No. 304, No. 305, No. 306, No. 307, No. 308, No. 309, No. 310, No. 311, No. 312, No. 313, No. 314, No. 315, No. 316, No. 317, No. 318, No. 319, No. 320, No. 321, No. 322, No. 323, No. 324, No. 325, No. 326, No. 327, No. 328, No. 329, No. 330, No. 331, No. 332, No. 333, No. 334, No. 335, No. 336, No. 337, No. 338, No. 339, No. 340, No. 341, No. 342, No. 343, No. 344, No. 345, No. 346, No. 347, No. 348, No. 349, No. 350, No. 351, No. 352, No. 353, No. 354, No. 355, No. 356, No. 357, No. 358, No. 359, No. 360, No. 361, No. 362, No. 363, No. 364, No. 365, No. 366, No. 367, No. 368, No. 369, No. 370, No. 371, No. 372, No. 373, No. 374, No. 375, No. 376, No. 377, No. 378, No. 379, No. 380, No. 381, No. 382, No. 383, No. 384, No. 385, No. 386, No. 387, No. 388, No. 389, No. 390, No. 391, No. 392, No. 393, No. 394, No. 395, No. 396, No. 397, No. 398, No. 399, No. 400, No. 401, No. 402, No. 403, No. 404, No. 405, No. 406, No. 407, No. 408, No. 409, No. 410, No. 411, No. 412, No. 413, No. 414, No. 415, No. 416, No. 417, No. 418, No. 419, No. 420, No. 421, No. 422, No. 423, No. 424, No. 425, No. 426, No. 427, No. 428, No. 429, No. 430, No. 431, No. 432, No. 433, No. 434, No. 435, No. 436, No. 437, No. 438, No. 439, No. 440, No. 441, No. 442, No. 443, No. 444, No. 445, No. 446, No. 447, No. 448, No. 449, No. 450, No. 451, No. 452, No. 453, No. 454, No. 455, No. 456, No. 457, No. 458, No. 459, No. 460, No. 461, No. 462, No. 463, No. 464, No. 465, No. 466, No. 467, No. 468, No. 469, No. 470, No. 471, No. 472, No. 473, No. 474, No. 475, No. 476, No. 477, No. 478, No. 479, No. 480, No. 481, No. 482, No. 483, No. 484, No. 485, No. 486, No. 487, No. 488, No. 489, No. 490, No. 491, No. 492, No. 493, No. 494, No. 495, No. 496, No. 497, No. 498, No. 499, No. 500, No. 501, No. 502, No. 503, No. 504, No. 505, No. 506, No. 507, No. 508, No. 509, No. 510, No. 511, No. 512, No. 513, No. 514, No. 515, No. 516, No. 517, No. 518, No. 519, No. 520, No. 521, No. 522, No. 523, No. 524, No. 525, No. 526, No. 527, No. 528, No. 529, No. 530, No. 531, No. 532, No. 533, No. 534, No. 535, No. 536, No. 537, No. 538, No. 539, No. 540, No. 541, No. 542, No. 543, No. 544, No. 545, No. 546, No. 547, No. 548, No. 549, No. 550, No. 551, No. 552, No. 553, No. 554, No. 555, No. 556, No. 557, No. 558, No. 559, No. 560, No. 561, No. 562, No. 563, No. 564, No. 565, No. 566, No. 567, No. 568, No. 569, No. 570, No. 571, No. 572, No. 573, No. 574, No. 575, No. 576, No. 577, No. 578, No. 579, No. 580, No. 581, No. 582, No. 583, No. 584, No. 585, No. 586, No. 587, No. 588, No. 589, No. 590, No. 591, No. 592, No. 593, No. 594, No. 595, No. 596, No. 597, No. 598, No. 599, No. 600, No. 601, No. 602, No. 603, No. 604, No. 605, No. 606, No. 607, No. 608, No. 609, No. 610, No. 611, No. 612, No. 613, No. 614, No. 615, No. 616, No. 617, No. 618, No. 619, No. 620, No. 621, No. 622, No. 623, No. 624, No. 625, No. 626, No. 627, No. 628, No. 629, No. 630, No. 631, No. 632, No. 633, No. 634, No. 635, No. 636, No. 637, No. 638, No. 639, No. 640, No. 641, No. 642, No. 643, No. 644, No. 645, No. 646, No. 647, No. 648, No. 649, No. 650, No. 651, No. 652, No. 653, No. 654, No. 655, No. 656, No. 657, No. 658, No. 659, No. 660, No. 661, No. 662, No. 663, No. 664, No. 665, No. 666, No. 667, No. 668, No. 669, No. 670, No. 671, No. 672, No. 673, No. 674, No. 675, No. 676, No. 677, No. 678, No. 679, No. 680, No. 681, No. 682, No. 683, No. 684, No. 685, No. 686, No. 687, No. 688, No. 689, No. 690, No. 691, No. 692, No. 693, No. 694, No. 695, No. 696, No. 697, No. 698, No. 699, No. 700, No. 701, No. 702, No. 703, No. 704, No. 705, No. 706, No. 707, No. 708, No. 709, No. 710, No. 711, No. 712, No. 713, No. 714, No. 715, No. 716, No. 717, No. 718, No. 719, No. 720, No. 721, No. 722, No. 723, No. 724, No. 725, No. 726, No. 727, No. 728, No. 729, No. 730, No. 731, No. 732, No. 733, No. 734, No. 735, No. 736, No. 737, No. 738, No. 739, No. 740, No. 741, No. 742, No. 743, No. 744, No. 745, No. 746, No. 747, No. 748, No. 749, No. 750, No. 751, No. 752, No. 753, No. 754, No. 755, No. 756, No. 757, No. 758, No. 759, No. 760, No. 761, No. 762, No. 763, No. 764, No. 765, No. 766, No. 767, No. 768, No. 769, No. 770, No. 771, No. 772, No. 773, No. 774, No. 775, No. 776, No. 777, No. 778, No. 779, No. 780, No. 781, No. 782, No. 783, No. 784, No. 785, No. 786, No. 787, No. 788, No. 789, No. 790, No. 791, No. 792, No. 793, No. 794, No. 795, No. 796, No. 797, No. 798, No. 799, No. 800, No. 801, No. 802, No. 803, No. 804, No. 805, No. 806, No. 807, No. 808, No. 809, No. 810, No. 811, No. 812, No. 813, No. 814, No. 815, No. 816, No. 817, No. 818, No. 819, No. 820, No. 821, No. 822, No. 823, No. 824, No. 825, No. 826, No. 827, No. 828, No. 829, No. 830, No. 831, No. 832, No. 833, No. 834, No. 835, No. 836, No. 837, No. 838, No. 839, No. 840, No. 841, No. 842, No. 843, No. 844, No. 845, No. 846, No. 847, No. 848, No. 849, No. 850, No. 851, No. 852, No. 853, No. 854, No. 855, No. 856, No. 857, No. 858, No. 859, No. 860, No. 861, No. 862, No. 863, No. 864, No. 865, No. 866, No. 867, No. 868, No. 869, No. 870, No. 871, No. 872, No. 873, No. 874, No. 875, No. 876, No. 877, No. 878, No. 879, No. 880, No. 881, No. 882, No. 883, No. 884, No. 885, No. 886, No. 887, No. 888, No. 889, No. 890, No. 891, No. 892, No. 893, No. 894, No. 895, No. 896, No. 897, No. 898, No. 899, No. 900, No. 901, No. 902, No. 903, No. 904, No. 905, No. 906, No. 907, No. 908, No. 909, No. 910, No. 911, No. 912, No. 913, No. 914, No. 915, No. 916, No. 917, No. 918, No. 919, No. 920, No. 921, No. 922, No. 923, No. 924, No. 925, No. 926, No. 927, No. 928, No. 929, No. 930, No. 931, No. 932, No. 933, No. 934, No. 935, No. 936, No. 937, No. 938, No. 939, No. 940, No. 941, No. 942, No. 943, No. 944, No. 945, No. 946, No. 947, No. 948, No. 949, No. 950, No. 951, No. 952, No. 953, No. 954, No. 955, No. 956, No. 957, No. 958, No. 959, No. 960, No. 961, No. 962, No. 963, No. 964, No. 965, No. 966, No. 967, No. 968, No. 969, No. 970, No. 971, No. 972, No. 973, No. 974, No. 975, No. 976, No. 977, No. 978, No. 979, No. 980, No. 981, No. 982, No. 983, No. 984, No. 985, No. 986, No. 987, No. 988, No. 989, No. 990, No. 991, No. 992, No. 993, No. 994, No. 995, No. 996, No. 997, No. 998, No. 999, No. 1000.

# BAER SOHN

Chausseestr. 29-30  
11 Brückenstr. 11  
Or. Frankfurterstr. 20

Entzückende  
Knaben-  
Paletots  
von  
4.50 M.  
an



Praktische  
Loden-  
Pelerinen  
von  
4.75 M.  
an

Der Haupt-Katalog No. 34  
Knaben- u. Jünglings-Kleidung, kostenlos u. portofrei

- |                  |   |      |
|------------------|---|------|
| Knaben-Anzüge    | schönste Moden einfacher und luxuriöser Genres              | 2.50 |
| Norfolk-Anzüge   | Falten-Joppen-Formen Praktischste Stoffe                    | 6 M. |
| Jünglings-Anzüge | Moderne gemusterte Stoffe allerneuest. Geschmacksrichtungen | 9 M. |
- Hüte, Mützen, Wäsche, Krawatten usw. sehr preiswert.

**Wiedeneis schon!**  
**Scheidemann & Cassel**  
nur Kommandantenstrasse 70-71, parterre und I. Etage.  
**Neuheiten der Frühjahrs-Saison** zu konkurrenzlosen Preisen.

Abt. I. 2000 Kostüme	Leit-Boy und englische Fassons in allen Farben in Tuch und englischen Stoffen	12.50-60 M.
Abt. II. 500 Backfisch-Kostüme	Leit-Boy in allen modernen Farben und Stoffen	10-35 M.
Abt. III. Engl. Paletots	mit und ohne Seidenfutter, neueste Fassons	7.50-20 M.
Abt. IV. Taft-Lift-Boy-Jackets	in schwarz, braun Gobelin, neueste Fassons, reich garniert	15-36 M.
Abt. V. Stanbmäntel,	regenfest in allen Farben und Fassons	4-20 M.
Abt. VI. Kostümröcke m. Bordüren	beste Stoffe, elegante Ausführung	7.50-20 M.
Abt. VII. Blusen in Taft, Spachtel, Spitzen	und Phantasiestoffen	3-25 M.
Abt. VIII. Original-Modelle	unter Selbstkostenpreis.	

Sonntags geöffnet.

*Sparame  
Raucher*

rauchen Fehlfarben der

7 Pf. = Cigarre No. 23	
- 10 Stück 50 Pf.,	
7 1/2 Pf. = Cigarre No. 21	
- 10 Stück 60 Pf.,	
10 Pf. = Cigarre No. 110	
- 10 Stück 75 Pf.	

**J. NEUMANN**

Husten,  
Heiserkeit  
mit  
Reichels  
**Hustentropfen**  
überaus  
schnell  
und sicher.  
Nur echt, wenn  
mit Marke  
"Medico"  
beschriftet.  
Flasche 50 Pf.

In den meisten Drogerien, und bei  
Otto Reichel, Berlin 40, Eisenbahnstr. 4

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Achtung! Partrigenossen!**  
Seit 1. April 1908 befindet sich mein  
Bardier- und Friseur-Geschäft  
Schivelbeiner Straße 41. Bitte  
auf Hausnummer zu achten. 14575  
Achtungsvoll Albert Saalman.

# Dürkopp

bestes Material  
vorzüglichste Arbeit  
elegante Ausstattung

**Dürkopp & Co., A.-G.**  
Bielefeld.  
Gegründet 1867. Ca. 4000 Arbeiter.



10 Jahre Garantie  
Noch bis die Preise!  
Keine eleganten  
**Fahrräder**  
45, 50, 55 Mk.; ca. 500 St. geb. 15, 20, 25, 30; Luftschlänke 1,75, Laufdecken 2, 2,50, 3,50, Pedale 0,75, Acetylenlaternen 1,25, Ketten 1,50, Torpedofreilaufn. 12,50, Glocken 0,10, Fassspannen 0,90, Korkgriffe 0,10, Engländer 0,15 u. s. w. Nähmaschinen 28, 30 Mk. Motorwagen, Motorräder, Motoranhörteile, Transporträder, Jugendräder, Tandems, größte Auswahl. Verlangen Sie sofort im eigenen Interesse Pracht-Kataloge gratis und franko.  
Fahrradfabrik **BERLIN**  
Ernst Machow, Weinmeisterstr. 14.

**Möbel auch Teilzahlung**  
auf

Wohnungseinrichtungen zu M. 100, 200, 300, 350, 400, 500, 600, 725, 850 etc. bis M. 3000. Kleiderschränke zu M. 30, 32, 38, 45, 64, 72 etc. Vertikos zu M. 40, 47, 60, 70, 85 etc. Trumeaus zu M. 38, 46, 61, 72, 85 etc. Sofas zu M. 38, 45, 60, 61, 72, 85 etc. Bettstellen, komplett zu M. 24, 38, 40, 48, 60, 64, 72 etc. Moderne Küchen-Ausstattungen zu M. 68, 84, 102 etc. Riesenauswahl. Nur reelle Arbeit.

**A. Schatz sen.**  
Brunnenstr. 160, Eingang Anklamer Straße.

**L. Katz & Co.**  
Spandauerstr. 45, a. Molkenmarkt  
Filialen: Ecke Kaiser- u. Schillingstraße  
Rixdorf, Bergstraße 65, am Bahnhof.  
Brandenburg a. H., Hauptstraße 59/60.

**Größtes Spezialgeschäft**  
sämtlicher  
**Gastwirts-  
Artikel.**

Ohne Anzahl. Woche 50 Pf.  
Bilder, Spiegel.  
Möbel, Polsterwaren, Gardinen,  
Toppiche, Steppdecken, Tisch-  
decken, Partitions, Herrengarderobe,  
Börzige, Gaskronen, Uhren  
Lieferung billigst  
**R. S. Weber, Frenslauerstr. 49**  
Besuch evtl. Postkarte.

**Restaurant zum Schwan - Tegelort.**  
Empfehle mein herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal zu Land- und Herrenpartien. Gemüthlicher Familienaufenthalt. - Großer Tanzsaal. - Regalbahnen. - Kaffeekocher a Liter 80 Pf.  
Für gute Speisen und Getränke ist gesorgt.  
Drittes Lokal von jeder Dampf-Anlegestelle. Für Vereine eigene Anlegestelle.  
Achtungsvoll **Robert Jurock.**

Poststellen und Landparzellen  
**R. von 4 Mark** an  
nahe  
**Bahn. Fredersdorf**  
Auskunft täglich im Parillon  
am Bahnhof und bei 96012  
**Nieschke & Nitsche**  
Berlin, Neue Königstr. 16.

Eigene Werkstätten!

Für bestes u. trockenes Material garantiert!  
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.  
zu soliden Preisen in meinen modern eingerichteten zirka 1000-Meter umfassenden Geschäftsräumen.

**Möbelfabrik**  
**Julius Apelt, Tischler-Meister**  
jetzt: **Adalbertstraße No. 6** Hochbahnhof Kottbuser Tor 25511.  
(früher: Skalitzer Straße No. 6).  
**Komplette Wohnungs-Einrichtungen** von den einfachsten bis zu den elegantesten

2496L\*

Kur noch kurze Zeit!  
Zum Inventur-  
**Räumungspreis!**  
Eine Partie  
imit. **Smyrna**  
**Teppiche**  
ein farbenprächtiges Gewebe  
in echt orientalischen Mustern

90x165 cm M.	4,85 (Wert 6,50)
130x195 "	8,25 " 11,50
160x230 "	12,75 " 17,50
200x300 "	18,00 " 24,00
250x350 "	28,75 " 36,00
300x400 "	39,00 " 48,00

Pass. Bett- und Pult-Teppiche  
Stück 1,75, 2,25 u. 3,00 Mark.  
Nach auswärts per Nachnahme.

**Teppich-Spezial-Haus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin Süd. Seit 1882:  
nur **Oranienstr. 158.**  
Habe nirgends Filialen!  
**Inventur-Extralist**  
billiger Sonderangebote  
gratis u. franko.

**Hygienische**  
Bodenzurückel, Neuest. Katalog  
Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. f.  
H. Unger, Gummiwarenfabrik  
Berlin NW, Friedrichstrasse 91/92  
Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Remmühle (Teltow-Bezirksamt) steht das Lokal von Riedel der Arbeiterschaft nach wie vor zur Verfügung. Die Ausführung in der Lokalliste ist irrtilmlichweise unterblieben.

Zweiter Wahlkreis. Am 17. April (Karfreitag) findet eine Herrenpartei statt, und zwar nach Friedrichshagen und Umgebung. Treffpunkt morgens 7 1/2 Uhr Schlesiher Bahnhof (Seite, wo die Untergrundbahn abfährt). Abfahrt 7.53. Frühstück in Friedrichshagen (Gesellschaftshaus, schrägüber dem Bahnhof). Für Nachzügler bis 10 Uhr Friedrichshagen, von mittags ab Schöneiche, „Waldhaus“ (Sühmühle).

Am Montag, 20. April (2. Osterfeiertag), findet in den Lokalen „Alten Feste“, Hasenheide 13/15, und „Berliner Bod-Graverei“ je eine Matinee statt, unter Mitwirkung der „Norddeutschen Sängere“ und der „Spre-Elbener“-Sängergesellschaft. Eintrittspreis 20 Pf. Anfang pünktlich 12 Uhr. Um zahlreiche Beteiligung ersucht.

Dritter Wahlkreis. Am Karfreitag findet eine Herrenpartei statt. Treffpunkt früh 9 Uhr Station Eickamp. Zu erreichen mit der Bahn Stadtbahn Grunewald oder mit der Straßenbahn Nr. 91 bis Eickamp (Endstation), von da 1/2 Stunde zu Fuß bis Eickamp. Abmarsch von Eickamp Punkt 10 Uhr nach Eickampwerder zum alten Freund (Mittagspause), dann zurück über Westend.

Am ersten Osterfeiertag, mittags 12 Uhr, veranstaltet der Wahlverein im großen Saale des Deutschen Hofes, Ludauerstr. 15, eine Matinee. Konzert, ausgeführt von Zivilberufsmusikern, unter Mitwirkung von Frau Magarete Walfotte und des Humoristen Hans Frey (Apollo-Theater). Am Mittag Herr Bernhard Rißke. Billets a 30 Pf. sind bei den Bezirksführern und in den mit Plakaten belegten Geschäften zu haben.

Sechster Wahlkreis. Am Karfreitag findet eine Herrenpartei statt. Treffpunkt früh 9 Uhr im Restaurant „Rohrtrappe“, Westend, Spandauer Chaussee. Abmarsch 9 1/2 Uhr zum „Alten Freund“ auf Eickampwerder. Die Genossen von Roabit treffen sich um 8 Uhr bei Klapp, Turmstr. 62, an der Beusselstraße, zum gemeinsamen Marsch nach Westend.

Montag, den 20. April (zweiter Osterfeiertag), werden durch die Abteilungen neun Matineen veranstaltet. Billets a 25 Pf. sind an den bekannten Stellen zu haben.

Alle Mitteilungen, die den Wahlverein betreffen, sind zu richten an Theodor Fischer, alle Geldsendungen an Hermann Müller, Berlin N. 30, Ravenstr. 6; Bureau des Wahlvereins. Fernsprecher Amt III Nr. 2137. Bureauzeit 9-1 und 4-8 Uhr.

Ober-Schöneweide. Die Genossen werden ersucht, sich heute Donnerstag, den 16. d. M., abends 7 1/2 Uhr, zur Entgegennahme von Material zur Landtagswahlkation in den Bezirkslokale einzufinden. Jeder Genosse hat sich an dieser Arbeit zu beteiligen, es darf daher niemand fehlen.

Ziegel. Die Parteigenossen werden ersucht, am Karfreitag, vormittags 8 Uhr, sich an der Herrenpartei nach Ziegelort-Heiligensee bis Westend recht rege zu beteiligen. Treffpunkt im Lokal W. Göge, Schloßstr. 7/8.

Berliner Nachrichten.

Ausgewiesen.

Zu einer Zeit, in der die Reaktion ängstlich bemüht ist, jede merkbare Regung des Volkes mit Säbel und Revolver zu unterdrücken, dürfte es ganz besonders angebracht erscheinen, an einige „Polizeiheldentaten“ aus sozialistengesellschaftlicher Zeit zu erinnern. Verjucht man heute die harmlose Demonstration im Blute zu ersticken, so glaubte die Reaktion der damaligen Zeit durch brutale Ausweisungen die Sozialdemokratie vernichten zu können. In der „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“ ist folgendes zu lesen:

Am 16. Juli 1881 machte ein durch Polizeibrutalität herbeigeführter Tod dem Leben eines braven, opferwilligen Sozialdemokraten ein Ende. Erst aus Berlin, dann aus Hamburg und zuletzt nach aus Leipzig ausgewiesen, hatte der Former Gustav Anlauf am 11. Juli 1881 in Halle an der Saale in der Raschmenscheibit von Dehne Arbeit gefunden. Er hatte eine schwangere Frau und vier Kinder in Leipzig zurückgelassen und arbeitete nun mit Rieseneifer, die Seinen mit ausreichenden Mitteln zu versorgen. Da wird ihm am 16. Juli die Mitteilung, daß die Polizei ihn der Fabrikdirektion als einen gefährlichen Sozialdemokraten denunziert und er sich auf Abholung gefahrt zu machen habe. In der ständigen Hitze von gegen 40 Grad, in der der Mann zu arbeiten hatte, packte ihn fürchterliche Aufregung; Sorge um seine Familie, Grimm über die Gemeinheit der Polizei übermännern ihn, ein Schlagfluß tritt ein, und vier Stunden später war der Gehegte eine Leiche. Mit welchen Empfindungen ihn seine Arbeitskameraden und Genossen zu Grabe trugen, kann man sich denken. Die Polizei inhibierte jede Ansprache am Grabe. Das „stille Gebet“ aber, das dem hinabgesenkten Ausgewiesenen nachgeschickt wurde, lautete, so ward dem Jülicher „Sozialdemokrat“ berichtet: „Ehre seinem Andenken, Glück seinen Wörtern!“

Ein anderer Berliner Ausgewiesener, der Sattler S. Wättner, der in Dresden Arbeit gefunden hatte, wurde dort, weil er beim Austragen von Wahlflugblättern abgefaßt worden war, in Untersuchungshaft genommen; da der Akt selbst durchaus gesetzlich war, wollte man ihn für den Inhalt des Flugblattes verantwortlich machen und erhob Anklage wegen Vergehen gegen den § 181 des Strafgesetzbuches. Alle Gegenvorstellungen Wättners halfen nichts, der Hinweis auf die Kotlage seiner Familie, auf den Umstand, daß seine Frau vor der Niederkunft stehe, nichts konnte den Untersuchungsrichter, Dr. Fleckig, bewegen, den Mann aus der Untersuchungshaft zu entlassen. Inzwischen kommt die Frau nieder, der Mann erlähmt, er weicht, Frau und Kinder bedürfen seiner dringend, aber man hält ihn hartnäckig hinter Schloß und Riegel. Da übermännert ihn die Verzweiflung, er kann die ihn quälenden Sorgen nicht länger ertragen, und am 21. November morgens finden ihn die Wächter erschlagen in der Zelle!

Genosse Bernstein hat ein Buch geschrieben im Auftrag der Berliner Parteigenossen. Es soll ein dauerndes Denkmal der Erinnerung sein an die Verfolgungen, denen die Berliner Arbeiterbewegung ausgesetzt war; es wird aber zugleich Lehre und Ermunterung sein in den Kämpfen und Verfolgungen der Gegenwart.

Unserer heutigen Nummer liegt ein Prospekt über das Werk bei, den wir unseren Lesern zur Beachtung empfehlen.

Die Kindersterblichkeit in Berliner Arbeiterkreisen.

Eine sehr interessante Arbeit veröffentlicht der Berliner Arzt Dr. Hamburger über dieses Thema in der Zeitschrift „Soziale Medizin“. Er will die Frage wenigstens in Angriff nehmen: „Stehen Geburtenziffer, richtiger gesagt Konzeptionsziffer und Kindersterblichkeit in fester Relation? Er vergleicht die hohe Kindersterblichkeit in Deutschland, von der sogar ein Schmoller sagte, daß es ein „Schandmal der deutschen Nation ist, die größte Kindersterblichkeit der Welt zu haben“, mit der Tat-

sache, daß trotzdem Deutschland den höchsten Geburtenüberschuß aufweise. Während in Deutschland auf tausend Einwohner der Geburtenüberschuß sich auf: 13,9 stellt, beträgt derselbe in Frankreich nur 1,9! Um Klarheit über diese Frage zu haben, hatte sich der Verfasser zu einer Privatenquête entschlossen, die sich über zwei Jahre erstreckte, da er amtliches Material nicht erhalten konnte. Er konnte in der Zeit vom 15. Dezember 1904 bis 8. Januar 1907 bei 1042 Arbeiterfrauen Westlins feststellen, daß diese insgesamt 7261 Schwangerschaften hatten; die durchschnittliche Fruchtbarkeit der Arbeiterfamilie betrug also 6,97 oder 7 per Frau und Familie! Selten sind Familien mit einer Schwangerschaft (3,28 Proz.), am stärksten 5 Schwangerschaften mit 12,76 Proz., bis 15 Schwangerschaften sogar 2,88 Proz. der Familien. Die höchste Ziffer hatte eine 30jährige Arbeiterfrau mit 25 Schwangerschaften erreicht (achtmal Zwillinge). Ganz anders war jedoch das Resultat in Familien der Reichen, die der Arzt in 119 Fällen beobachtet konnte. In Familien von mehr als 6000 Mark Jahreseinkommen hatten 119 Frauen nur 418 Schwangerschaften = 3,49 pro Familie „also genau die Hälfte derjenigen in den oben aufgeführten Arbeiterfamilien!“

Und die Verluste der Familien! Dieselben betragen:

	beiden Reichen	beiden Arbeitern
Todesfälle . . .	9,85 Proz.	32,75 Proz.
Fehlgeburten . . .	8,17 Proz.	17,89 Proz.
Zusammen 18,02 Proz.		50,64 Proz.

„mithin bei den Arbeitern fast dreimal soviel wie bei den Reichen. Der Prozentsatz der Ueberlebenden ist bei den Reichen 81,97 Proz., die den Arbeitern sehr viel geringer: 49,36 Proz.“! Und trotzdem der hohe Geburtenüberschuß! „Hundert- und Tausende von Arbeiterfrauen gehen an diesem sogenannten „Kindersegen“ zugrunde“, meint Dr. Hamburger. Weiter: „bedarf es eines Hinweises, wie eng diese Frage des Kinderreichtums mit der Wohnungsnot zusammenhängt? Sehr richtig! Für vier Menschen könne ein Raum gesund sein, dagegen wird er eng und ungesund, wenn er für die doppelte Zahl ausreichen sollte, wovon die Hälfte auch noch unmlndig und unfauber sei!“

Aus den Zeitfähen des Verfassers geht hervor, daß er die hohe Kindersterblichkeit durch eine „mohvolle Beschränkung der Konzeptionszahl“ bekämpfen will. Das Dogma vom Segen des größtmöglichen Kinderreichtums müsse verschwinden: „Für die Bekämpfung der Kindersterblichkeit ist unter den heutigen Verhältnissen das wirksamste Mittel: Die Herabsetzung der Konzeption.“ Als Arzt hätte der Verfasser aber doch auch die — Ernährungsfrage erwähen müssen. Sider ist doch, daß die schlecht genährte Bevölkerung „fruchtbarer“ ist, die Mehrzahl der Kinder auch an Unterernährung größtenteils zugrunde geht!

Nach dem Muster der Berliner Armenpflege.

Unter vorstehender Ueberschrift lesen wir in hiesigen Blättern: „Das englische Parlament hat sich jüngst mit der Frage einer Reform der englischen Armenpflege beschäftigt. Die zur Vorbereitung dieser Reform eingesetzte Kommission hat den Berliner Stadtrat Dr. Münsterberg um ein Gutachten ersucht. Dr. Münsterberg wird im Rai der Einladung der Kommission nach England folgen und sich vor der Kommission über die Frage der Armenpflege äußern, die zurzeit weite Kreise in England beschäftigt.“

Es ist ja sehr hübsch von dem Leiter des Berliner Armenwesens, wenn er anderen Gemeinden und Ländern mit seinen reichen Erfahrungen zur Seite steht. Herr Münsterberg ist sogar mit seinem Rat nach dieser Richtung hin sehr freigebig. Er war erst ganz kürzlich in Amerika und ist auch sonst auf vielen Kongressen zu finden; er hält zahlreiche Vorträge, verfaßt diverse Beiträge für die verschiedensten Zeitschriften und hat sich auch in einer größeren Arbeit über die Reform der Armenpflege geäußert. So anerkennenswert diese Tätigkeit auch ist, so meinen wir doch, läge es auch sehr nahe, im eigenen ihm von der Stadt anvertrauten Ressort mit der Tat zu wirken. Schöne Lebensarten machen noch keinen Armen fett. Und wir meinen, im Berliner Armenwesen gäbe es noch viel, sehr viel zu bessern. Unser Genosse Hinte hat erst kürzlich in der Stadtverordnetenversammlung mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß die von der Berliner Armenverwaltung gezahlten Unterstützungssätze äußerst geringe sind und dringend einer allgemeinen Erhöhung bedürften. Hier hätte Herr Münsterberg ein großes Feld für Betätigung. Wir wissen zwar, daß auch Herr Münsterberg nicht allmächtig ist und mit gewissen Widerständen zu rechnen hat; allein manches könnte auch heute anders und besser sein. In dem Ressort der Armenverwaltung geht es so weit, daß ein Armer, der sich wegen Abweisung durch die Armenkommission an die Armendirektion wendet, nicht einmal eine Antwort bekommt, auch nicht, wenn sich der Betreffende an den Magistrat wendet. Wir wollen hier gleich mit einem Beispiel aufwarten. Ein nach ärztlichem Gutachten erwerbsunfähiger 59 Jahre alter Mann bezieht seit etwa einem Jahr eine laufende Unterstützung von 10 M. pro Monat. Er wendet sich wiederholt an den Vorsteher seines Bezirks um Erhöhung, erfährt aber Ablehnung seiner Bitte. Schließlich schreibt er Mitte Januar an den Magistrat und trägt ihm seinen Wunsch um Erhöhung der Unterstützung vor. Es vergeht eine Woche nach der anderen, es erfolgt keine Antwort. Schließlich nach Verlauf von 4 Wochen entschließt sich der arme Teufel, sich mit einer Petition an die Stadtverordnetenversammlung zu wenden. Der mit Beratung der Petitionen betraute Ausschuß tritt anfangs März zusammen. Als die betreffende Petition zur Verhandlung kommen soll, erklärt der Vorsitzende der Armenverwaltung, erst müsse letztere darüber beraten, bevor der Ausschuß die Sache verhandeln könnte. Als ob in zwei Monaten nicht Zeit genug gewesen wäre, die Angelegenheit zu erledigen! Der Petitionsausschuß verlag die Sache, damit die Armenverwaltung sich schlüssig machen kann, wünscht aber eine baldige Erledigung. Wir haben heute Mitte April; soweit wir unterrichtet sind, hat die Armenverwaltung auch bis heute noch nicht die Sache geordnet.

Anderer Fälle sind uns bekannt, in denen solchen Personen, die in Zukunft keine Unterstützung mehr erhalten sollen, dies erst dann mitgeteilt wird, wenn sie sich am 1. des Monats beim Armenvorsteher zur Abholung einfinden. Hier sollte sich Berlin an Charlottenburg ein Beispiel nehmen, dessen Armenverwaltung die Kommissionen angewiesen hat, Gesuche um Hülfe schleunigst zu erledigen und von die Unterstützungssätze anders regelnden Entschlüssen der Kommissionen den Betroffenen sofort Kenntnis zu geben. Gerade im Armenwesen ist eine Beschleunigung der Unterstützungsgesuche am dringendsten erforderlich, damit die Armen in ihrer Verzweiflung nicht von Pontius zu Pilatus laufen müssen. Wenn je eine Revision angebracht ist, so nicht zuletzt im Berliner Armenwesen.

Die juristische Sprechstunde fällt am kommenden Sonnabend und am nächsten Dienstag (dritten Feiertag) aus.

Kursus für Säuglingspflege. Dr. Schmolleer beginnt am 1. Mai, nachmittags 6 Uhr, einen vierwöchigen Kursus über Säuglingspflege und Ernährung für Frauen und junge Mädchen. Der Kursus findet Dienstags und Freitags von 6-7 Uhr in der Säuglingsfürsorgekassette 8, Großbeerenstraße 10, statt. Anmeldungen werden schon jetzt von 2-3 Uhr oder schriftlich „genommen.“

Neue Briefmarkenautomaten. Die Aufstellung von Briefmarkenautomaten neuer Bauart wird jetzt in größerem Umfang in Berlin und in vielen anderen Städten des Reichs-Postgebiets durchgeführt. Die neuen Apparate sind zum größeren Teil schon in Tätigkeit, zum Teil kommen sie demnächst zur Aufstellung. Im ganzen werden 13 neue Sähe verteilt. Jeder Sähe umfaßt drei Apparate, einen für Postkarten und je einen für Marken zu 6 und zu 10 Pf. In Berlin sind die neuen Apparate für das Postamt, das Postamt 8 in der Taubenstraße, das Amt 12 in der Zimmerstraße und das Amt 66 im Gebäude des Reichs-Postamtes bestimmt. Außerhalb Berlins kamen oder kommen Apparate in Stettin und Wiesbaden je auf das Postamt 1, in Leipzig auf die Nummer 1 und 5, in Darmstadt auf das Postamt 1, ferner nach Neuminster und Guben. Neu bestellt sind Apparate für das Postamt 2 in Kiel und das Postamt 1 in Hensburg. Bei den neuen Apparaten ist die Tätigkeit des Publikums auf ein Minimum verringert, so daß es möglichst wenig Schaden stiften kann. Es hat nur noch das Geldstück durch den Schütz zu stecken und das Wertzeichen herauszunehmen. Die zuletzt eingestellten Geldstücke erscheinen eine Zeit lang unter einer Glasplatte. Ingeignete Stücke, z. B. Fünf- und Fünfzigpfennigstücke, wirft der Apparat weit von sich auf den Boden. Ebenso gibt es Geldstücke zurück, die zwar im Format, aber nicht im Gewicht genau unseren Fehlpfennigstücken entsprechen. Die Apparate sind von der Fabrik, d. i. der Deutschen Abel-Briefmarkenautomaten-Gesellschaft gebaut.

Zum Anabenmord.

Zur Ergänzung des Befragungsmaterials gegen Heider wurde dessen Wohnung gründlich durchsucht. In dieser Ortsbefichtigung nahmen der Erste Staatsanwalt Steinbrecht und Staatsanwalt Porzelt von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht I, die Gerichtsarzte Medizinalrat Dr. Stoerner und Dr. Strauch, der Gerichtschemiker Dr. Jelerich und der Chef der Kriminalpolizei Oberregierungsrat Hoppe mit dem Regierungsrat Dr. Lindenau und den Kriminalkommissaren Wannoowski und Peters teil. Eine tausendköpfige Menschenmenge drängte sich in der engen Pflanzmannstraße nach dem Nordhause zu, von einem größeren Schutzmannaufgebot, das das Haus absperrte, mit Mühe in Schranken gehalten. In einer Drohsche wurde Heider von zwei Kriminalbeamten gefesselt zur Ortsbefichtigung vorgeführt. Er bestreitet nach wie vor die Tat. Die ersten Blutspuren entdeckte man an dem Holzgriff des Wügels und an dem unteren Rande eines weißen Emailleimers, der hinter der Eingangstür in der Küche stand, der Griff war noch stark befudelt, fast nicht minder der Stehrand. Die Innenseite der Tür des alimobilischen Küchenspindes wies deutlich sichtbare blutige Fingerabdrücke auf. In der Stube zeigte die Tapete in der Gegend des Kleiderpindes mit der blutigen Hofe drei ziemlich erhebliche Klüftiger. Sie wurden herausgehauen und in Verwahrung genommen. Aus den Kleiderhaken wurde Füllling herausgezogen und zur mikroskopischen Untersuchung aufgehoben. Auf dem Fensterbrett am Hofe fanden sich wieder Blutspuren. Spuren ausgewaschenen Blutes zeigte auch noch ein Kopfkissen, Blutflecke auch noch die Wandung neben der Wasserleitung, deren Arnie zu weiterer Untersuchung abgenommen wurde. Als die Kriminalbeamten das erste Mal die Wohnung betraten, war der Kachelofen, ein gewöhnlicher weißer Berliner Ofen ohne Kof, noch warm. Er hatte so stark gebrannt, daß ein Palet, das darauf lag, zwar angewärmt, aber nicht angebrannt war. Als man gestern nachmittags die Küche untersuchte, fand man darin den Rest eines verbrannten Fingers, eines Fingergliedes der rechten Hand. Gerade die Arme und Hände des Opfers fehlen noch. Ohne Zweifel hat der Mörder sie und die fehlenden Fleischteile in dem Kachelofen verbrannt. Die ganze Küche wurde herausgenommen um Gemisch auf Bestandteile verbrannter Knochen untersucht zu werden. Auch dieser Fingerfund wurde dem Verhafteten einzuweisen noch nicht mitgeteilt. Die Ausführung der Tat denkt man sich nach den bisherigen Ermittlungen so, daß der Mörder sein Opfer vor dem Bett erschloß und zerschlug. Dabei ist ihm ein Messer heruntergefallen und blutig geworden. Heider hat sich auf dem Paulboden der Studentenverbindungen als ein geschickter Wandagist erwiesen. Die Zerschlagung des Körpers wird ihm nicht allzuschwer geworden und auch nicht zu sehr auf die Nerven gefallen sein. Das beweist schon die scharfe Ueberlegung und der große Bedacht, mit denen er alle Körperteile beseitigte und zerstörte, die zur Erkennung des Ermordeten und damit zur Entdeckung des Mörders führen konnten. Die Ortsbefichtigung förderte so viel Material zutage, daß der Gerichtschemiker Dr. Jelerich zum Schluß einen ganzen Sad voll zu genauerer Untersuchung nach seinem Laboratorium mitnehmen konnte.

Gestern vormittag wurde Heider aus der Einzelhaft vorgeführt und eingehend verhört. Er leugnet die Tat, wurde aber noch weiter belastet. Als ihm die Kommissare vorhielten, daß sie noch ein Fingerglied in der Küche des Kachelofens gefunden hätten, sprang Heider erregt auf und rief: „In dem Kachelofen können Sie überhaupt nichts gefunden haben, darin habe ich ja gar nichts verbrannt!“ Dann erklärte er, daß er nun überhaupt nichts mehr sagen werde.

Unterdessen meldeten sich noch zwei Zeugen, die eine wichtige Befragung machten. Es war mitgeteilt worden, daß der später ermordete Knabe Blecher seiner Erzählung nach am Sonntag vor acht Tagen, also kurz vor seiner Ermordung, von einem Freunde in verschiednem Cafés der Friedrichstraße mitgenommen worden sei. Dieser Freund hat sich nicht gemeldet. Kein Wunder, denn der Freund ist Heider selbst gewesen, den zwei Männer in einer „Kaffeeklappe“ in der Alexanderstr. 9 gesehen hatten, als er Blecher unfittlich beharrte. Um diese Aussage vor der Gegenüberstellung auf ihren Wert zu prüfen, stellten die Kommissare Heider in eine Gruppe von Männern. Die Zeugen erkannten Heider sofort. Ob Heider mit Blecher auch noch in anderen Cafés gewesen ist, ist noch nicht ermittelt. Die Aussage der beiden Männer findet eine unmittelbare Befätigung durch die Befragung des Knaben Zwiebaum. Dieser hat Blecher Montagabend in der Alexanderstraße getroffen, kurz bevor die beiden Männer herankamen und jedem einen „Sechser“ gaben. Auf Zwiebaum machte es den Eindruck, als ob Heider und Blecher sich schon gekannt hätten. Wahrscheinlich hat der Mörder sein Opfer schon am Sonntagabend in seine Wohnung laden wollen. Im „Saalonkeller“ in der Alexanderstraße sah Heider, daß Blecher dort bekannt und gut gelitten war, wie er sich auch sonst beliebt zu machen wußte.

# Vorort-Nachrichten.

## Lichtenberg.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung machte der Vorsitzende unter anderem die Mitteilung, daß der längere Zeit krank gewesene Stadtverordnete Grauer von dem Amte eines Beisitzers im Bureau entbunden sein möchte. Die Versammlung entspraach dem Wunsche.

Die Wahl von vier Vorstandsmitgliedern für die Städtische Sparkasse wurde nach den Vorschlägen des Wahlausschusses beschlossen. Unsere Vertreter sind durch den Genossen Düssel vertreten. Die Bürgervereinsvereinsmitglieder für einzelne Grundstücke werden dem Vorlaute des Ortsstatuts entsprechend festgesetzt und mit 75 Proz. zur Erhebung kommen. Die Baukostenbeiträge für Anlegung einer Regenwasserleitung in den neu anzulegenden Straßen außerhalb der Ringbahn werden mit 35 M. pro laufenden Meter Baufront festgesetzt.

Für die nicht an die Berliner Schwemmanalisation angeschlossenen Unternehmerröhren wird in Zukunft an Baukosten für die Schmutzwasserleitung ein Beitrag in Höhe von 30 M. und 60 M. bei doppelseitiger Leitung für das laufende Meter Baufront beim Ausbau erhoben.

6500 M. wurden auf Antrag des Magistrats von der Versammlung verlangt, um die Fundamente der Maschinenanlage des Elektrizitätswerkes zu veranlassen und auf dem Grundstücke dieses Werkes Verbesserungen vorzunehmen und die Untergrundverhältnisse der Anlagen eingehend zu ermitteln. Genosse Düssel hatte hier Gelegenheit, auseinanderzusetzen, wie das Bauamt bei der Anlage des Werkes hätte verfahren sollen und verlangte mit anderen Rednern der Bürgerlichen eine strenge Untersuchung über die Ursache der angeblich dringlichen Gefahr für Gebäude und Maschinenfundamente und mögliche Feststellung der Verantwortlichen für die anscheinend fehlerhafte Anlage. Die Mittel wurden bewilligt, aber auch sofort eine Kommission aus der Stadtverordnetenversammlung gewählt, die der Untersuchung Fortgang geben und Bericht erstatten soll. Unsere Genossen entsandten die Stadtverordneten Gedert und Grauer in die Kommission.

Die geforderten 2000 M. als Teilbeitrag der Stadt Lichtenberg zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für Groß-Berlin wurden nach Befürwortung des Antrages durch unseren Genossen Eisenstadt debattelos angenommen.

Die Städtische Sparkasse hat ihre Sitzungen durch die Reglementierung genehmigt erhalten, jedoch soll die im Statut vorgesehene Revisionskommission in Wegfall kommen und die Revisionen durch den Vorstand erledigt werden. Die Versammlung beschließt in dem Sinne.

Der Magistrat schlägt vor, die Termine für die Aufstellung und Auslegung der Liste der stimmungsfähigen Bürger zur Stadtverordnetenwahl gegen die bisherigen Bestimmungen um vier Wochen hinauszuschieben und die Auslegung der Liste durch Ortsstatut für die Zeit vom 15. bis 30. September festzusetzen, während die Aufstellung vom 1. bis 15. September erfolgen soll. Von unseren Genossen bestrittene Grauer die Verlegung der Termine in die zweite Hälfte des Oktober, um so ungehindert durch den Oktoberzug eine möglichst brauchbare Liste für die Ende November zu erfolgenden Wahlen zu haben. Technische Gründe sollen dem Antrage entgegenstehen. Die Versammlung beschloß dem Magistratsantrage entsprechend.

Der zu bildenden Schuldeputation sollen als Mitglieder nach den bisherigen Bestimmungen u. a. drei Magistratsmitglieder und fünf Stadtverordnete angehören. Die Versammlung beschloß, auch die Zahl der Magistratsmitglieder auf fünf zu erhöhen.

Eine Vorlage zur Änderung der Besoldungsordnung usw. der mittleren Beamten wurde auf Antrag unserer Genossen der zu bildenden Etatkommission überwiesen.

## Charlottenburg.

Ein Selbstmordversuch im Stadtbahnhof verübte vorgestern nachmittags ein etwa 40jähriger Mann, der auf dem Potsdamer Bahnhof einen Südringzug besorgen sollte. Auf Bahnhof Söbnerberg bemerkten Bahnbeamte, daß der Fahrgast plötzlich von Krämpfen befallen wurde. Der Zugführer begab sich in das betreffende Abteil, um dem Erkrankten Hilfe zu leisten. Da die Krämpfe immer ärger wurden, veranlaßte der Stationsvorsteher des hiesigen Bahnhofs die Ueberführung des Mannes nach der Infirmerie XVIII in der Kaiser-Friedrich-Strasse, woselbst eine Infolgerkung festgestellt wurde. Nachdem dem Lebensmüden der Wagen ausgepumpt worden war, wurde er nach dem Krankenhaus Westend gebracht. Bei dem Manne wurden verschiedene Papiere vorgefunden, die auf den Namen des Versicherungsagenten Bruno Poffe, Köthener Straße 3, lauteten.

## Groß-Lichterfelde.

### Aus der Gemeindevertretung.

Mit nicht geringer Spannung sah die Wählerschaft der Entscheidung der Gemeindevertretung über die gegen die Wahl vom 11. bezw. 25. März d. J. erhobenen Proteste und Anträge auf Ungültigkeitserklärung derselben entgegen, die sowohl von bürgerlicher wie von sozialdemokratischer Seite erhoben worden sind. Die bürgerlichen Proteste stützten auf der Tatsache, daß infolge der ungenügenden und verfehlten Anordnungen des Gemeindevorstandes bei der Hauptwahl der Andrang der Wähler so groß gewesen war, daß die Wählenden stundenlang warten mußten, Plätze zerbrochen und sogar ein Ohnmachtsanfall zu verzeichnen gewesen sei. Infolge dieser Umstände hätte eine große Zahl Wähler auf die Ausübung ihres Wahlrechts verzichtet. Das Resultat hätte daher bei ordnungsmäßiger Erledigung der Wahlhandlung ein anderes sein können. Von anderen Gesichtspunkten ging der sozialdemokratische Antrag aus auf Ungültigkeitserklärung der Stichwahl am 25. März. Wesentlich haben die sozialdemokratischen Kandidaten bei der Hauptwahl die meisten Stimmen auf sich vereinigt und kamen in die Stichwahl mit drei bürgerlichen Kandidaten.

Der bürgerliche Wahlvorstand half sich nun mit einem ebenso einfachen wie — anständigen Mittel aus der Klemme. Er setzte die Zeit für die Stichwahl auf vormittags 10 Uhr bis abends 7 Uhr an, während bei der Hauptwahl von 9—8 Uhr gewählt werden konnte. Damit schlug man zwei Fliegen mit einer Klappe: einmal bedeutete dies ein Entgegenkommen gegenüber den bürgerlichen Wählern, die Mann für Mann in der ihnen günstigen Zeit herangeschleppt werden konnten, zum anderen wurde man einen Teil der sozialdemokratischen Wähler los, die ja, wie den Leuten vom Wahlvorstand bekannt war, meistens weitaus von der Wohnstätte arbeiteten und daher nicht in der Lage waren, noch vor Schluß des Wahllokals das Wahllokal zu erreichen. Das Resultat war denn auch, daß die Sozialdemokratie bei der Stichwahl 72 Stimmen weniger erhielt als bei der Hauptwahl.

In dem diebezüglichen Protest wurde nun darauf hingewiesen, daß die Aenderung einer anderen Wahlzeit für die Stichwahl ungesetzlich sei. Stände dem Wahlvorstand ein solches Recht zu, dann sei er auf Grund seiner Kenntnisse der örtlichen Verhältnisse fast stets in der Lage, durch eine entsprechende Fixierung der Wahlzeit des Wahlergebnis nach einer gewissen Richtung zu beeinflussen. Das habe aber der Gesetzgeber offenbar verhindern wollen und deshalb ordne der § 68 der L.-G.-O. an, daß die Stichwahl nach denselben Vorschriften stattzufinden habe wie die Hauptwahl.

Der Gemeindevorsteher Schulz gab im Wesentlichen die Tatsachen, soweit sie in den Protesten gerügt worden, zu, und empfahl der Gemeindevertretung, die Wahlen für ungültig zu erklären. Den rechtlichen Deduktionen des sozialdemokratischen Protestes glaubte der Herr Gemeindevorsteher nicht folgen zu können, weil nach seiner Meinung es sich lediglich um die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften handelt.

Die Gemeindevertretung erklärte hierauf mit großer Majorität die Wahlen vom 11. und 25. März im Wahlbezirk für ungültig. Nach Erledigung dieses Punktes referierte Dr. Domino über das diesjährige Pflanzungsprogramm. Bei dieser Gelegenheit nahm Baumeister Böhm das Wort und verlangte die Pflanzung

nach dem Morde hat ihn Heider gerade aus diesem Grunde bis zur Unkenntlichkeit zerstört, weil der Mörder sich sagen mußte, daß sofort nach Feststellung der Persönlichkeit der Verdacht auf ihn fallen mußte. Der Kopf des Ermordeten sollte Heider gezeigt werden. Es kann aber erst später gesehen, da der Kopf augenblicklich zur Aufbewahrung präpariert wird.

Am gestrigen Nachmittag wurde Heider gefesselt in einer geschlossenen Drofsche nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht. Er hatte nichts mehr ausgesagt. Die Kriminalpolizei setzt ihre Ermittlungen noch fort. Der bereits früher genannten Frau aus Rudow wurde gestern vormittag die Schürze vorgelegt, in die einige Leichenteile gewickelt waren. Die Frau erkannte sie wieder. Die weiteren Nachforschungen würde es erleichtern, wenn sich der zweite Mann, der mit Heider zusammen den jungen Blecher in der Alexanderstraße traf, unverzüglich bei der Kriminalpolizei meldete. Es ist das Unbekannte, der mit Heider, Blecher und dem Aushilfskellner Aulenberg den Bouillonkeller von Hoffmann Dienstag morgens um 1/2 Uhr, als sonst keine Gäste mehr im Keller wollten, verließ. Heider sagte beim Abschied, er wolle Blecher zu seinem Vater nach der Vorhingerstraße bringen, weil er auch dort wohne. Er entfernte sich auch mit ihm nach dieser Richtung. Der Unbekannte ging mit Aulenberg nach der anderen Richtung. Dieser Unbekannte hat mit der Tat nichts zu tun, wird aber als Zeuge gesucht.

Das Gutachten des Gerichtschemikers Dr. Jeserich über die in der Wohnung Heiders vorgestern gefundenen und beschlagnahmten Gegenstände und Spuren ist noch nicht eingegangen.

**Ein Glendbild.** Ein Leser schreibt uns: „Gestern stand ich morgens gegen 9 Uhr am Fenster meiner Wohnung, Küdersdorfer Straße 36 am Küstriner Platz, als ich einen Mann wahrnahm, der plötzlich die eiserne Umfriedigung der dortigen Anlagen überstieg, sich bückte und von der nassen Erde etwas aufhob, im Weitergehen davon essend. Trotzdem mir, als altem, eifrigen Leser Ihres Blattes die große Not und das Elend vieler Menschen offenbar ist, muß ich doch gestehen, daß mir dieser Anblick einen Stich in das Herz gab. Ich eilte auf die Straße, ging dem Ranne nach und sprach ihn an. Dabei sah ich, daß er an einer halben mit Erde beschmutzten Schippe, die den Vögeln als Futter hingeworfen war, mit großer Begier laute. Auf mein Befragen erzählte er mir, daß er seit 6 Wochen ohne Arbeit und völlig ohne jede Mittel froh gewesen sei, diese halbe Schippe gefressen zu haben, um seinen nagenden Hunger etwas stillen zu können. Zu betteln habe er sich bisher noch nicht getraut, da er befürchtete, noch obendrein bestraft zu werden. Der Mann war noch vorläufig ganz ordentlich gekleidet, im Alter von 45—50 Jahren und machte auch einen durchaus vertrauenswürdigem Eindruck. Ich gab ihm etwas, das ihm ermöglichte, sich warmes Essen kaufen zu können und lud ihn auch ein, mal in meiner Wohnung vorzusprechen. Tief erschüttert und mit so meine Gedanken machend über unsere herrliche Weltordnung, eine Ordnung, wie sie ja dieser Tage im Prozeß gegen die armen Arbeitslosen-Demonstranten allen denkenden Menschen offenbar wurde, ging ich wieder in meine Behausung.“

**Massenflucht von Fürsorgezöglingen bei der Musterung.** Keum Fürsorgezöglinge sind gestern während der Musterung ausgerückt. Die jungen Leute waren von der Anstalt nach dem Musterungsort in Lichtenberg transportiert worden, wo sie für das Militär ausgehoben werden sollten. In einem unbewachten Augenblick entflohen die neun Zöglinge.

**Selbstmord in der Deutschen Bank.** Erhängt hat sich gestern nachmittag der 32 Jahre alte Buchhalter Willi Probst aus der Ringbahnstraße 13. P. war in der Deutschen Bank in der Wauerstraße als Buchhalter angestellt. Gestern nachmittag verließ er das Arbeitszimmer und vergeblich warteten die Kollegen auf seine Rückkehr. Schließlich suchte man nach dem Vermissten und man fand ihn auf der Toilette erhängt auf. Ein hinzugerufener Arzt bemächtigte sich vergeblich zwei Stunden hindurch, den Selbstmörder wieder ins Leben zurückzurufen. Die Leiche ist durch die Polizei beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht worden. Angehörig haben Familiengüterverwalter den Anlaß zu dem Selbstmord gegeben.

**Die Konzentration auf dem Gebiete des Warenverkehrs macht weitere Fortschritte.** Das Kaufhaus beziehungsweise das Warenhaus lieder polypentartig seine Arme immer weiter aus, zahlreiche kleine Eristenzen vernichtend. Zwar kommt es vor, daß auch Kaufhäuser, vielleicht weil sie von vornherein nicht genügend fundiert sind, ihre Räume schließen müssen, wie das in letzter Zeit den Kaufhäusern Sonntag und Pfingst erging, dafür aber vergrößern sich wieder andere. Wir sehen uns gestern einmal den Erweiterungsplan von Tief auf dem Alexanderplatz des näheren an und müssen gestehen, daß er mit seinen mit allem Komfort und Erregungschäften der Neuzeit ausgestatteten Räumlichkeiten auf den Käufer einen anziehenden Eindruck macht. Man mißverstehe uns nicht; wir schreiben diese Zeilen nicht zur Klame für eine bestimmte Firma; diese ungeheure Entwicklung des Warenverkehrs ist vollwirtschaftlich außerordentlich bemerkenswert. Rahezu 3400 Quadratmeter Grundfläche umfaßt jetzt dieses moderne Warenhaus, das auch dem Architekten manches Neue bietet.

**Auf der Brandstätte der alten Garnisonkirche** wurden gestern früh die Aufräumungsarbeiten durch drei Züge der Feuerwehre fortgesetzt. In der Hauptsache beschränkte man sich darauf, große Balken, die herunterzufallen drohen, zu beseitigen. Mehrere dieser Balken müssen aber unberührt bleiben, da zu befürchten steht, daß sie beim Herunterfallen die Dede des Konfirmationsjahren durchschlagen würden. Unter dem Schutt konnte gestern eine Gedenktafel von gefallenen Kriegern hervorgeholt werden. Sie ist nur wenig beschädigt. Ferner wurden die goldenen Standleuchter des Altars ins Freie befördert. Diese sind zwar verbeult, aber nicht geschmolzen. Die beiden Glocken liegen noch unter den Trümmern und sind anscheinend gesprungen.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags konnten von der Feuerwehre weitere wertvolle Gegenstände geborgen werden. So gelang es ohne Zwischenfall, die Kanzel mit den alten Schnitzereien aus den Trümmern herauszuholen. Ebenso wurde das noch gut erhaltene wertvolle Laubdeckel ins Freie geschafft. Der ebenfalls nicht beschädigte Sockel steht noch. Ferner ist gestern noch die Kaiserloge abgetragen worden. Heute (Donnerstag) wird die Feuerwehre zuerst daran gehen, den Altar freizulegen und herauszunehmen. Der Verantwortung des Altars ist bereits geborgen. Die Aufräumungsarbeiten müssen mit der größten Vorsicht ausgeführt werden, um Einstürze zu vermeiden. Bis zum Sonnabend dürfen die Aufräumungsarbeiten beendet sein.

**Erfahren muß ein Arbeiter Arbeitsstätte, die einem anderen gehören und die sich in einem Paket befanden, das vorige Woche in der Stadtbahn von Charlottenburg bis Schleißer Bahnhof vermischt wurde.** Der auf diese Weise hart betroffene Arbeiter liest den etwaigen Finder um Abgabe des Pakets an Oppermann, Adressat 137, vorn 3 Treppen. In dem Paket befanden sich ein Sommerpaletot und ein Jackett.

**Feuerwehbericht.** Die 4. Kompanie hatte in der letzten Nacht ununterbrochen zu tun. Um 9 Uhr kam in der Fennstraße 28 durch die Explosion einer Petroleumlampe Feuer aus. Um Rittersnack brannte Chaussee 52 eine Stunde und um 1 Uhr in der Schulzenborfer Straße 8 eine Küche. Früh um 4 1/2 Uhr erfolgte ein Alarm nach der Reinickendorfer Straße 81. Teile der Dachkonstruktion eines Lagerkuppens standen dort in Flammen. Diese konnten mit dem kleinen Löschgerät gedämpft werden. In der Dionysiusstraße 58 kam in einem Keller Feuer aus, dessen Löschung eine Schlauchleitung vorgenommen werden mußte. Ferner hatte die Wehre in der Michaelstr. 29 zu tun, wo Matrasen und anderes brannten. Außerdem liefen Alarne aus der Kurfürstenstr. 156, Stralitzer Straße 61 und ahnten Stellen ein.

des unbedeutend Teiles der Vellebuckstraße, deren anliegendes Gelände Berliner Grundstückspekulanten gehört und die auf Kosten der Gemeinde ein recht profitables Geschäft machen möchten. Auch der Professor Dr. Kübler nahm sich dieser — Straße warmstens an und forderte deren Regulierung durch die Gemeinde und auf Kosten der Gemeinde. Er mußte sich aber vom Vorstandstisch — allerdings in höflicher Form — sagen lassen, daß er von diesen Dingen nichts verstehe; dieser Versicherung hätte es aber gar nicht erst bedurft. Schöffe Lange erklärte, daß gar keine Veranlassung bestehe, die Grundstücke der Terrainspekulanten auf Kosten der Gemeinde besser verkaufsfähig zu machen. — Es ist erfreulich, daß endlich einmal in dieser Beziehung der Anfang gemacht wird, finanziell besser zu wirtschaften. Dazu mag die fortgesetzte Kritik unserer Parteigenossen, besonders in dem Flugblatt bei den letzten Wahlen, das die bisherige finanzielle Miswirtschaft auf dem Rathaus und die Liebesgabenpolitik gegenüber den Bauwerkjünglern in aller Schärfe bloßlegte, ihr Teil beigetragen haben.

Der Kirchengemeinde sollen nach einem früheren Abkommen schon jetzt 40 000 M. als Beitrag zu der Errichtung eines Pfarrhauses im westlichen Ortsteil bewilligt werden. Da auf dem Friedrichplatz jetzt nur Bäume und einige Sträucher stehen, ist die Bebauung desselben mit einer Kirche ein unabwendbares Bedürfnis geworden.

In einigen Jahren wird auch dieses freie Plätzchen ein Erbauungsbau der weltlich und angeleglich Gläubigen zieren, zum Teil errichtet auch von den Stuewergeschen derjenigen, die längst innerlich und äußerlich mit der Kirche gedrochen haben.

## Krausnick.

Bei der Gemeindevertreterwahl eroberten unsere Genossen von vier zur Wahl stehenden Mandaten zwei. Es wurden gewählt in der dritten Klasse der Maurer Genosse Karl Grimm mit 32 gegen 5 Stimmen, in der zweiten Klasse der Maurer Genosse Karl Lehmann mit 17 gegen 11 Stimmen. Die Sozialdemokratie hat somit jetzt fünf Mandate im Besitz.

## Johannisthal.

Die Generalversammlung des Wahlvereins fand am letzten Sonntag im Gohlfischen Lokale statt. Aus dem Bericht des Vorsitzenden, Genossen A. Schmidt, ist hervorzuheben, daß die Gemeindevertreterwahl zahlreiche Vorstandssitzungen, öffentliche und Mitgliederversammlungen nötig machte. Mit dem Resultat können wir zufrieden sein; den Gegnern ist gezeigt worden, daß es für sie in der dritten Abteilung keine Hoffnungen mehr gibt. Die Mitgliederzahl hat sich gehoben und beträgt jetzt 110. Trotzdem die Gemeindevertreterwahl hohe Anforderungen an die Klasse stellte, wurde das dem Ort zustehende Drittel der Einnahme nur mit 7,15 M. überschritten. Die Expedition brachte einen Ueberfluß von 20,35 M. Es sind 183 „Vorwärts“-abonnenten vorhanden. Die Versammlung nahm hierauf Stellung zur bevorstehenden Landtagswahl. Einzelne Redner sprachen sich dahin aus, daß der Wahlkampf mit aller Schärfe geführt werden muß. Unsere Devise müsse lauten: „Wer nicht mit uns ist, ist wider uns“. Am 1. Mai nehmen die Genossen vormittags an der Versammlung in Haffelwerder-Nieder-Schöneweide teil, während sie am Nachmittag von 4 Uhr an mit ihren Angehörigen zu einer Festlichkeit zusammen kommen.

Zu dem Bericht über die freisinnige Versammlung, teilen uns unsere Genossen nun mit, daß nicht der Referent Lehrer Kohl-Köpenick, sondern ein hiesiger Lehrer, namens Dreibröd, besagte Äußerung in bezug auf den § 7 des Reichsvereinigesehes gemacht hat. Der uns zugegangene Bericht sieht dies nicht klar erkennen, weshalb irrtümlicherweise die polenfeindliche Äußerung dem Referenten in den Mund gelegt wurde. Es wird und sogar geteilt, daß der Lehrer Kohl noch einer von den wenigen Liberalen sei, die liberale Grundzüge vertreten.

## Dahmsdorf bei Strausberg.

Ein eigenartiger Bahnunfall ereignete sich in der Nähe der hiesigen Station. Auf dem Güterbahnhof waren zwei wertvolle Pferde ausgeladen worden, als zwei der Tiere plötzlich scheuten und auf das Gleis liefen, auf dem der Schnellzug aus Berlin herangebraust kam. Die Pferde rannten vor der Maschine her, was jedoch der Lokomotivführer in der Dunkelheit nicht bemerkte, bis schließlich die Tiere von dem Zuge überholt und durch die Räder der Maschine zermalmt wurden. Der Schnellzug erfuhr durch den Unfall einen Aufenthalt von etwa einer Stunde.

## Notawos.

Am 13. April fand eine Zusammenkunft sämtlicher Gewerkschaftsvorstände mit der Zentralleitung des Freiregelsverbundes statt, um Stellung gegen das Verhalten der hiesigen Barbier-Prinzipale und Gehilfen zur Organisationsfrage zu nehmen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die versammelten Vorstände von Notawos verpflichten sich, die für organisierte Freiregelsgehilfen gesperrten Betriebe von Schulz, Großberenerstraße, Kaiser, Eisenbahnstraße, Wache, Wilhelmstraße, Krüger, Wallstraße, und Berred, Luisenstraße, nicht zu empfehlen. Die Anwesenden beurteilen ferner das Verhalten der hiesigen Barbier- und Freiregelsgehilfen, die sich als Werkzeuge ihrer Arbeitgeber gebrauchen lassen, um gegen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft Front zu machen. Die Versammelten erklären daher, für die Beseitigung des Streikverwehrens energisch einzutreten.“ — Pflicht eines jeden organisierten Arbeiters ist, die Sperte durchzuführen, Boykottbruch ist Streikbruch.

## Berichts-Zeitung.

### Rüde Justiz.

In der Nacht zum 2. Februar zogen in Chemnitz circa vierzig Gewerkschaftsmitglieder, zumeist Fabrikantensöhne, von ihrer Verbindungshelpe kommend, in recht animierter Stimmung durch die Straßen der Stadt. Die jungen Leute schrien, johlten und lachten in ruhiger Weise und antworteten zwei ihnen entgegenkommenden und Ruhe verlangenden Schulgelehrten mit dummen Redensarten. Einer der Krakeeler, namens Lohmann, sollte sich legitimieren, was er aber verweigerte. Da er zu entwischen veruchte, wurde er festgenommen. Auf dem Wege zur Wache folgte gröhldend die ganze Korona, die Schulgelehrten — es war noch eine dazugekommen — verhöhnd. Auch mit Stöcken wurden die Hüter der öffentlichen Ordnung geschlagen, mit Fäßen geschrien und gestochen und schließlich von den Fabrikantensöhnen — — — angegriffen, ohne daß eine weitere Festnahme oder Feststellung der Täter erfolgte. Auch auf der Wache, in die einige 30 der angeheiterten Schar einzogen, wurde der in diesem Falle unglaublich geduldigen Polizei arg mitgespielt. Die Studenten legten sich die Galme der Beamten auf, liefen aus einem Zimmer in das andere, nahmen die Akten aus dem Regal und die Biganzkarten aus den Kästen, rissen von den Schränken die Schilder ab, verlangten auf den Abort geführt zu werden, riefen nach Bier und Wasser, erhoben die Intenstücker und schrien „Prost!“ Einer verachtete sich in dem allgemeinen Adonau Ruhe, indem er laut „Silentium!“ rief und eine Ansprache hielt, in der er von den „Polypen“ sprach. Schließlich drehten sie Gasohne zu und verließen nach Feststellung ihrer Personalien das Bunkelokal nicht ohne leichten in das selbe zurück, obwohl sie auf den Hausfriedensbruchparagrafen aufmerksam gemacht worden waren. Die Hälfte der Gesellschaft drückte sich von der Kammerfeststellung, 19 Festgestellte hatten sich nun als Angeklagte wegen Widerstand, Hausfriedensbruch, Beamtenbeleidigung und unehrerwürdigen Lärms vor der Strafkammer zu verantworten. Erfolg — siebzehn Angeklagte wurden freigesprochen, ein Angeklagter, Denny,

der einen Volkstagen mit Schneideln wie „Lapphög Unteroffizier“ und „Lapphög“ illustriert, soll dafür mit 80 M. Böhnen. Außerdem erhielt er wegen Aufstörung 15 M. Strafe. Der Angeklagte Lohmann wurde zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

Und da sage noch einer, daß die Justiz keine milden Strafen kennt! Freilich ist und noch kein Fall bekannt geworden, in dem von einem Gericht etwa gegen streikende Arbeiter, die sich gegen die heilige kapitalistische Ordnung verdingen haben, ähnlich milde Urteile gefällt wurden.

### Beleidigte Richter und Staatsanwälte.

Die von den Genossen Dr. Heinrich Braun und Otto Braun geleitete Zeitschrift „Neue Gesellschaft“ hatte ein Urteil der Strafkammer in Weuthen O.Schl., das zwei Kindern im Alter von 12 und 13 Jahren die zwar dem Gesetze entsprechende, darum aber nicht weniger ungeheuerliche Strafe von je einem Jahre Gefängnis auferlegt hatte, kritisch besprochen. Die „Frankfurter Volksstimme“ benutzte den Artikel der „Neuen Gesellschaft“ zu einer Notiz, die im wesentlichen mit jenem Artikel übereinstimmte. Diese Notiz der „Frankfurter Volksstimme“ schickte der Frankfurter Staatsanwalt seinem Kollegen nach Weuthen O.Schl. zur liebevollen Kenntnisnahme, worauf denn auch der Landgerichts-Präsident und der Erste Staatsanwalt gegen „sämtliche an der Zeitungsnachricht beteiligten Personen“ wegen Beleidigung der Weuthener Richter und Staatsanwälte Strafantrag stellten. In dem darauf in Frankfurt a. M. eingeleiteten Strafverfahren wurde der verantwortliche Redakteur Jander von der Strafkammer freigesprochen und der Frankfurter Staatsanwalt nahm seine Revision gegen dieses Urteil zurück.

Im Laufe dieses Verfahrens kam der Frankfurter Staatsanwalt auf die Idee, auch den Genossen Heinrich Braun, als den für die „Neue Gesellschaft“ verantwortlichen Redakteur, wegen des Originalartikels verfolgen zu lassen, und wandte sich deshalb an den Weuthener Staatsanwalt. Dieser wollte die Weuthener Herren nicht einer neuen Niederlage aussetzen, teilte ihnen deshalb mit, daß das Frankfurter Gericht in der aus der „Neuen Gesellschaft“ entnommenen Notiz nichts Strafbares gefunden hatte, und fragte sie an, ob sie unter diesen Umständen noch die weitere Verfolgung der Sache wünschten. Die Weuthener Herren aber fühlten sich noch immer beleidigt. Mitte November 1908 erklärten sie, auch wegen der Veröffentlichung in der „Neuen Gesellschaft“ Strafantrag zu stellen. Nuncmehr begann das Berliner Verfahren.

Das Landgericht III Berlin verurteilte den Genossen Heinrich Braun zu 100 M. Geldstrafe wegen einfacher Beleidigung. Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgericht verworfen, dagegen billigte das Reichsgericht die Revision des Staatsanwalts, weil gegen den Angeklagten nicht die härtere Strafbestimmung des § 186 des Strafgesetzbuches (üble Nachrede) angewendet worden sei, und wies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht III Berlin zurück. — Von diesem Urteil des Reichsgerichts wird noch öfter zu reden sein: Das Reichsgericht schränkt darin nämlich die Anwendung des § 183 des Strafgesetzbuches (Wahrnehmung berechtigter Interessen) noch viel mehr ein, als es bisher schon geschehen war, und bricht auch mit der früher von ihm selbst vertretenen Auffassung, daß richterliche Urteile wissenschaftliche Leistungen seien und deshalb so kritisiert werden dürfen, wie andere wissenschaftliche Leistungen.

In der neuen Verhandlung, die am 10. Januar 1908, Frankfurt, erhob nun der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn, den Einwand, daß das ganze Verfahren gegen den Angeklagten Heinrich Braun, trotzdem das Reichsgericht schon gesprochen habe, dennoch unzulässig sei, weil die Weuthener Herren keinen richtigen Strafantrag gestellt hätten.

Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn beantragte daher von neuem, das Verfahren einzustellen und der Staatskasse die Kosten aufzuliegen, da der erste Strafantrag nicht klar sei, also überhaupt nicht beachtet werden dürfe, und der zweite Strafantrag erst nach Ablauf der Verjährungsfrist gestellt sei. Nach langer Beratung schloß sich das Gericht diesem Antrag an.

Die Gültigkeit des Strafantrages hat das Gericht in jeder Lage des Verfahrens von Amts wegen zu prüfen. In zwei Verhandlungen vor dem Landgericht und in einer vor dem Reichsgericht ist seiner der gelehrten Richter auf die gar nicht so weitliegenden Bedenken gegen den Strafantrag der Weuthener Herren gekommen. Von der Staatsanwaltschaft ganz zu geschweigen, die ja als objektive Behörde doch auch für den Angeklagten Einwände zu erheben hat.

### Der Raubmordversuch in der Bülowstraße.

dem seinerzeit der Geschäftsführer Hermann Böttcher beinahe zum Opfer gefallen wäre, beschäftigt gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Leue das Schwurgericht des Landgerichts II. Aus der Untersuchungsbefehle wurde der 27jährige Kutscher Hermann Gunkel vorgeführt, der sich wegen versuchten Raubmordes vor den Geschworenen verantworten mußte. Mit ihm war seine Ehefrau Anna G. geb. Otto und seine Schwägerin die Frau Franziska Otto wegen Hehlerei bezw. Begünstigung angeklagt. — Am Abend des 29. Februar d. J. wurde auf dem dritten Hofe des Grundstücks Bülowstr. 12 eine schwere Mutilat verübt. An diesem Tage gegen 8 Uhr abends war der Kutscher Hermann Böttcher beschäftigt, die Pferde eines Geschäftswagens auszuspannen und in den Stall zu bringen. Er war kurz vorher von seiner Geschäftstour gekommen und hatte noch die Ledertasche in der sich des Tags über von ihm eingefasste Geldbeträge in Höhe von 80 M. befanden, an einem Lederrücken umgehängt. In seiner Beschäftigung wurde er durch einen unbekanntem Mann unterbrochen, der im Stall erschien und ihn nach einem anderen Kutscher fragte. Böttcher gab Auskunft über diesen und wendete sich dann wieder seiner Arbeit zu. Kaum hatte er den Rücken gedreht, als der Unbekannte auf ihn zusprang und ihm von hinten mit einem schweren Hammer einen wuchtigen Schlag auf den Kopf versetzte. Böttcher fiel wie vom Hitz getroffen um, hatte aber trotz der durch den furchtbaren Schlag hervorgerufenen Betäubung noch das Gefühl, als wenn ihm die Ledertasche entrisen werde. Nach einigen Minuten kam er wieder zu Bewußtsein; er schlepte sich nach dem Hofe, wo er aber wieder, nachdem er einige Hülfserufe ausgestoßen hatte, ohnmächtig wurde. Als schließlich Hausbewohner aufmerksam wurden, war der Täter längst verschwunden. Zwei Kinder hatten ihn aus dem Hause herausstürzen und die Bülowstraße entlaufen sehen. Aus den Büchern der Firma wurde festgestellt, daß der jetzige Angeklagte Gunkel etwa eine Woche bei der Firma beschäftigt gewesen war. Der Verdacht lenkte sich auf G., zumal dieser schon wiederholt wegen Bettelns, Landstreichens und Arbeitsleihen verurteilt und auch schon in Arbeitshaufe gewesen war. Nach einigem Reugenen bequente sich G. zu einem Geständnis, als man ihm vorhielt, daß sogar schon festgestellt sei, wo

er das geraubte Geld verborgen hatte. Die Ehefrau des G. hatte sofort am frühen Morgen einen Teil des Geldes zu ihrer Schwägerin, der jetzigen Mitangeklagten Otto, geschickt, eine weitere größere Summe hatte Gunkel selbst einem Zigarrenhändler zur Aufbewahrung übergeben. Der Gericht waren die Angeklagten mit Ausnahme der Frau Otto, die in Abrede stellte, die strafbare Herkunft des Geldes bekannt zu haben, gefällig. Gunkel versuchte seine Tat mit der Falschung zu entschuldigen, in der er sich damals befunden habe. Die Geschworenen bejahten bei Gunkel die Schuldfrage nach qualifiziertem Raub unter Verfolgung mildernder Umstände, bezüglich der Ehefrau die Frage nach Begünstigung. Bei der Angeklagten Frau Otto wurde die Schuldfrage verneint. Staatsanwalt Justing beantragte gegen Gunkel 8 Jahre Zuchthaus, gegen die Ehefrau G. 4 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte gegen Frau Otto auf Freisprechung, gegen Frau Gunkel auf 3 Monate Gefängnis und gegen Gunkel auf 5 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

### Die Angeberin als Angeklagte.

Die Verkäuferin Helene R., die gestern auf Zahlung von 173 M. Restgehalt gegen die Butterfirma Gebrüder Groß vor der zweiten Kammer des Kaufmannsgerichts Klage erhob, war 5 1/2 Jahre zur Zufriedenheit ihrer Ehe in deslagtem Hause tätig, bis sie sich aus nicht ganz aufgeklärter Ursache die Weggang der Mitangeklagten Wittinger zwang. Diese Angeklagte wollte eines Tages herausgefunden haben, daß die Klägerin sich in einer Tüte eine Rodel Eier für ihren Vater hatte zurückstellen lassen, die sie als „Knideier“ bezahlet wollte, während in Wirklichkeit nur 9 Eier leicht angefochten, 6 Stück dagegen gänzlich ungeknidelt waren. Wegen dieses angeblichen Vergehens wurde die Klägerin sofort entlassen. Sie bestreitet mit Entschiedenheit die ihr zum Vorwurf gemachte Untreue. Sie beteuert, wie stets, so auch am fraglichen Tage, nur Knideier ausgeführt zu haben. Wenn sich hernach einige ganze Eier in der Tüte fanden, so müßten diese ohne ihr Wissen, wahrscheinlich aus Nachsicht von fremder Hand, mit Knideiern vertauscht worden sein. Die Frau Wittinger stellt den Vorgang so dar, daß sie im Geschäftskeller die von der Klägerin zurückgestellte Tüte entdeckt habe. Unter Hinzuziehung einer zweiten Verkäuferin L. seien die Eier herausgenommen und revidiert worden, wobei sich ergab, daß 6 Eier keinen Knid hatten. Sie habe nunmehr die Tüte im Tresor verschlossen und drei Tage später dem von der Reise zurückgekehrten Profuristen davon Mitteilung gemacht.

Das Kaufmannsgericht beurteilte die Firma zur Zahlung der geforderten 173 M., indem es die sofortige Entlassung als ungerechtfertigt erachtete. Der Aussage der Belastungszeugin Wittinger hat das Gericht nicht vollen Glauben geschenkt; ihre Aussage war mit großer Vorsicht aufzunehmen, denn sie hat sich recht unaufrichtig gezeigt. Die Frau Wittinger hätte die Eier sofort der Klägerin vorlegen und auch unermöglicht den Geschäftsinhabern Mitteilung machen müssen, wenn sie glaube, eine Untreue der Klägerin entdeckt zu haben. Das Gericht hat nicht die Überzeugung gewinnen können, daß die der Klägerin nach 8 Tagen vorgelegten Eier dieselben waren, die sie ausgeführt hatte.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Donnerstag, 16. April. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Hauptprobe zum Simon-Konzert. Königl. Schauspielhaus. Ge. Schloffen. Deutsches. Die Räuber. Kammertheater. Godes und sein Ring. (Anfang 8 Uhr) Lustspielhaus. Froschholzen. Der Brandstifter. Neues Schauspielhaus. Judith. Berliner. Al-Heidelberg. Anfang 8 Uhr. Neues Operetten. Frühlings Er. machen. Festung. Das Lumpengefindel. Neues. Simson. Vorzug. Fra Diavolo. Schiller. (Wagner-Theater.) Kaiser und Gallier. Schiller Charlottenburg. Stein unter Steinen. Theater an der Spree. Ausgewiesen. Komische Oper. Aesland. Kleines. 2 mal 2 = 5. Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Die Brüder von St. Bernhard. Heibel. Frau Warrens Gewerbe. Weihen. Ge. Schloffen. Neudens. Der Hüttenbesitzer. Zuffen. Des Mädchens Lebenswege. Thalia. Nora. Trianon. Das Ende der Liebe. Bernhard Kose. Die Loreley. Wetzlar. Der Buckel-Hans. Weisse. Spezialitäten. Spezialitäten. Gebr. Herrnsieb. Die Neberhahn. Kaffee. Ein Dorfroman. Bürgerl. Schauspielhaus. Die Autorität. Wobbe. Ge. Schloffen. Wintergarten. Spezialitäten. Wange. Da Bohl. Spezialitäten. Weissenhallen. Stuttiner Säger. Gustav Wehrnd. Spezialitäten. Carl Haberland. Spezialitäten. Weissenhallen. Spezialitäten. Folies Bergère. Spezialitäten. Hans d'Esp. Ge. Schloffen. Utopia. Zaubertröge 18/19. Nachm. 4 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig. Abends 8 Uhr: Eine Klafel bis zum zweiten Katarakt. Sternwarte. Invalident. 57/62.

### Berliner Theater.

Donnerstag abend 7 1/2 Uhr: Al-Heidelberg. Freitag: Ge. Schloffen.

### Residenz-Theater.

— Direktion: Richard Alexander. — Anfang 8 Uhr. Zu vollständigsten Preisen: Der Hüttenbesitzer. Schauspiel in 4 Akten von G. Känet. Deutsch von R. Scheffer. Freitag: Ge. Schloffen. Sonnabend: Der Hüttenbesitzer. Sonntag, Montag: Der Hüttenbesitzer.

### Neues Theater.

Anfang 8 Uhr. **Simson.** Sonnabend: Ueber den Bassern. Sonntag und Montag: Die gute Partie.

### Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr. **2 mal 2 = 5.** Freitag: Ge. Schloffen. Sonnabend: 2 mal 2 = 5. Sonntag 3 Uhr: Ein Puppenheim (Nora). 8 Uhr: 2 mal 2 = 5.

### Theater des Westens.

Donnerstag u. Sonnab.: Ge. Schloffen. Nachmittags 8 Uhr: Aufführung des Pfanschnidischen Chors Paulus mit Max Heinemann.

### Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Donnerstag 8 Uhr zum ersten Male: Die Brüder von St. Bernhard. Schauspiel in 5 Akten v. Anton Chorn. Freitag: Ge. Schloffen. Sonnabend: Die Brüder von St. Bernhard.

### Neues Operetten-Theater

Schiffbauerdamm 25, an der Luisenstr. Goldspiel des Deutschen Theaters: Frühlings Erwachen.

### Lortzing-Oper.

Belle-Alliance-Straße 7/8. Abends 8 Uhr: Der Trompeter von Säckingen. Freitag: Heil. geistliches Konzert. Sonnabend: Der Hüttenbesitzer. Sonntag nachm. 3 Uhr: Har und Zimmermann. 8 Uhr: Fra Diavolo.

### Heibel-Theater.

Abends 8 Uhr: Frau Warrens Gewerbe. Drama in 4 Akten v. Bernhard Schot.

### Luisen-Theater.

Reichenberger Straße 34. Anfang 8 Uhr. In halben Preisen: Des Mädchens Lebenswege. Freitag und Sonnabend: Ge. Schloffen. Sonntag nachm.: Des Mädchens Lebenswege. Abends: Der wilde Reulingen. Montag nachm.: Die Cameliendame. Abends zum 1. Male: Der Mann mit der Frauen. Dienstag nachm.: Maria Stuart. Abends: Die Spree-Alten.

### Reichshallen-Theater.

Stettiner Säger. 3. Schulstr. 113. Male: Osafren-Streich. Ent. mod. 8 U. Sonnt. 7 U. Reichshallen-Restaurant: Militär-Konzert.

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater). Donnerstag, abends 8 Uhr: Kaiser und Gallier. Weltbürgerliches Schauspiel von Henri Wien. Deutsch von G. Braumetter. Erster Teil: Casars Abfall. Schauspiel in 5 Akten. Freitag: Ge. Schloffen. Sonnabend, abends 8 Uhr: Kaiser und Gallier.

### Zirkus Schumann

Donnerstag 8 Uhr abends: Große Vorstellung. Allerneueste Sensation! Konsul Peter, der menschl. Chimpanse. Resisto, das elektrische Rätsel, und weitere 10 erstl. Nummern. Die große Ausstattung-Pantomime Amerika mit eigens dazu engagierten 120 schwarzen Leuten.

### Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr. Der Buckel-Hans. Mimodrama in 3 Akten v. Blanchard de la Bretesche. Musik v. Charles Thony. Giampietro, Jesephi, Massary etc. Karfreitag geschlossen.

### Der Buckel-Hans.

Oster-Sonntag und Oster-Montag nachmittags 3 Uhr: Die Herren von Maxim. Abends 8 Uhr: Das muß man seh'n!

### Wahalla Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenthaler Tor. Abends 8 Uhr: Das neue April-Programm. Der geheimnisvolle Geldschrank? Grete Gallus! und die übrigen glänzenden Varietékäfte. Lunnel: Konzerte. Theaterbesucher freien Eintritt.

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater Charlottenburg. Donnerstag, abends 8 Uhr: Stein unter Steinen. Schauspiel in 4 Akten v. D. Sudermann. Freitag: Ge. Schloffen. Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Hexenkessel. Dierant: Jungfer Immergrün.

### Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr zum ersten Male: Fräulein Froschholzen. Dierant: Der Brandstifter.

### Theater an der Spree

Röpenicker Straße 88. Anfang 8 Uhr. Ausgewiesen. Soziale Drama in vier Akten. Von S. n. u. a. ab wieder täglich: Der Cuckel aus Kottbus.

### BERNHARD ROSE THEATER

Dr. Frankfurter Str. 132. Täglich: Die Loreley. Romantisches Volksschauspiel mit Gesang und Tanz von Desch. Anfang 8 Uhr. Wochenlagpreis.

### WINTERGARTEN

Neues abwechslungsreiches Programm. May de Souza, amerikanische Sängerin. Hillmann-Trio, Drahtseilakt. Tschernoff, Dressur. John u. Louis Keller, Radfahrer. Ada Pagal, Violin-Virtuosin. 3 Brags, Akrobaten. Andos, Japanertruppe. Hagedorn Wundergrotte. Neima Braatz, Jongleuse. Entonbolts, Luftgymnastiker. Corwey, musikalische Produktionen. Der Biograph.

### Passage-Panoptikum.

Vom 11. April b. Volkstage!!! inkl. 27. April. Jed. Erwachsenes ein Kind frei! Jedes Kind erhält ein Geschenk! „Die lange Dora“. Das gr. Wand. Gesamthöhe 2,19 m. Alle Darbietungen frei! Alles ohne Extra-Entrée. Eintritt 50 Pf. Kinder ohne Begleitung und Soldaten 25 Pf.

# Freie Volksbühne

Freitag 24. April, 8 1/4 Uhr: Luise-Theater. 21. (I.) Abendabteilung: Robinsons Eiland. Lortzing-Theater. 23. (III.) Abendabteilung: Der Troubadour.

Gastkarten a 1 M. sind in allen Zahlstellen und beim Obmann im Theater zu haben.

Sonntag, den 19. April, nachm. 3 Uhr: Berliner Theater. 17./18. Abteilung: Das Wunder des heilig. Antonius. Neues Schauspielhaus. 8./9. Abteilung: Die Kralle.

Montag, den 20. April (2. Feiertag): 19./20. Abteilung: Der Arzt seiner Ehre. Dienstag, den 21. April (3. Feiertag): 1./2. Abteilung: Dieselben Vorstellungen.

29. Kunstabend im Rathaus. Sonnabend, 25. April, 8 1/2 Uhr: Jungbsterreichischer Dichterabend. 240/7 Der Vorstand. In Vertr.: G. Winkler.

# Urania.

Wissenschaftliches Theater. Tauhenstr. 45/49. Theater nachmittags 4 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig. Theater abends 8 Uhr: Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.

# Palast-Theater

Burgstr. 24. Hof. Börse. 15., 16., 17., 18. April 1908 geschlossen. 15. April (1. Feiertag): Neues erstklass. Programm. Anfang 8 Uhr. Vollständliche Preise. Avis! 15. April (2. Feiertag) haben die angegebenen Familien- und Ehrenkarten sowie Quittscheine wieder Gültigkeit.

# Passage-Theater.

Die Sensation Berlins! Ota Gygi der Mann mit den 3 Geigen. Otto Kör, der Humorist am Flügel. Rita Tanca, Lieder zur Violine. Herm. Strebel, der Unwiderstehliche. Rakoczy-Sextett, die reiz. Ungarmädchen, u. d. kolossale April-Programm! 11 Gewöhnliche Preise!

# Kasino-Theater.

Lehringer Straße 77. Täglich 8 Uhr: Nur noch kurze Zeit! Ein Dorf-Roman. Vorher das glänz. April-Programm. Sonntag 4 Uhr (1. Feiert.): Nick Carter. Montag 4 Uhr (2. Feiert.): Biederleuta.

# W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Ornamentstr. 10. Heute: Ge. Schloffen! In allen drei Feiertagen: Verführt und entehrt. Vorstellung in 4 Akten von A. Heine. Anf. 8 Uhr. Entrée 30 Pf. Tanz. Felix Sobauer

# Berliner Ullk-Trio.

Das Ende der Liebe. Heute und Sonnabend abends 8 Uhr. Das Ende der Liebe. Felix Sobauer

**Gebr. Herrnfeld-Theater.**  
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.  
**Herrnfeld-Zyklus**  
II. Serie:  
Dien- und Sonnabend, 18. April:  
**Die Meyerhains.**  
Komödie in 3 Akten.  
Vom 19. bis inkl. 23. April:  
III. Serie:  
Eise und der Bar.  
Es lebe das Nachleben!  
Vom 24. bis inkl. 29. April:  
IV. Serie:  
Lezte Ehre. Fall Blumentopf.  
Schluß diesjähriger Spielzeit  
Mittwoch, den 29. April er.

**Apollo Theater**  
Donnerstag, den 16., und Sonnabend,  
den 18. April er.:  
Räthen Löffel  
Eisenrude  
Pina Montjole  
Biac Bell  
Rolf Kofsky  
Mittelmeerreise des Kaiser.  
Karfreitag: Geschlossen.

**Brauerei Friedrichshain**  
früher Lipps. — Am Königtor.  
Besitzer: Ernst Liebing.  
Vom 19. bis 26. April:  
**C. M. Zieherer**  
aus Wien.  
Hofkapellmeister, Dirigent der  
kaiserl. k. österr. Hofkapell-  
musik mit auf 60 Künstler  
verstärktem Orchester.

**Sanssouci, Kottbusser**  
Strasse 6.  
Direktion: Wilhelm Reimer.  
Wegen Vorbereitungen  
s. Osterfest: geschlossen.  
An allen drei Feiertagen:  
**Große Extra-Fest- und**  
**Spezialitäten-Vorstellung.**  
Hochaktuelles Programm.  
**Tanzkränzchen.**  
Auffret. v. **Hoffmanns**  
**Norddeutsche Sänger**  
u. hervorrag. Spezialitäten.

**Nathan Wand**  
129 Stalitzer Str. 129.  
Die schönsten  
**Herren-Sommer-Paletots**  
und Anzüge in neu  
sowie spezial  
**Monats-Garderobe**  
von Kavaliere getragene Sachen,  
samt neu, für jede Figur passend,  
spezial Suchangebote sind in  
großer Auswahl stets zu staunend  
billigen Preisen zu haben.  
**Nathan Wand**  
129 Stalitzer Str. 129.  
Nachstation Kottbusser Str.  
Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Warnung vor Nachahmung.**  
Wer  
den **Kapitän-Kautabak**  
echt haben will, achte auf den in jedem Stück  
liegenden Zettel oder auf das Etikett der 10 Pf.-  
Rollen mit Aufschrift  
**Kapitän-Tabak, geschl. gefächelt.**  
Gen. Vert.: C. Röcker, Berlin O., Gröner Weg 112. Amt 7, 8851

**Zeuthen „Albrechtshof“ Zeuthen**  
Besitzer: **H. Spethmann.** 26412\*  
15 Minuten vom Bahnhof. Direkt am See und Wald gelegen  
mit Ungebrüde. Allen Gewerkschaften und Vereinen zu Ausflügen  
besonders empfohlen. Einziges freies Saallocal am Ort.  
Gut gepflegte Biere. — Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.  
Familien können Kaffee kochen.

**Fritz Kapphahn**  
Erste Bezugsquelle für Kaffee, Zucker, Tee,  
□□□□ Konserven u. Fleischwaren! □□□□  
Zum bevorstehenden Osterfeste empfehle  
Ungarisches Auszug-Mehl 5 Pfd. 1,10 M.  
Kaiser-Auszug-Mehl 5 Pfd. 0,95 M.  
Ferner empfehle: **Mandeln, Rosinen, Sultaninen**  
in bester Qualität.  
Jeden Mittwoch u. Sonnabend treffen frische Braun-  
schweiger u. Thüringer Fleischwaren ein!!  
**Berlin NW., Waldstraße 19.**  
Bitte auf Hausnummer zu achten!! Ecke Wielestraße!!

**Buddenhagen**  
Moritzplatz  
im Theatersaal täglich  
**Albert Böhme**  
Das brillante April-Programm.  
U. a.: Pina Goff, Artur Wolff,  
W. Wendig, Alexander Bros,  
Noranad Sifter.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. Saant. reserv. 1 M.  
Parf. 0,75, Entree 50 Pf., in d. Woche  
Familienbillets 5 St. 2 M.  
Im unteren Konzertsaal:  
Täglich: Konzert.

**Jede Dame lese!**  
**Reisemuster**  
Frühjahrs-Kostüme  
entsprechend  
**Modelle**  
in entzückender Aus-  
führung n. 21-50 M.  
Bert das Doppelte,  
eine Modell-  
Kollektion Paletots  
und Staubmäntel  
in allerfeinst. Stoffen,  
schwarz u. farbig, von  
12 M. an, ferner  
ein Vollen eleganter  
**Jackets**  
v. 10 M. an in der feinsten Ausführung.  
**Blusen u. Röcke**, tafellos sitzend,  
— enorm billig. —  
**Damenkonfektion**  
Seydelstraße 2, am Spittelmarkt.  
Karfreitag und 2 Feiertag geöffnet.

Bitte genau zu beachten!  
**Westmanns**  
**Trauermagazin**  
Eckhaus Kolonnen  
Mohrenstraße 37a,  
a. d. Jerusalemstraße.  
Filiale:  
Gr. Frankfurter Str. 115,  
2. Hand an der Lindenstr.  
Ausführung und Preise  
konkurrenzlos!  
Bei Vorzeigung dieser  
Anzeige vergüte ich 10 %  
in bar.

Gardinen, Portieren, Decken,  
Niederbetten, Bettwäsche, Bilder,  
Uhren auf Teilzahlung. Nur Post-  
karte erbeten.  
**L. Matzner, Berlin,**  
Auguststraße 50.

2658L\*  
**Carl Bogen's**  
**Trauermagazin**  
Brunnenstr. 16.  
Große Auswahl in:  
Kleidern von 15 M. an  
Blusen von 3,- M. an  
Hüte von 2,50 M. an  
Röcke von 3,50 M. an  
und sämtliche  
Trauergegenstände.

**Orts-Krankenkasse**  
der  
**Gastwirte**  
u. verwandten Gewerbe zu Berlin.  
**Ordentliche**  
**General-Versammlung**  
der gewählten Stellvertreter  
am Dienstag, den 28. April 1908,  
nachmittags präzis 4 Uhr,  
im Lokal des Herrn A. Kube, Alte  
Jakobstr. 75 (Heuersteins Festhalle).  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Rechnungsprüfungs-  
kommission. 2. Abnahme und Be-  
sprechung des Jahresberichtes 1907.  
3. Genehmigung der Erhöhung der  
Gebühr für die Spezialärzte. 4. Be-  
amtenanstellung. 5. Besprechung der  
Tagesordnung zum bevorstehenden  
Kongress der Krankenkassen Deutsch-  
lands am 10. und 11. Mai 1908 zu  
Berlin. 6. Verschiedenes.  
Berlin, den 7. April 1908.  
**Der Vorstand.**  
Poppo, Vorsitzender,  
Braun, Schriftführer.

**Berliner Spar- und Bauverein**  
eingetragene Genossenschaft mit  
beschränkter Haftung.  
Sonntag, den 26. April 1908,  
vormittags 9 Uhr, in den  
**Sophien-Sälen,**  
C. Sophienstraße 17/18:  
**Sechzehnte ordentliche**  
**General-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Erhaltung des Geschäftsberichtes  
unter Vorlegung der Bilanz nebst  
Gewinn- und Verlustrechnung für  
das Jahr 1907. 2. Bericht der Re-  
visionskommission. 3. Beschlußfassung  
über die Genehmigung der Bilanz  
und die Verteilung des Gewinnes.  
4. Beschlußfassung über den Bericht  
des Vorstandes über die am  
16. Februar er. vorgenommene Re-  
vision. 5. Resolutions zum Aufsichtsrat.  
6. Bericht über den Verband der auf  
der Grundlage des gemeinschaftlichen  
Eigentums stehenden deutschen Ban-  
genossenschaften. 7. Beschlußfassung  
über den Gesamtbeitrag, welchen  
Mitglieder der Genossenschaft und Spar-  
einlagen bei ihr nicht übersteigen  
sollen. 8. Beschlußfassung über die  
Anschaffung von saunigen Genossen.  
Die Bilanz sowie die Gewinn- und  
Verlustrechnung für das Jahr 1907  
sind in der Geschäftsstelle, Sättinger-  
straße 8, einzusehen. 105/5  
**Der Vorstand.**  
2. Schmidt, Ernst Köcher.

**Gustav**  
**Behrens-**  
**Theater.**  
Berlin W.,  
Goltzstr. 9.  
Das phänomenale April-Programm!  
Neu! Les Leocartis, Krotal-Gotp.  
Hühels-Trio, Pelange-Alt.  
Neu! Ein lustiger Wiltwer. Neu!  
Wisse mit Witz.  
20 erstklassige Nummern.  
Anfang 8 Uhr Sonntags 5 1/2 Uhr.

**Maurer,**  
**Zimmerleute,**  
die vorwärts wollen, können  
sich drei kleine Dankzettel mit  
Baugeld und Baugeschungen bei  
geringer Anzahlung und weit-  
gehendster Unterstüzung, in bester  
Lage Seegefelds, erwerben vom  
Beitzer Weiß, Charlottenburg,  
Magazinstr. 10/11.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
**Ortsverwaltung Berlin.**  
Die Bureau des Verbandes sind am  
Freitag, den 17. April  
Montag, den 20. April } geschlossen.  
und Dienstag, den 21. April  
Am Sonnabend sind die Bureau bis 2 Uhr nachmittags geöffnet.  
Die Einlieferung der Beiträge auf den Zahlstellen findet am  
Sonnabend von 7-9 Uhr abends statt.  
**Montag, den 20. April (zweiter Feiertag):**  
**Urania-Vorstellung.**  
Eine Nilfahrt bis zum 2. Katarakt.  
Eröffnung um 4 Uhr, Beginn um 5 Uhr nachmittags.  
Billets sind noch im Bureau zu haben. Die Ortsverwaltung.

**Ortskrankenkasse für die Wäschefabrikation.**  
Der unterzeichnete Vorstand macht hierdurch bekannt, daß am  
**Dienstag, den 28. April, abends 7 1/2 Uhr,**  
in „Dräsel's Festsälen“, Neue Friedrichstraße 35,  
**die 47. ordentliche Generalversammlung**  
stattfindet. Tages-Ordnung:  
1. Verlesung des Protokolls der Herbst-Generalversammlung.  
2. Erhaltung des Jahresberichtes pro 1907.  
3. Beschlußfassung über die Abnahme der Jahresrechnung.  
4. Verschiedenes. Anfragen, zu deren Beantwortung Einsicht in die  
Geschäftsbücher notwendig ist, sind bis zum 24. d. M. schriftlich bei der Kasse  
einzureichen. 126/13  
Einsicht zur Generalversammlung haben nur die für 1908/1910 ge-  
wählten Vertreter. Dieselben erhalten besondere Einladungen, welche bei  
der Versammlung gleichzeitig als Ausweis dienen.  
Berlin, den 9. April 1908.  
**Der Vorstand der Ortskrankenkasse für die Wäschefabrikation.**  
Emil Sternberg, Vorsitzender, Klosterstr. 86.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:  
Hof I. Amt 3, 1233. Charitstraße 3. Hof III. Amt 3, 1967.  
**Der Feiertage wegen bleibt das**  
**Bureau an folgenden Tagen geschlossen:**  
Freitag, den 17. April, den ganzen Tag,  
Sonnabend, den 18. April, nachmittags,  
Montag, den 20. April, den ganzen Tag,  
Dienstag, den 21. April, nachmittags.  
Der Arbeitsnachweis ist an diesen Tagen  
vollständig geschlossen.  
115/12 Die Ortsverwaltung.

**Urbin**  
Bester Schuh-Putz  
In Dosen zu 10, 20 und 25 Pf. überall erhältlich.  
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.  
Die Gutfabrik von  
**M. RADTKE**  
(früher Krausstr. 50) 27472  
befindet sich jetzt:  
**Grüner Weg 87**  
am Kudrassplatz.  
Jeder Käufer erhält bei Abgabe dieser  
Annonce eine Gutfabrik gratis.

**Frühjahrs-Neuheiten**  
**Jackettkleider, Paletotkleider**  
in neuesten Fassons und Farben  
aus feinstem Tuch aus besten engl. Stoffen  
20, 25, 30, 40. | 12, 18, 24, 30.  
**Elegante französische Kleider u. Trauerkleider**  
mit reicher Spachtelgarnierung 24, 30, 40 M.  
Woll-, seid., Tüll- u. Spachtel-Blusen. Täglich Neuheiten.  
**2000 Kostümröcke**  
neueste Schnitte, elegant garniert, tadelloser Sitz, prima Verarbeitung.  
Fussfreie Röcke | Taffet- und Tuchröcke | Bordüren-Röcke  
garantiert regeant | in hocheleganter Ausführung | in allen Farben  
4,50, 6, 9, 12, 15 M. | 18, 25, 36 M. | 5,50, 7, 10, 12, 18 M.  
— Farbige und schwarze Tuchjackets in allen neuen Formen. —  
Elegante Tuchhänger x Kimonos x Frauenmäntel x Regenmäntel x Havelocks.  
**1200 Paletots** aus englischen Stoffen, 8, 10, 12, 15, 18, 25 M.  
karliert und gestreift.  
**Backfischmäntel und Backfischkleider.**  
Sämtliche Konfektion auch für starke Damen stets in grosser Auswahl.  
**Sielmann & Rosenberg**  
Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.  
12 Mohrenufer — 2 Häuser vom Dönhofs-Platz.

Standbesamlich verbunden  
**Fritz Fraenkel**  
Jda Dieblich-Wertel.  
16. April 1908.  
Gera-Neub. Berlin W. 9.  
14525 Ködinger Str. 31.

Unserem Kollegen, dem  
Schloffer 14536  
**R. Hinrichsen**  
und Frau die herzlichsten  
Mitbeweise zur silbernen  
Hochzeit.  
Die Kollegen  
der Brauerei Köhler.

**Zentral-Franken- und**  
**Sterbekasse der Zimmerer.**  
**Filiale Friedrichsberg.**  
Den Mitbeweise zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Zimmerer  
**Wilhelm Nöthel**  
am 13. April im Alter von  
40 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 17. d. Mts., nach-  
mittags 2 Uhr, von der Halle des  
Biesdorfer Gemeinde-Friedhofes  
aus statt. 286/7  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster  
Teilnahme und die reichen Kranz-  
spenden bei der Beerdigung meines  
lieben Vaters, des Lehrers und  
Schankwirtes  
**Wilhelm Frehland**  
sagen allen Genossen und Genossinnen  
des 4. Berliner Reichstagswahlkreises,  
Stadtbezirk 111, sowie dem Verband  
der freien Gast- und Schankwirte und  
insbesondere dem Genossverein  
„Allgemein“ unseren innigsten Dank.  
Witwo M. Frehland und Kinder.  
**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster  
Teilnahme und die reichen Kranz-  
spenden bei der Beerdigung meiner  
geliebten Frau **Bartha**  
**Schönfeld**, geb. Kuhn sage ich  
allen Freunden, Verwandten und  
Bekanntem, den Kollegen der Firma  
H. Schulte meinen innigsten Dank.  
**Wilhelm Schönfeld.**  
**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise inniger  
Teilnahme an dem Dahinscheiden  
meiner geliebten Frau, unserer guten  
Mutter 14555  
**Auguste Lindemann**  
geb. Brink  
sagen wir allen lieben Verwandten,  
Freunden und Bekanntem, insbesondere  
Herrn Prediger Erndt für seine tröst-  
reichen Worte auf diesem Wege unseren  
herzlichsten Dank.  
**Adolf Lindemann.**  
**Georg Lindemann.**  
N., Rheinbergstraße 37.

**Dankagung.**  
Für die rege Beteiligung und zahl-  
reichen Kranzspenden bei der Beerdigung  
meines lieben Vaters, unseres  
Sohnes, Bruders und Schwagers  
**Wilhelm Grewig**  
sagen allen Verwandten, Freunden  
und Bekanntem, sowie dem Verein  
„Deutsche Liedertafel“, den Arbeitern  
der Firma H. Thiele u. Co. auf  
diesem Wege im Namen aller Unter-  
bliebenen meinen herzlichsten Dank.  
Witwe Else Grewig  
nebst Kindern.  
**Orts-Krankenkasse**  
der  
**Bergolder**  
und Berufsgenossen.  
Donnerstag, den 23. April 1908,  
abends 8 Uhr:  
**General-Versammlung**  
im **Gewerkschaftshaus,**  
Engelauer 15, Saal 3.  
Tagesordnung:  
1. Abnahme der Jahresrechnung 1907.  
2. Wahl der Vorstandsmitglieder.  
3. Verschiedenes. 278/3  
**Der Vorstand.**  
Ohne Delegiertenkarte kein Zutritt.  
NB. Die Nummer des Kassenscheins  
ist jetzt 30 (Sie ist von seiten des  
Hauzes geändert).

**Orts-Krankenkasse**  
für das Gewerbe der  
**Eisler u. Pianofortarbeiter**  
zu Berlin. 14336  
**General-Versammlung**  
der Vertreter  
der Kassemitglieder und der  
Arbeitgeber  
am Donnerstag, den 23. April 1908,  
abends 8 Uhr,  
im **Gewerkschaftshaus,** Engel-Ufer 15  
(Saal 1).  
Tagesordnung:  
1. Abnahme der Jahresrechnung  
pro 1907 nebst Bericht der Revisoren.  
2. Wahl eines Vorstandsmitglieds  
der Arbeitnehmer. 3. Statuten-  
änderung: § 19. Erhöhung der Bei-  
träge. **Der Vorstand.**

**Aus Industrie und Handel.**

**Kartellpolitik — Gewaltpolitik.**

Bevor die Krise in das akute Stadium trat, das derzeit zu beobachten ist, wurde von kartellfreundlicher Seite wiederholt darauf hingewiesen, daß den Kartellen das Verdienst zukomme, krisenmildernd zu wirken. Ihrer geschickten Preispolitik sei es zuzuschreiben, wenn der Abstieg vom Gipfel der Konjunktur sich ohne Erschütterungen vollziehe. — Bisher sah man nur die wahrnehmbar geschraubten Preise der Kartellritter, die mit raffinierter Kunst den Konsum auspreßten. Und nun sollte ihre brutal egoistische Gewaltpolitik die wohlwogende Fürsorge für die Industrie sein? — Es ist zum Lachen, und jeder unbefangene Beobachter auf dem Weltmarkt mußte sich sagen, daß so ziemlich das Gegenteil von dem richtig sei, was zum Lob und Preise der Kartellwucherer gefällige Hebern der Welt vorsetzten. Zweifellos haben die Kartelle allerwärts auf die Vorbereitung und Entwicklung der Krise einen vielfach entscheidenden Einfluß genommen, aber in der entgegengekehrten Richtung: Sie konnten die wirtschaftlichen Kräfte, die sie in katastrophalem Maße über die gesamte Wirtschaft sich ergossen und alle, auch die bedächtigsten Unternehmer, im wilden Sturmbel entfährten. An der Ueberproduktion der Produktion, an der Ueberproduktion und Geldverwertung sind die Kartelle wesentlich schuld, und in voller Glorie zeigt sich ihre Gewalttätigkeit eben jetzt, da die Produktion in voller Krisis sich befindet und diese immer weiter greift.

Der nordamerikanische Stahltrust führt einen energischen Kampf, um trotz des Umschlages der Konjunktur die Preise zu behaupten. Vor kurzem hat in New York eine Beratung der größten Stahlindustriellen stattgefunden, die der Frage galt, ob sich nicht eine Ermäßigung der Kartellpreise empfehle, um den daniederliegenden Konium wieder zu frischem Leben zu erwecken. Der Präsident des Stahltrusts widersetzte sich aber einem darauf abzielenden Beschlusse, da eine Herabsetzung der Preise nicht notwendig erscheine. Vorläufig besteht die Wirkung in einer Verschärfung der Absatzsicherung, nachdem es im Januar den Anschein hatte, als ob die amerikanische Eisenindustrie infolge der gewaltigen Produktionsbeschränkungen das Ärgste überstanden hätte. Die Eisenverbraucher decken nur ihren notwendigen Bedarf und warten bis die Trustmagnaten sich eines Besseren besinnen.

Und so wie in Amerika ist es auch anderwärts, in England, Deutschland, Oesterreich. Ueberall sind die Kartellritter bemüht, ein Herabgehen der Preise — soweit es nicht durch die Konkurrenzverhältnisse erzwungen wird — zu vermeiden, und während man in früheren Jahren durch alle möglichen Konzessionen zu belibien sich anstrenzte, geschieht jetzt das Gegenteil. Anstatt die Wirkung des Rückschlages nach Kräften abzumildern, wird sie verschärft, derart, daß man die Kartelle als das stärkste Hindernis für eine Belebung des Marktes bezeichnen kann. Jedenfalls dienen sie mehr noch als zur Vermeidung von Krisen, zur Verzögerung der Wiederkehr normaler Produktionsverhältnisse.

**Gründungen und Kapitalerhöhung.**

Das heute erscheinende April-Heft der Zeitschrift „Die Bank, Monatshefte für Finanz- und Bankwesen“, enthält eine Aufstellung über Neugründungen und Kapitalerhöhungen im ersten Quartal 1908, der wir folgende Angaben entnehmen:

	Neugründungen		Kapitalerhöhung	
	1. Quartal 1907	1. Quartal 1908	1. Quartal 1907	1. Quartal 1908
Alliengesellschaft, Zahl	59	45	104	73
Summe in 1000 M.	66 322	52 916	215 500	73 886
Gesellsch. m. b. H., Zahl	690	706	137	204
Summe in 1000 M.	98 631	100 541	15 128	36 263

Demnach wurden beantragt für Gründungen von Aktien-Ges. und Gesellsch. m. b. H. im I. Quartal 1908 153 457 000 M., I. Quartal 1907 164 933 000 M., für Kapitalerhöhungen: I. Quartal 1908 109 649 000 M., I. Quartal 1907 230 628 000 M., Gesamtanspruch im I. Quartal 1908 263 106 000 M., I. Quartal 1907 395 561 000 M.

**Hafenbauprojekt.** Die Stadtverwaltung von Kopenhagen hat nunmehr den Plänen zu gründlichen Umbauten des Hafens zugestimmt. Früher schon sind circa eine Million Mark für den Ankauf von Ländereien, die zu den geplanten Erweiterungen erforderlich waren, bewilligt worden. Nach den jetzt beschlossenen Plänen sollen noch 3 1/2 Millionen Mark aufgewendet und durch Anleihen flüssig gemacht werden.

Die Großkaufmannschaft englischer Konsumvereine im Jahre 1907. Einem Artikel von Dr. Hans Müller in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ entnehmen wir folgende interessante Mitteilung über die Entwicklung der englischen Cooperative Wholesale Society im Jahre 1907. Die Gesellschaft, eines der größten Handelsunternehmen der ganzen Welt, erzielte im verfloßenen Jahre einen Umsatz von 495 731 300 M., 9,12 Prozent mehr als im Vorjahre. Nahezu der vierte Teil der von der C. W. S. an die Konsumvereine vermittelten Waren, nämlich für 110 787 740 M., entstammte eigenen Fabriken, Mühlen, Werksstätten usw. Die Zunahme der Eigenproduktion betrug 18 687 460 M. oder 30,25 Proz., war also bedeutender als die der Handelsabteilungen.

**Verfassungen.**

Der Verband der Stoffweber (Zentrale Berlin) hielt am Montag eine Generalversammlung bei Eisner, Kaiser-Wilhelm-Strasse 18 m ab. Zunächst wurde die Abrechnung vom 1. Quartal zur Kenntnis genommen. Die Hauptkasse balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 2807,50 M. Die Filialkasse hatte am Schlusse des 4. Quartals 1907 einen Bestand von 19 572,19 M. Die Gesamteinnahme des 1. Quartals 1908 betrug einschließlich jenes Ver-

bandes 23 040,95 M. Nach Berechnung der Ausgaben des Vierteljahres verblieben der Filiale als Vermögen: 3000 M. Anteil am Gewerkschaftshaus, 16 162,30 M. Bankdepot, 800 M. in der Hand des Vorsitzenden und 11,37 M. in der Hand des Kassierers. — Am Schlusse des Quartals hatte die Filiale 800 Mitglieder. Es sind 80 Proz. der im Beruf Tätigen.

Ueber verchiedene der zum Nürnberg-Verbandstag vorliegenden und im Fachblatt veröffentlichten Anträge wurde nach einer Einleitung durch Krebs lebhaft diskutiert. Gegen die Erwerblosenunterstützung sprachen sich einige Mitglieder prinzipiell aus. Sie wurden darauf verwiesen, daß sich die Filiale Berlin schon durch Ueberabstimmung im Prinzip dafür erklärt habe. Es handele sich nur um die Durchführung im einzelnen. Krebs findet die Vorlage des Hauptvorstandes im großen und ganzen gut, nur möchte er die Bezugszeit auf zehn Wochen ausgedehnt sehen. Rössner regte an, auf Stäfflung des für die Unterstützungszwecke vorgesehenen Beitragzuschlags und demgemäß der Unterstützungssätze hinzuwirken. Auch von Wenzels u. a. wurden Verbesserungsvorschläge gemacht. Eine Abstimmung darüber wurde nicht vorgenommen. — Der Entwurf zu einem deutschen Generaltarifvertrag, der ebenfalls den Verbandstag beschäftigen wird, wurde gleichfalls besprochen. Die Besprechung wird voraussichtlich in einer späteren Versammlung fortgesetzt werden.

Die Kaiserfeier soll nach einem Beschlusse, der einstimmig gefaßt wurde, durch Arbeitsruhe begangen werden. Vormittags 10 Uhr ist Versammlung Kaiser-Wilhelm-Strasse 18 m.

**Wöchentliche Marktberichte der hiesigen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Wild: Zufuhr ganz knapp, Geschäft leblos, Preise gut. Geflügel: Zufuhr im allgemeinen genügend, Geschäft etwas lebhafter, Preise gut. Fisch: Zufuhr reichlich, Geschäft für lebende Fische lebhaft, für Seefische matt, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Zufuhr nicht genügend, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr zum Teil ungenügend, Geschäft zunächst leblos, später reger, Preise wenig verändert.**

**Witterungsüberblick vom 15. April 1908, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. Tag- u. N.	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. Tag- u. N.
Stettin	772 RD	2	Wolken	6	6	Dapunda	769 RD	1	Wolken	6	6
Damberg	771 RD	3	Wolken	7	7	Veitshub	773 RD	1	Wolken	6	6
Berlin	770 D	3	Wolken	6	6	Seitz	767 RD	1	Wolken	6	6
Frankfurt	764 RD	1	Wolken	9	9	Abbeben	776 RD	2	Wolken	6	6
München	762 RD	4	Wolken	8	8	Paris	764 RD	2	Wolken	3	3
Wien	767 RD	1	Wolken	8	8						

Weiterprognose für Donnerstag, den 16. April 1908. Bleich heiter und am Tage mild bei mäßigen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Jeder Berliner kauft zu Ostern: **Mampe Gold** **Mampe Halb und Halb**

Edler deutscher Likör aus feinstem alten Weinbrand **5.00 Mk.** mit dem Schimmelgespann **1.25 Mk.**

Zu haben in **150** ersten Geschäften in Berlin und den Vororten. Bisher über **5 Millionen** Fl. verkauft. In Berlin allein **7000** Verkaufsstellen.

**Für Ausflügler**

Neu! **100** Neu! **Ausflüge um Berlin**

- mit 12 Illustrationen und 20 Karten von Georg Stegerist. Preis gebunden 1.50 Mk.
- Märkisches Wanderbuch.** Preis 2.50 M.
- Wanderbuch für die Mark Brandenburg und angrenzende Gebiete.** Preis 1.50 M.
- Wanderführer mit Karten-Atlas für Oberspre und Dahme.** Preis 1.00 M.
- Wanderführer mit Karten-Atlas für den Grunewald.** Preis 1.00 M.
- Spezialkarten** für alle Ausflugsorte der näheren u. weiteren Umg. Berlins im Preise von 0,50—1,50 M.
- Radfahrerkarte von Berlin** Preis 1.75 M.
- Radfahrerkarte von Brandenburg** Preis 2,50 M.

**Peek & Cloppenburg**

Gertraudten-Strasse 25-26-27 bei der Petri-Kirche

Spezial-Geschäft für moderne Herren- und Knaben-Bekleidung.

Zum Frühjahr:

**Sacco-Anzüge**

Serie 2 **19** M. Ser. 3 **24** M. Ser. 4 **27** M. Ser. 5 **32** M.

Unsere Anzüge in genannten Serien sind äußerst preiswert mit Bezug auf Qualität und Ausführung.

Jeder Kauf ist eine Empfehlung für uns.

Hohe Leistungsfähigkeit durch eigene Erzeugung unserer Fabrikate.

Straßenbahnlinien: 38, 47, 48, 58, 59, 62, 64 bis 72, 74, 78, 79, 80. (6, 9, 83, 84, 87, 88, 91, 92).

Damen-Putz. Mädchen- und Kinder-Müte. Mädchen- und Knaben-Mützen.

**Heyn & Goldschmidt**

Damen-Konfektion. Kinder- und Sackfisch-Mäntel. Mädchenkleider — Knabenanzüge.

△△△ Danziger Straße 98. △△△△△ Pappel-Allee 1 u. 2. △△△

Glacé- und Spitzen-Handschuhe in großer Auswahl.

Extra billige Preise.

